

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen

vernehmlassungen@sif.admin.ch

14. Januar 2026

Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Vernehmlassung "Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch" Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für die Möglichkeit einer Stellungnahme.

Anmerkungen

Öffentlich-rechtliche Ansprüche von anderen Staaten sind nach geltendem Recht in der Schweiz ohne staatsvertragliche Grundlage nicht vollstreckbar. Derzeit leistet die Schweiz hinsichtlich der direkten Steuern im Verhältnis zu Österreich in beschränktem Umfang Amtshilfe bei der Vollstreckung von Steuerforderungen (beschränkt auf Steuern betreffend Lohnzahlungen). Im Bereich der indirekten Steuern sieht das Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen vom 26. Oktober 2004 (Betrugsbekämpfungsabkommen; BBA) eine Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen beim Vorliegen eines Betrugs oder einer sonstigen rechtswidrigen Handlung vor. Auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei der sozialen Sicherheit, leisten sich die Schweiz und die EU-Mitgliedstaaten gegenseitig Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen.

In der Vergangenheit wurde die Schweiz regelmässig von weiteren Staaten aufgefordert, bilateral die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen zu vereinbaren. Im Fokus standen dabei jeweils die direkten Steuern. Diese Anfragen wurden von der Schweiz jeweils abgelehnt, da sie einer extraterritorialen Erhebung von Steuerforderungen grundsätzlich kritisch gegenübersteht. So hat die Schweiz zu den entsprechenden Artikeln des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen vom 25. Januar 1988 auch einen Vorbehalt angebracht. Entsprechend stehen wir einer Ausweitung der Einziehungshilfe ebenfalls ablehnend gegenüber, anerkennen jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Art. 9 AIA-Abkommen CH-EU und dem Interesse der Schweiz am Fortbestand des AIA-Abkommens CH-EU die Notwendigkeit zur Vereinbarung einer eingeschränkten Einziehungsamtshilfe für indirekte Steuern. Zudem dürfte die Schweiz im Bereich der Mehrwertsteuern auch eigene Interessen an der Vollstreckung ihrer Steuerforderungen im Ausland haben, da infolge verschiedener Revisionen des Mehrwertsteuergesetzes eine grössere Anzahl von Personen mit Sitz im Ausland steuerpflichtig wurde.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir zwar die Einführung einer Kostenregelung, bedauern jedoch, dass diese nicht in kostendeckender Höhe festgelegt wurde. Die Schweiz sollte für die zusätzlichen Aufwendungen zumindest vollständig entschädigt werden. Wir erachten es daher als angezeigt, diesen Aspekt zu beobachten und bei einem wesentlichen Ungleichgewicht zulasten der Schweiz anzupassen – etwa durch eine Erhöhung der 5 %-Pauschale, des Maximalbetrags (derzeit Fr. 5'000.–) und/oder durch Erhöhung des Mindestbetrags der einzuziehenden Steuerforderung (derzeit Fr. 10'000.–).

Weitergehende Forderungen nach der Vereinbarung einer umfassenden Einziehungsamtshilfe auch im Bereich der direkten Steuern lehnt der Regierungsrat im Hinblick auf die kommenden Gespräche zur Auslotung weiterer Anwendungsbereiche der Betriebsamtshilfe strikt ab. Sollte gleichwohl eine Erweiterung der Einziehungsamtshilfe in Betracht gezogen werden, wäre diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen. Auf jeden Fall wären die Kantone frühzeitig in die Diskussionen einzubeziehen. Zudem müsste eine solche Erweiterung ausgeschlossen werden gegenüber Partnerstaaten, mit denen kein wirksames Instrument zur Vermeidung einer internationalen Doppelbesteuerung besteht.

Unter Vorbehalt der genannten Anmerkungen stimmen wir dem Entwurf des Bundesratsbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen CH–EU zu.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Stephan Attiger
Landammann



Joana Filippi
Staatsschreiberin



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 22. Januar 2026

Eidg. Vernehmlassung; Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 unterbreitete das Eidgenössische Finanzdepartement die eingangs erwähnte Vorlage zur Vernehmlassung. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 6. Februar 2026.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit der Modifikation und der Fortführung des AIA-Abkommens CH-EU kann die internationale Verpflichtung zur Steuertransparenz aufrechterhalten werden. Dies trägt zur internationalen Reputation des Schweizer Finanzplatzes und zur Rechtssicherheit bei. Mit der Betriebsamtshilfe im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer konnte die Durchführung des AIA-Abkommens CH-EU langfristig sichergestellt werden. Bei indirekten Steuern besteht hinsichtlich der Einziehung von Forderungen, sofern ein Betrug oder eine sonstige rechtswidrige Handlung vorliegt, bereits eine Amtshilfe gestützt auf das Betrugsbekämpfungsabkommen vom 26. Oktober 2004 (SR 0-351-926.81). Vor diesem Hintergrund begrüsst der Regierungsrat die Vorlage.

Einer umfassenden Einziehungsamtshilfe (auch im Bereich der direkten Steuern) steht der Regierungsrat im Hinblick auf zukünftige Gespräche kritisch gegenüber. Sofern dennoch eine Erweiterung der Einziehungsamtshilfe in Betracht gezogen werden sollte, ist diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Appenzell, 8. Januar 2026

Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Genehmigung des Änderungsprotokolls zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und stimmt der Genehmigung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen CH-EU vorbehältlich der nachfolgenden Ausführungen zu.

In der Vergangenheit wurde die Schweiz regelmässig von verschiedenen Staaten aufgefordert, bilateral die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen zu vereinbaren. Im Fokus standen dabei jeweils die direkten Steuern. Diese Anfragen wurden von der Schweiz jeweils abgelehnt, da sie einer extra-territorialen Erhebung von Steuerforderungen grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Entsprechend steht die Standeskommission einer Ausweitung der Einziehungshilfe ebenfalls ablehnend gegenüber, anerkennt jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Art. 9 AIA-Abkommen CH-EU und dem Interesse der Schweiz am Fortbestand des AIA-Abkommens CH-EU die Notwendigkeit zur Vereinbarung einer eingeschränkten Einziehungsamtshilfe für indirekte Steuern. Zudem dürfte die Schweiz im Bereich der Mehrwertsteuern auch eigene Interessen an der Vollstreckung ihrer Steuerforderungen im Ausland haben, da infolge verschiedener Revisionen des Mehrwertsteuergesetzes eine grössere Anzahl von Personen mit Sitz im Ausland steuerpflichtig wurde.

Weitergehende Forderungen nach der Vereinbarung einer umfassenden Einziehungsamtshilfe auch im Bereich der direkten Steuern lehnt die Standeskommission im Hinblick auf die kommenden Gespräche zur Auslotung weiterer Anwendungsbereiche der Betreibungsamtshilfe ab. Sollte gleichwohl eine Erweiterung der Einziehungsamtshilfe in Betracht gezogen werden, wäre diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Roman Dobler

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Karin Keller-Sutter
Vorsteherin EFD
Bernerhof
3003 Bern
Per Mail an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Liestal, 20. Januar 2026

Änderungsprotokoll zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 22. Oktober 2025. Darin laden Sie uns ein, zum Entwurf des Bundesratsbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (AIA-Abkommen CH-EU) Stellung zu nehmen.

Wir bedanken uns bereits an dieser Stelle für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Die Schweiz setzt bekanntlich seit dem 1. Januar 2017 den Standard für den automatischen internationalen Austausch von Informationen über Finanzkonten (AIA) um. Im Juni 2023 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die erste Änderung dieses Standards verabschiedet. Sie ist von allen beteiligten Staaten umzusetzen, also auch von der Schweiz. Dabei wurden gewisse Meldepflichten erweitert, und die Behandlung insbesondere von gemeinnützigen Rechtsträgern sowie von E-Geld- und Kapitaleinzahlungskonten wurde geklärt. Diese sind in Zukunft vom Anwendungsbereich des AIA ausgenommen, was den Interessen des Finanzplatzes Schweiz entspricht. Die Bundesversammlung hat das Addendum zur AIA-Vereinbarung Finanzkonten und die AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie die Änderung des Bundesgesetzes (AIAG) in der Schlussabstimmung vom 26. September 2025 genehmigt.

Mit der Europäischen Union (EU) setzt die Schweiz den AIA über das AIA-Abkommen CH-EU um. Im Zuge der Revision des Abkommens zwischen der Schweiz und der EU wurden diese Ausnahmeregelungen übernommen, auch jene betreffend die gemeinnützigen Rechtsträger, sofern diese ihren Sitz in der Schweiz und nicht auch in der EU haben. Ausserdem wurden die Datenschutzbestimmungen aktualisiert.

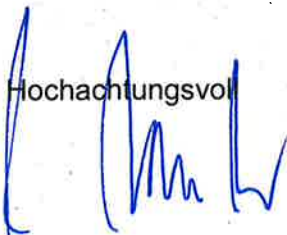
Parallel dazu wurden mit der EU aber auch neue Bestimmungen über die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen (Inkassohilfe) verhandelt. Dies war eine Forderung von Seiten der EU, welche den Weiterbestand des AIA-Abkommens und damit auch des für die Schweiz wichtigen Artikels 9 des AIA-Abkommens (Quellensteuerbefreiung für Dividenden, Zinsen und Lizenzge-

bühren zwischen verbundenen Unternehmen) mit der Vereinbarung von Bestimmungen zur Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen verknüpfte. Anlässlich dieser Verhandlungen konnte die Amtshilfe bei der Einziehung hingegen allein auf den Bereich der Mehrwertsteuer (MWST) beschränkt werden.

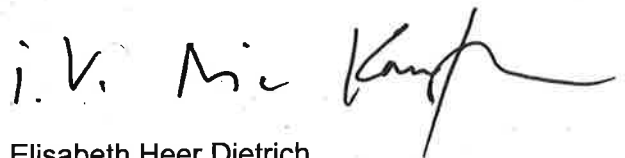
Zu letztgenanntem Thema: Öffentlich-rechtliche Ansprüche von anderen Staaten sind nach geltendem Recht in der Schweiz ohne staatsvertragliche Grundlage nicht vollstreckbar. Derzeit leistet die Schweiz hinsichtlich der direkten Steuern nur im Verhältnis zu Österreich in beschränktem Umfang Amtshilfe bei der Vollstreckung von Steuerforderungen, d. h. diese ist beschränkt auf Steuern betreffend Lohnzahlungen. Im Bereich der indirekten Steuern sieht das Abkommen vom 26. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen (Betrugsbekämpfungsabkommen; BBA) eine Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen beim Vorliegen eines Betrugs oder einer sonstigen rechtswidrigen Handlung vor. Auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei der sozialen Sicherheit, leisten sich die Schweiz und die EU-Mitgliedstaaten gegenseitig Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen.

In der Vergangenheit wurde die Schweiz regelmässig von weiteren Staaten aufgefordert, bilateral die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen zu vereinbaren. Im Fokus standen dabei stets die direkten Steuern. Diese Anfragen wurden von der Schweiz jeweils abgelehnt, da sie einer extra-territorialen Erhebung von Steuerforderungen seit jeher kritisch gegenübersteht. Entsprechend steht auch der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft einer Ausweitung der Einziehungshilfe auf die direkten Steuern klar ablehnend gegenüber. Wir anerkennen jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Art. 9 des AIA-Abkommens CH-EU und dem Interesse der Schweiz am Fortbestand dieses Abkommens eine gewisse Notwendigkeit zur Vereinbarung einer eingeschränkten Einziehungsamtshilfe für indirekte Steuern, konkret der MWST. Zudem dürfte die Schweiz im Bereich der Mehrwertsteuern auch eigene Interessen an der Vollstreckung ihrer Steuerforderungen im Ausland haben, da wegen den verschiedenen Revisionen des Mehrwertsteuergesetzes eine grössere Anzahl von Personen mit Sitz im Ausland steuerpflichtig wurden. Weitergehende Forderungen nach einer umfassenden Einziehungsamtshilfe bei den direkten Steuern lehnen wir jedoch kategorisch ab – dies auch im Hinblick auf zukünftige Gespräche zur Auslotung weiterer Anwendungsbereiche der Betreibungsamtshilfe. Sollte trotzdem eine Erweiterung der Einziehungsamtshilfe zwangsläufig in Betracht gezogen werden, müsste diese Aufgabe unserer Ansicht nach der Eidgenössischen Steuerverwaltung zugewiesen werden, und nicht den Kantonen.

Unter Vorbehalt der vorstehend aufgeführten Bemerkungen stimmen wir dem Entwurf des Bundesratsbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen CH-EU zu.

Hochachtungsvoll


Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Per Mail an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Basel, 27. Januar 2026

Regierungsratsbeschluss vom 27. Januar 2026

Vernehmlassung zum Änderungsprotokoll zum Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements, Frau Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter, den Kantonsregierungen mit Frist bis 6. Februar 2026 Gelegenheit gegeben, sich zum Änderungsprotokoll zum Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten vernehmen zu lassen.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass der Regierungsrat Basel-Stadt dem Entwurf des Bundesratsbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen CH-EU unter Vorbehalt der folgenden Anmerkungen zustimmt:

Öffentlich-rechtliche Ansprüche von anderen Staaten sind nach geltendem Recht in der Schweiz ohne staatsvertragliche Grundlage nicht vollstreckbar. Derzeit leistet die Schweiz hinsichtlich der direkten Steuern im Verhältnis zu Österreich in beschränktem Umfang Amtshilfe bei der Vollstreckung von Steuerforderungen (beschränkt auf Steuern betreffend Lohnzahlungen). Im Bereich der indirekten Steuern sieht das Abkommen vom 26. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen (Betrugsbekämpfungsabkommen; BBA), eine Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen beim Vorliegen eines Betrugs oder einer sonstigen rechtswidrigen Handlung vor. Auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei der sozialen Sicherheit, leisten sich die Schweiz und die EU-Mitgliedstaaten gegenseitig Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen.

In der Vergangenheit wurde die Schweiz regelmässig von weiteren Staaten aufgefordert, bilateral die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen zu vereinbaren. Im Fokus standen dabei jeweils die direkten Steuern. Diese Anfragen wurden von der Schweiz jeweils abgelehnt, da sie einer extra-territorialen Erhebung von Steuerforderungen grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Entsprechend stehen wir einer Ausweitung der Einziehungshilfe ebenfalls ablehnend gegenüber, anerkennen jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Art. 9 AIA-Abkommen CH-EU und dem Interesse der Schweiz am Fortbestand des AIA-Abkommens CH-EU die Notwendigkeit zur Vereinbarung einer eingeschränkten Einziehungshilfe für indirekte Steuern. Zudem dürfte die Schweiz im Bereich der Mehrwertsteuern auch eigene Interessen an der Vollstreckung ihrer Steuerforderungen im Ausland haben, da infolge verschiedener Revisionen des Mehrwertsteuergesetzes eine grössere Anzahl von Personen mit Sitz im Ausland steuerpflichtig wurde. Weitergehende Forderungen nach der Vereinbarung einer umfassenden Einziehungshilfe auch im Bereich der direkten Steuern lehnen wir im Hinblick auf die kommenden Gespräche zur Auslotung weiterer Anwendungsbereiche der Betreibungsamtshilfe ab. Sollte gleichwohl eine Erweiterung der Einziehungshilfe in Betracht gezogen werden, wäre diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen.

Bezüglich der Anpassungen zur Umsetzung der Revision des AIA-Standards verweisen wir auf unsere Stellungnahme zur Genehmigung des Addendums zur Vereinbarung über den automatischen Informationsaustausch (AIA) über Finanzkonten und der AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie zur Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen AIA in Steuersachen. Unseren Vorbehalten hinsichtlich des Nachweises der Steuerbefreiung wird in der Ausgestaltung der Verordnung (Art. 6a E-AIAV) Rechnung getragen. Weitere Anmerkungen hierzu bestehen unsererseits nicht.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne Herr Marc Enz, Tel. 061 267 96 33, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Per E-Mail als PDF- und Worddokument an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

RRB Nr.:

1340 / 2025

10. Dezember 2025

Direktion:

Finanzdirektion

Klassifizierung:

Nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch. Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 lädt das Eidgenössische Finanzdepartement die Kantone zur Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft ein. Der Regierungsrat des Kanton Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die Ausweitung der zu meldenden Informationen gemäss dem revidierten gemeinsamen Meldestandard wird begrüsst, dienen diese Informationen doch der besseren Einordnung der erhaltenen Informationen durch die kantonale Steuerverwaltung und erhöhen damit potenziell deren Nutzen im Rahmen der Steuerveranlagung. Von den neuen Bestimmungen über die Amtshilfe bei der Einziehung von Mehrwertsteuerforderungen ist nur der Bund betroffen, da die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer an den Bund gehen und die Umsetzung ebenfalls Sache des Bundes ist.

Der Regierungsrat ist vor diesem Hintergrund einverstanden mit der Vorlage und dankt Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Christoph Neuhaus
Regierungspräsident

Christoph Auer
Staatsschreiber



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral des finances DFF
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Bernerhof
3003 Berne

Courriel : vernehmlassungen@sif.admin.ch

Fribourg, le 27 janvier 2026

2026-48

Projet d'arrêté fédéral approuvant le protocole de modification de l'accord entre la Confédération et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations relatifs aux comptes financiers en vue d'améliorer le respect des obligations fiscales au niveau international - Procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à votre courrier du 22 octobre 2025 par lequel vous nous avez invités à prendre position sur le projet d'arrêté fédéral approuvant le protocole de modification de l'accord entre la Confédération et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations relatifs aux comptes financiers en vue d'améliorer le respect des obligations fiscales au niveau international (ci-après : accord EAR CH-UE). Nous nous déterminons comme suit.

Depuis le 1^{er} janvier 2017, la Suisse applique la norme pour l'échange international automatique de renseignements sur les comptes financiers (ci-après : EAR comptes financiers). Le 8 juin 2023, l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE) a adopté la première modification de cette norme. Tous les États, y compris la Suisse, doivent la mettre en œuvre. Certaines obligations de déclarer ont été étendues et le traitement des entités d'utilité publique, des comptes en monnaie électronique et des comptes de consignation de capital, entre autres, a été clarifié. Ceux-ci seront à l'avenir exclus du champ d'application de l'EAR, ce qui correspond aux intérêts de la place financière suisse. L'Assemblée fédérale a approuvé l'addendum à l'accord EAR relatif aux comptes financiers et de l'accord EAR relatif aux cryptoactifs et modification de la loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR) lors de la votation finale du 26 septembre 2025.

Avec l'UE, la Suisse applique l'EAR par le biais de l'accord EAR CH-UE. La révision de l'accord entre la Suisse et l'UE a repris ces exceptions, y compris celle relative aux entités à but non lucratif, pour autant qu'elles aient leur siège en Suisse sans avoir également un siège dans l'UE. En outre, les dispositions en matière de protection des données ont été mises à jour.

En parallèle, de nouvelles dispositions relatives à l'assistance au recouvrement de créances fiscales ont été négociées. Il s'agissait d'une exigence de l'UE, qui a subordonné le maintien de l'accord EAR CH-UE et partant de l'article 9 de cet accord (exonération de l'impôt à la source sur les dividendes, les intérêts et les redevances entre sociétés associées), qui est important pour la Suisse, à l'adoption de dispositions d'assistance au recouvrement de créances fiscales. Dans le cadre des négociations, l'assistance au recouvrement a pu être limitée au seul domaine de la TVA.

Selon le droit en vigueur, les prétentions de droit public d'autres États ne sont pas exécutoires en Suisse sans base juridique de droit international. En ce qui concerne les impôts directs, la Suisse prête assistance, dans une mesure restreinte, à l'Autriche pour le recouvrement de créances fiscales dans le domaine des impôts directs (assistance limitée aux impôts relatifs à des versements de salaires). Dans le domaine des impôts indirects, l'Accord du 26 octobre 2004 sur la coopération entre la Confédération suisse, d'une part, et la Communauté européenne et ses États membres, d'autre part, pour lutter contre la fraude et toute autre activité illégale portant atteinte à leurs intérêts financiers (accord sur la lutte contre la fraude ; AAF) prévoit une assistance au recouvrement de créances. Dans d'autres domaines, par exemple en matière de sécurité sociale, la Suisse et les États membres de l'UE s'entraident mutuellement dans la confiscation de créances.

Par le passé, d'autres États ont régulièrement demandé à la Suisse de convenir dans un accord bilatéral d'une assistance au recouvrement de créances fiscales. Ces requêtes portaient principalement sur les impôts directs. La Suisse les a rejetées car elle se montre de manière générale critique envers l'application extraterritoriale du recouvrement de créances fiscales. Par conséquent, nous sommes également opposés à une extension de l'assistance au recouvrement de créances fiscales, mais reconnaissons la nécessité de conclure une entraide administrative restreinte pour les impôts indirects en raison de l'importance économique de l'art. 9 de l'accord EAR CH-UE et de l'intérêt de la Suisse au maintien de l'accord EAR CH-UE. En outre, dans le domaine de la TVA en particulier, la Suisse a des intérêts propres à pouvoir recouvrer ses créances fiscales à l'étranger, étant donné qu'en raison de diverses révisions de la loi sur la TVA (LTVA), un nombre grandissant de personnes dont le siège est à l'étranger sont désormais assujetties à la TVA en Suisse. Dans la perspective des discussions à venir en vue d'identifier d'autres domaines d'application de l'assistance au recouvrement de créances fiscales, nous rejetons les demandes plus étendues tendant à la conclusion d'un accord global sur l'assistance au recouvrement, y compris dans le domaine des impôts directs. Si une extension de l'assistance au recouvrement de créances fiscales devait néanmoins être envisagée, cette tâche devrait être attribuée à l'administration fédérale des contributions et non aux cantons.

En ce qui concerne les adaptations apportées à la mise en œuvre de la révision de la norme EAR, nous renvoyons à notre prise de position relative à l'approbation de l'addendum à l'accord EAR relatif aux comptes financiers et de l'accord EAR relatif aux cryptoactifs et modification de la loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR). La conception de l'ordonnance (art. 6a P-OEAR) tient compte de nos réserves quant à la preuve de l'exonération fiscale. Nous n'avons pas d'autres remarques à ce sujet.

Sous réserve de ce qui précède, nous approuvons le projet d'arrêté du Conseil fédéral approuvant le protocole de modification de l'accord EAR CH-UE.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de prendre position au sujet de l'objet susmentionné et vous prions de croire Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Philippe Demierre, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction des finances, pour elle et le Service cantonal des contributions ;
à la Chancellerie d'Etat.



Le Conseil d'Etat

142-2026

Département fédéral des finances (DFF)
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Bundesgasse 3
3003 Berne

Concerne : protocole de modification de l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations – consultation fédérale

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à votre courrier du 22 octobre 2025 par lequel vous nous avez soumis, pour consultation, le projet d'arrêté concernant l'approbation du protocole de modification de l'accord entre la Confédération suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations. En vous remerciant de l'occasion de prendre position, nous nous exprimons comme suit.

Depuis le 1^{er} janvier 2017, la Suisse applique la norme pour l'échange international automatique de renseignements sur les comptes financiers (EAR comptes financiers). Le 8 juin 2023, l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE) a adopté la première modification de cette norme. Tous les États, y compris la Suisse, doivent la mettre en œuvre. Certaines obligations de déclarer ont été étendues et le traitement des entités d'utilité publique, des comptes en monnaie électronique et des comptes de consignation de capital, entre autres, a été clarifié. Ceux-ci seront à l'avenir exclus du champ d'application de l'EAR, ce qui correspond aux intérêts de la place financière suisse. L'Assemblée fédérale a approuvé l'approbation de l'addendum à l'accord EAR relatif aux comptes financiers et de l'accord EAR relatif aux crypto-actifs et modification de la loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR) lors de la votation finale du 26 septembre 2025.

Avec l'Union européenne (UE), la Suisse applique l'EAR par le biais de l'accord EAR CH-UE. La révision de l'accord entre la Suisse et l'UE a repris ces exceptions, y compris celle relative aux entités à but non lucratif, pour autant qu'elles aient leur siège en Suisse sans avoir également un siège dans l'UE. En outre, les dispositions en matière de protection des données ont été mises à jour.

En parallèle, de nouvelles dispositions relatives à l'assistance au recouvrement de créances fiscales ont été négociées. Il s'agissait d'une exigence de l'UE, qui a subordonné le maintien de l'accord EAR CH-UE et partant de l'article 9 de cet accord (exonération de l'impôt à la source sur les dividendes, les intérêts et les redevances entre sociétés associées), qui est important pour la Suisse, à l'adoption de dispositions d'assistance au recouvrement de créances fiscales. Dans le cadre des négociations, l'assistance au recouvrement a pu être limitée au seul domaine de la TVA.

Par le passé, d'autres États ont régulièrement demandé à la Suisse de convenir dans un accord bilatéral d'une assistance au recouvrement de créances fiscales. Ces requêtes portaient principalement sur les impôts directs. La Suisse les a rejetées car elle se montre de manière générale critique envers l'application extraterritoriale du recouvrement de créances fiscales. Par conséquent, nous sommes également opposés à une extension de l'assistance au recouvrement de créances fiscales, mais reconnaissons la nécessité de conclure une entraide administrative restreinte pour les impôts indirects en raison de l'importance économique de l'article 9 de l'accord EAR CH-UE et de l'intérêt de la Suisse au maintien de l'accord EAR CH-UE. En outre, dans le domaine de la TVA en particulier, la Suisse a des intérêts propres à pouvoir recouvrer ses créances fiscales à l'étranger, étant donné qu'en raison de diverses révisions de la loi sur la TVA (LTVA), un nombre grandissant de personnes dont le siège est à l'étranger sont désormais assujetties à la TVA en Suisse.

Par conséquent, nous approuvons le projet d'arrêté fédéral concernant l'approbation du protocole de modification de l'accord entre la Confédération suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique de renseignements relatives aux comptes financiers en vue d'améliorer le respect des obligations fiscales au niveau international.

Nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, nos salutations distinguées.

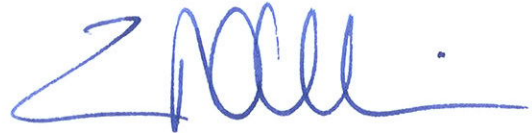
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti-El Zayadi

Le président :



Thierry Apothéloz

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

Glarus, 2. Dezember 2025
Unsere Ref: 2025-1870 / SKGEKO.5056

**Vernehmlassung i. S. Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz
und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch**

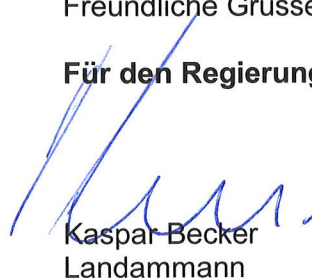
Hochgeachtete Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir auf eine Stellungnahme verzichten

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat

Kaspar Becker
Landammann

Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): vernehmlassungen@sif.admin.ch



Sitzung vom

27. Januar 2026

Mitgeteilt den

27. Januar 2026

Protokoll Nr.

56/2026

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Per Mail (PDF und Word) an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

**Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen
Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen
Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit
bei internationalen Sachverhalten**

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur Vernehmlassung betreffend das Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (AIA-Abkommen CH–EU).

Die Regierung des Kantons Graubünden spricht sich nicht gegen die Vorlage aus. Die Anpassung des AIA-Abkommens CH–EU ist angezeigt. Die Erweiterung der Einziehungsamtshilfe sieht die Regierung jedoch kritisch.

Die Regierung lehnt allfällige noch weitergehende Forderungen seitens der Europäischen Union nach der Vereinbarung einer umfassenden Einziehungsamtshilfe auch im Bereich der direkten Steuern ab. Sollte gleichwohl eine Erweiterung der Einziehungsamtshilfe auf direkte Steuern in Betracht gezogen werden, wäre diese Aufgabe

der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen. Auf jeden Fall wären die Kantone frühzeitig in die Verhandlungen einzubeziehen.

Im Übrigen schliesst sich die Regierung der Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren an.



Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'M' followed by a smaller 'B' and a horizontal line.

Martin Bühler

Namens der Regierung

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'D' followed by a series of sharp, upward-pointing peaks.

Daniel Spadin

Kopie: Steuerverwaltung des Kantons Graubünden

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par courriel en version PDF et Word

Département fédéral des finances

Madame la Conseillère fédérale

Karine Keller-Sutter

Bundesgasse 3

3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Delémont, le 13 janvier 2026

Protocole de modification de l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations : ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement jurassien a été invité par votre Département à se prononcer au sujet du protocole de modification de l'accord relatif à l'objet cité en marge et il vous en remercie.

De manière générale, le Gouvernement jurassien reconnaît la nécessité d'approuver le protocole de modification de l'accord entre la Suisse et l'UE sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers dans la mesure où il améliorera le respect des obligations fiscales au niveau international.

Le Gouvernement jurassien admet également la nécessité de conclure une entraide administrative restreinte pour le recouvrement des impôts indirects pour des raisons d'opportunité. La Suisse a, en effet et dans le domaine de la TVA, des intérêts à pouvoir recouvrer ses créances fiscales à l'étranger étant donné qu'un nombre grandissant de personnes dont le siège est à l'étranger sont désormais assujettis à la TVA en Suisse.

Il est, au contraire, opposé à une extension de l'assistance au recouvrement de créances fiscales portant sur des impôts directs. Une telle extension conduirait à un accroissement important des procédures et à une augmentation importante des coûts pour la Confédération et les cantons.

Moyennant ce qui précède, le Gouvernement jurassien n'a pas de remarques particulières à faire valoir.

Le Gouvernement vous remercie une nouvelle fois de lui avoir donné la possibilité de prendre position à ce sujet et il se tient à votre disposition si besoin. Il vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Rosalie Beuret Siess
Présidente




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Finanzdepartement
Per E-Mail an (Word- und PDF-Datei):
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Luzern, 23. Januar 2026

Protokoll-Nr.: 98

Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern die Vorlage begrüsst. Wir weisen darauf hin, dass die damit verbundenen Vollzugsaufgaben nicht ohne angemessene Mittel auf die Kantone übertragen werden sollen. Die Verordnung in ihrer aktuellen Ausgestaltung soll den Grundsätzen der Verhältnismässigkeit, Effizienz und Kostenvorkehrung gerecht werden und allenfalls angepasst werden. Der Kanton Luzern schliesst sich der Musterstellungnahme der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) an.

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Reto Wyss
Regierungsrat

Beilage:

- Musterstellungnahme SSK
-



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courrier électronique

Département fédéral des finances
Palais fédéral
3003 Berne

Consultation concernant le protocole de modification de l'accord entre la Confédération suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers en vue d'améliorer le respect des obligations fiscales au niveau international

Madame la conseillère fédérale,

Votre correspondance du 22 octobre 2025 relative à l'objet susmentionné nous est bien parvenue et a retenu toute notre attention. Nous vous faisons part ci-après de notre position :

Depuis le 1^{er} janvier 2017, la Suisse applique la norme pour l'échange international automatique de renseignements sur les comptes financiers (EAR comptes financiers). Le 8 juin 2023, l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE) a adopté la première modification de cette norme. Tous les États, y compris la Suisse, doivent la mettre en œuvre. Certaines obligations de déclarer ont été étendues et le traitement des entités d'utilité publique, des comptes en monnaie électronique et des comptes de consignation de capital, entre autres, a été clarifié. Ceux-ci seront à l'avenir exclus du champ d'application de l'EAR, ce qui correspond aux intérêts de la place financière suisse. L'Assemblée fédérale a approuvé l'addendum à l'accord EAR relatif aux comptes financiers et l'accord EAR relatif aux crypto-actifs, ainsi que la modification de la loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR) lors de la votation finale du 26 septembre 2025.

Avec l'UE, la Suisse applique l'EAR par le biais de l'accord EAR CH-UE. La révision de l'accord entre la Suisse et l'UE a repris ces exceptions, y compris celle relative aux entités à but non lucratif, pour autant qu'elles aient leur siège en Suisse sans avoir également un siège dans l'UE. En outre, les dispositions en matière de protection des données ont été mises à jour.

Parallèlement, de nouvelles dispositions relatives à l'assistance au recouvrement de créances fiscales ont été négociées. Il s'agissait d'une exigence de l'UE, qui a subordonné le maintien de l'accord EAR CH-UE et partant de l'art. 9 de cet accord (exonération de l'impôt à la source sur les dividendes, les intérêts et les redevances entre sociétés associées), qui est important pour la Suisse, à l'adoption de dispositions d'assistance au recouvrement de créances fiscales. Dans le cadre des négociations, l'assistance au recouvrement a pu être limitée au seul domaine de la TVA.

NE

Dans la perspective des discussions à venir en vue d'identifier d'autres domaines d'application de l'assistance au recouvrement de créances fiscales, le Conseil d'État rejette les demandes plus étendues tendant à la conclusion d'un accord global sur l'assistance au recouvrement, y compris dans le domaine des impôts directs. Si une extension devait néanmoins être envisagée, cette tâche devrait être attribuée à l'Administration fédérale des contributions et non aux cantons. Dans tous les cas, les cantons devraient être associés aux discussions à un stade précoce. En outre, une telle extension devrait être exclue pour les États partenaires avec lesquels il n'existe aucun instrument efficace permettant d'éviter la double imposition internationale.

Le gouvernement neuchâtelois approuve ainsi le projet d'arrêté du Conseil fédéral concernant l'approbation du protocole de modification de l'accord EAR CH-UE.

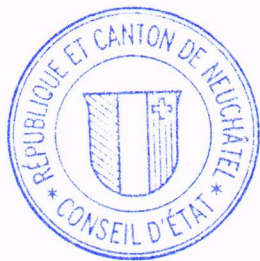
En vous remerciant de l'attention portée au présent courrier, nous vous prions d'agréer, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 28 janvier 2026

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
C. GRAF

La chancelière,
S. DESPLAND





KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 27. Januar 2026

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (AIA-Abkommen CH-EU). Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 22. Oktober 2025 an die Kantonsregierungen, worin Sie die Kantone um eine Stellungnahme zum Bundesbeschluss über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (AIA-Abkommen CH-EU) ersuchen. Der Kanton Nidwalden bedankt sich für die Gelegenheit dazu und lässt sich gerne wie folgt vernehmen:

Seit dem 1. Januar 2017 setzt die Schweiz den internationalen Standard für den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten (AIA über Finanzkonten) um. Am 8. Juni 2023 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine erste Änderung dieses Standards verabschiedet. Die Änderung ist von allen Staaten, einschliesslich der Schweiz, umzusetzen. Gewisse Meldepflichten wurden erweitert, und die Behandlung insbesondere von gemeinnützigen Rechtsträgern sowie von E-Geld- und Kapitaleinzahlungskonten wurde geklärt. Diese sind neu vom Anwendungsbereich des AIA ausgenommen, was den Interessen des Finanzplatzes Schweiz entgegenkommt. Die Bundesversammlung hat die Änderungen in der Schlussabstimmung vom 26. September 2025 genehmigt und die Ausnahmeregelungen damit auch für die Schweiz übernommen, auch jene betreffend die gemeinnützigen Rechtsträger, sofern diese ihren Sitz in der Schweiz und nicht auch in der EU haben. Ausserdem wurden die Datenschutzbestimmungen aktualisiert.

Parallel wurden mit der EU neue Bestimmungen über die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen verhandelt. Dies war eine Forderung der EU, welche den Weiterbestand des AIA-Abkommens und damit auch des für die Schweiz wichtigen Art. 9 des AIA-Abkommens (Quellensteuerbefreiung für Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen) mit der Vereinbarung von Bestimmungen zur Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen verknüpfte. Im Rahmen dieser Verhandlungen konnte die Amtshilfe bei der Einziehung auf den Bereich der Mehrwertsteuer (MWST) begrenzt werden. In der Vergangenheit wurde die Schweiz regelmässig aufgefordert, bilateral die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen zu vereinbaren. Im Fokus standen dabei jeweils die direkten Steuern.

Diese Anfragen wurden von der Schweiz jeweils abgelehnt, da sie einer extraterritorialen Erhebung von Steuerforderungen grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Dementsprechend stehen wir einer Ausweitung der Einziehungshilfe ebenfalls ablehnend gegenüber, anerkennen jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Art. 9 AIA-Abkommen CH-EU und dem Interesse der Schweiz am Fortbestand des AIA-Abkommens CH-EU die Notwendigkeit zur Vereinbarung einer eingeschränkten Einziehungsamtshilfe für indirekte Steuern. Zudem dürfte die Schweiz im Bereich der Mehrwertsteuern auch eigene Interessen an der Vollstreckung ihrer Steuerforderungen im Ausland haben, da infolge verschiedener Revisionen des Mehrwertsteuergesetzes eine grössere Anzahl von Personen mit Sitz im Ausland steuerpflichtig wurde. Weitergehende Forderungen nach der Vereinbarung einer umfassenden Einziehungsamtshilfe auch im Bereich der direkten Steuern lehnen wir im Hinblick auf die kommenden Gespräche zur Auslotung weiterer Anwendungsbereiche der Betreibungsamtshilfe ab. Sollte gleichwohl eine Erweiterung der Einziehungsamtshilfe in Betracht gezogen werden, wäre diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen.

Bezüglich der Anpassungen zur Umsetzung der Revision des AIA-Standards verweisen wir auf unsere Stellungnahme zur Genehmigung der Änderung zur Vereinbarung über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und der AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie zur Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen AIA in Steuersachen. Unseren Vorbehalten hinsichtlich des Nachweises der Steuerbefreiung wird in der Ausgestaltung der Verordnung (Art. 6a E-AIAV) Rechnung getragen. Weitere Anmerkungen hierzu bestehen unsererseits nicht. Wir stimmen dem Bundesratsbeschluss über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen CH-EU daher zu.

Freundliche Grüsse

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Dr. Othmar Filliger
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- vernehmlassungen@sif.admin.ch



Elektronisch an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Sarnen, 26. Januar 2026

Aktenzeichen/Referenz: OWSTK.5649

Entwurf des Bundesbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten; Stellungnahme.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 22. Oktober, mit dem Sie uns die titelgenannte Vernehmlassungsvorlage unterbreiten. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die Schweiz wurde in der Vergangenheit regelmässig von diversen Staaten aufgefordert, bilateral die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen zu vereinbaren. Im Fokus standen dabei jeweils die direkten Steuern. Diese Anfragen wurden von der Schweiz jeweils abgelehnt, da sie einer extraterritorialen Erhebung von Steuerforderungen grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Entsprechend stehen wir einer Ausweitung der Einziehungshilfe ebenfalls ablehnend gegenüber, anerkennen jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Art. 9 AIA-Abkommen CH-EU und dem Interesse der Schweiz am Fortbestand des AIA-Abkommens CH-EU die Notwendigkeit zur Vereinbarung einer eingeschränkten Einziehungshilfe für indirekte Steuern. Zudem dürfte die Schweiz im Bereich der Mehrwertsteuern auch eigene Interessen an der Vollstreckung ihrer Steuerforderungen im Ausland haben, da infolge verschiedener Revisionen des Mehrwertsteuergesetzes eine grössere Anzahl von Personen mit Sitz im Ausland steuerpflichtig wurde. Weitergehende Forderungen nach der Vereinbarung einer umfassenden Einziehungshilfe auch im Bereich der direkten Steuern lehnen wir im Hinblick auf die kommenden Gespräche zur Auslotung weiterer Anwendungsbereiche der Betreibungsamtshilfe ab. Sollte gleichwohl eine Erweiterung der Einziehungshilfe in Betracht gezogen werden, wäre diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen.

Bezüglich der Anpassungen zur Umsetzung der Revision des AIA-Standards verweisen wir auf unsere Stellungnahme zur Genehmigung des Addendums zur Vereinbarung über den automatischen

Informationsaustausch (AIA) über Finanzkonten und der AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie zur Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen AIA in Steuersachen, in der wir auf die Ausführungen der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) verwiesen haben. Unseren Vorbehalt hinsichtlich des Nachweises der Steuerbefreiung wird in der Ausgestaltung der Verordnung (Art. 6a E-AIAV) Rechnung getragen. Weitere Anmerkungen hierzu bestehen unsererseits nicht.

Unter Vorbehalt der genannten Anmerkungen stimmt der Kanton Obwalden dem Entwurf des Bundesratsbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen CH-EU zu.

Freundliche Grüsse



Cornelia Kaufmann-Hurschler
Regierungsrätin

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Steuerverwaltung
- Staatskanzlei

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
staatskanzlei@sh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdeparte-
ment EFD

per E-Mail:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schaffhausen, 13. Januar 2026

Vernehmlassung betreffend Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch; Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Der Entwurf wird grundsätzlich begrüsst. Insbesondere die Erweiterung und Präzisierung einzelner Meldepflichten sowie die Klärung der Behandlung von gemeinnützigen Rechtsträgern sowie von E-Geld- und Kapitaleinzahlungskonten tragen zur Rechtssicherheit bei und liegen im Interesse des Finanzplatzes Schweiz, zumal diese vom Anwendungsbereich des AIA ausgenommen werden.

Was die Vereinbarung einer umfassenden Einziehungsamtshilfe betrifft, so sollten unseres Erachtens weitergehende diesbezügliche Forderungen, d.h. auch im Bereich der direkten Steuern, im Hinblick auf die kommenden Gespräche zur Auslotung weiterer Anwendungsbereiche der Betriebsamtshilfe abgelehnt werden. Sollte gleichwohl eine Erweiterung der Einziehungsamtshilfe in Betracht gezogen werden, wäre diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen.

Bezüglich der Anpassungen zur Umsetzung der Revision des AIA-Standards wird auf unsere bereits erfolgten Stellungnahmen zur Genehmigung des Addendums zur Vereinbarung über den

automatischen Informationsaustausch (AIA) über Finanzkonten und der AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie zur Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen AIA in Steuersachen vom 2. September 2024 sowie zur Genehmigung der Bundesbeschlüsse vom 15. November 2024 verwiesen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

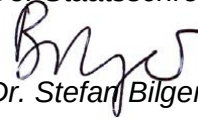
Die Präsidentin:



Dr. Cornelia Stamm Hurter



Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger

VERSENDET AM 17. JAN. 2026

kanton**schwyz** 

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schwyz, 20. Januar 2026

Änderungsprotokoll zum Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) den Kantonsregierungen die Unterlagen zum Änderungsprotokoll betreffend das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten zur Vernehmlassung bis 6. Februar 2026 unterbreitet.

Der Regierungsrat stimmt der Vernehmlassungsvorlage grundsätzlich zu. Die Schweiz kann damit ihren internationalen Verpflichtungen im Bereich der Steuertransparenz nachkommen. Teil des Änderungsprotokolls ist – neben der Vollstreckungshilfe bei der Mehrwertsteuer – auch ein Austausch über die Erweiterung der Amtshilfe bei der Vollstreckung anderer Steuerforderungen innerhalb von vier Jahren nach der Unterzeichnung des Protokolls. Die Schweiz stand einer Vollstreckung von Steuerforderungen im Ausland im Rahmen der internationalen Amtshilfe bisher immer ablehnend gegenüber. Auch der Regierungsrat lehnt eine Erweiterung der internationalen Amtshilfe zur Vollstreckung anderer Steuern, insbesondere der direkten Steuern, derzeit ab. Sollte im Rahmen künftiger Verhandlungen mit der EU eine solche Erweiterung vereinbart werden, wäre diese Aufgabe nach Ansicht des Regierungsrates von der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) wahrzunehmen und sollte nicht den Kantonen zugewiesen werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



Michael Stähli
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 57
finanzdepartement@fd.so.ch
so.ch

Peter Hodel
Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bernerhof
3003 Bern

per E-Mail an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

28. Januar 2026

Vernehmlassung zum Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 haben Sie uns das Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Seit dem 1. Januar 2017 setzt die Schweiz den Standard für den automatischen internationalen Austausch von Informationen über Finanzkonten (AIA über Finanzkonten) um. Am 8. Juni 2023 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die erste Änderung dieses Standards verabschiedet. Sie ist von allen Staaten, einschliesslich der Schweiz, umzusetzen. Gewisse Meldepflichten wurden erweitert, und die Behandlung insbesondere von gemeinnützigen Rechtsträgern sowie von E-Geld- und Kapitaleinzahlungskonten wurde geklärt. Diese sind in Zukunft vom Anwendungsbereich des AIA ausgenommen, was den Interessen des Finanzplatzes Schweiz entspricht. Die Bundesversammlung hat das Addendum zur AIA-Vereinbarung Finanzkonten und die AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie die Änderung des Bundesgesetzes (AIAG) in der Schlussabstimmung vom 26. September 2025 genehmigt.

Mit der EU setzt die Schweiz den AIA über das AIA-Abkommen CH-EU um. Im Zuge der Revision des Abkommens zwischen der Schweiz und der EU wurden diese Ausnahmeregelungen übernommen, auch jene betreffend die gemeinnützigen Rechtsträger, sofern diese ihren Sitz in der Schweiz und nicht auch in der EU haben. Ausserdem wurden die Datenschutzbestimmungen aktualisiert.

Parallel wurden mit der EU neue Bestimmungen über die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen verhandelt. Dies war eine Forderung von Seiten der EU, welche den Weiterbestand des AIA-Abkommens und damit auch des für die Schweiz wichtigen Artikels 9 des AIA-Abkommens (Quellensteuerbefreiung für Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen) mit der Vereinbarung von Bestimmungen zur Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen verknüpfte. Im Rahmen der Verhandlungen konnte die Amtshilfe bei der Einziehung auf den Bereich der Mehrwertsteuer (MWST) begrenzt werden.

Öffentlich-rechtliche Ansprüche von anderen Staaten sind nach geltendem Recht in der Schweiz ohne staatsvertragliche Grundlage nicht vollstreckbar. Derzeit leistet die Schweiz hinsichtlich der direkten Steuern im Verhältnis zu Österreich in beschränktem Umfang Amtshilfe bei der

Vollstreckung von Steuerforderungen (beschränkt auf Steuern betreffend Lohnzahlungen). Im Bereich der indirekten Steuern sieht das Abkommen vom 26. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen (Betrugsbekämpfungsabkommen; BBA) eine Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen beim Vorliegen eines Betrugs oder einer sonstigen rechtswidrigen Handlung vor. Auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei der sozialen Sicherheit, leisten sich die Schweiz und die EU-Mitgliedstaaten gegenseitig Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen.

In der Vergangenheit wurde die Schweiz regelmässig von weiteren Staaten aufgefordert, bilateral die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen zu vereinbaren. Im Fokus standen dabei jeweils die direkten Steuern. Diese Anfragen wurden von der Schweiz jeweils abgelehnt, da sie einer extra-territorialen Erhebung von Steuerforderungen grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Entsprechend stehen wir einer Ausweitung der Einziehungshilfe ebenfalls ablehnend gegenüber, anerkennen jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Art. 9 AIA-Abkommen CH-EU und dem Interesse der Schweiz am Fortbestand des AIA-Abkommens CH-EU die Notwendigkeit zur Vereinbarung einer eingeschränkten Einziehungsamtshilfe für indirekte Steuern. Zudem dürfte die Schweiz im Bereich der Mehrwertsteuern auch eigene Interessen an der Vollstreckung ihrer Steuerforderungen im Ausland haben, da infolge verschiedener Revisionen des Mehrwertsteuergesetzes eine grössere Anzahl von Personen mit Sitz im Ausland steuerpflichtig wurde. Weitergehende Forderungen nach der Vereinbarung einer umfassenden Einziehungsamtshilfe auch im Bereich der direkten Steuern lehnen wir im Hinblick auf die kommenden Gespräche zur Auslotung weiterer Anwendungsbereiche der Betreibungsamtshilfe ab. Sollte gleichwohl eine Erweiterung der Einziehungsamtshilfe in Betracht gezogen werden, wäre diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen.

Bezüglich der Anpassungen zur Umsetzung der Revision des AIA-Standards verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 6. September 2024 zur Genehmigung des Addendums zur Vereinbarung über den automatischen Informationsaustausch (AIA) über Finanzkonten und der AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie zur Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen AIA in Steuersachen. Weitere Anmerkungen hierzu bestehen unsererseits nicht.

Unter Vorbehalt der genannten Anmerkungen stimmen wir dem Entwurf des Bundesratsbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen CH-EU zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Peter Hodel
Regierungsrat



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St. Gallen, 15. Januar 2026

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten, Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur oben erwähnten Vorlage ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Schweiz leistet bisher nur in (sehr) begrenztem Umfang Amtshilfe bei der Vollstreckung von Steuerforderungen. Zwar wurde die Schweiz in der Vergangenheit wiederholt von Staaten aufgefordert, mit ihnen bilateral die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen zu vereinbaren. Im Fokus standen dabei jeweils die direkten Steuern. Diese Anfragen wurden von der Schweiz jeweils abgelehnt, da sie einer extra-territorialen Erhebung von Steuerforderungen grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Dieser Haltung stimmen wir zu. Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung der Quellensteuerbefreiung von Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen und dem Interesse der Schweiz am Fortbestand des Abkommens über automatischen internationalen Informationsaustausch (AIA) mit der Europäischen Union anerkennen wir jedoch die Notwendigkeit der Vereinbarung einer eingeschränkten Einziehungsamtshilfe für indirekte Steuern. Zudem dürfte die Schweiz im Bereich der Mehrwertsteuern auch eigene Interessen an der Vollstreckung ihrer Steuerforderungen im Ausland haben, da infolge verschiedener Revisionen des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer (SR 641.20) eine grössere Anzahl von Personen mit Sitz im Ausland steuerpflichtig wurde. Weitergehende Forderungen zur Vereinbarung einer umfassenden Einziehungsamtshilfe auch im Bereich der direkten Steuern im Rahmen der kommenden Gespräche mit der Europäischen Union sind jedoch zurückzuweisen. Sollte gleichwohl eine Erweiterung der Einziehungsamtshilfe in Betracht gezogen werden, wäre diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen.

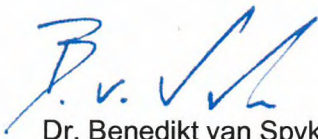
Bezüglich der Anpassungen zur Umsetzung der Revision des globalen Standards für den automatischen Informationsaustausch verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 2. September 2024 zur Genehmigung des Addendums zur AIA-Vereinbarung Finanzkonten und der AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie zur Änderung des Bundesgesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (SR 653.1) und der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (SR 653.11; abgekürzt AIAV). Den darin geäusserten Vorbehalten hinsichtlich des Nachweises der Steuerbefreiung wird in Art. 6a AIAV, der per 1. Januar 2026 in Kraft tritt, Rechnung getragen. Weitere Anmerkungen hierzu haben wir nicht.

Unter Vorbehalt der vorgenannten Ausführungen stimmen wir daher dem Entwurf des Bundesbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch zu.

Im Namen der Regierung



Beat Tinner
Präsident



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung nur per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Numero
476

fr

0

Bellinzona
28 gennaio 2026

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Consigliera federale
Karin Keller-Sutter
Dipartimento federale delle finanze (DFF)
Bundesgasse 3
3003 Berna

*Invio per posta elettronica (word e pdf):
vernehmlassungen@sif.admin.ch*

Consultazione – Protocollo che modifica l'Accordo tra la Svizzera e l'Unione europea sullo scambio automatico di informazioni finanziarie per migliorare l'adempimento fiscale internazionale

Signora Consigliera federale,

facciamo riferimento alla sua lettera del 22 ottobre 2025, con la quale ci ha invitato a prendere posizione sul disegno di decreto del Consiglio federale che approva il Protocollo di modifica dell'Accordo tra la Confederazione Svizzera e l'Unione europea sullo scambio automatico di informazioni finanziarie per migliorare l'adempimento fiscale internazionale (**Accordo SAI CH-UE**). La ringraziamo per l'opportunità di prendere posizione e ci esprimiamo come segue:

Dal 1° gennaio 2017 la Svizzera applica lo standard internazionale per lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari (SAI Conti finanziari). In data 8 giugno 2023, l'Organizzazione per la cooperazione e lo sviluppo economico (OCSE) ha approvato la prima modifica di questo standard che deve essere attuata da tutti gli Stati, Svizzera compresa. In particolare, sono stati ampliati determinati obblighi di comunicazione ed è stato chiarito il trattamento delle entità senza scopo di lucro, dei conti di moneta elettronica e dei conti per il versamento di capitale. In futuro questi ultimi saranno esclusi dal campo d'applicazione dello scambio automatico di informazioni, il che corrisponde agli interessi della piazza finanziaria svizzera. Nella votazione finale del 26 settembre 2025 l'Assemblea federale ha approvato l'Addendum all'Accordo SAI «Conti finanziari» e l'Accordo SAI «Cripto-attività» nonché la modifica della legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazioni a fini fiscali.

Con l'UE, la Svizzera attua lo scambio automatico di informazioni in base all'Accordo SAI CH-UE. La revisione di tale Accordo riprende le summenzionate eccezioni, compresa quella relativa alle entità senza scopo di lucro, a condizione che queste abbiano la loro

sede in Svizzera e non ne abbiano un'altra nell'UE. Inoltre, sono state aggiornate le disposizioni in materia di protezione dei dati.

Parallelamente sono state negoziate nuove disposizioni concernenti l'assistenza in materia di recupero di crediti fiscali. Si trattava di una richiesta dell'UE che collegava il mantenimento dell'Accordo SAI CH-UE, e quindi dell'articolo 9 dello stesso Accordo (esenzione dall'imposta alla fonte per dividendi, interessi e canoni tra imprese consociate), importante per la Svizzera, alla conclusione di disposizioni concernenti l'assistenza in materia di recupero di crediti fiscali. Nel quadro dei negoziati, l'assistenza in materia di recupero ha potuto essere limitata al solo ambito dell'imposta sul valore aggiunto (IVA).

Secondo il diritto vigente in Svizzera, le pretese di diritto pubblico di altri Stati non possono essere eseguite senza un accordo internazionale. Tuttavia, attualmente esistono già alcune eccezioni. Ad esempio, per quanto concerne le imposte dirette nei rapporti con l'Austria, la Svizzera presta assistenza in misura limitata in materia di esecuzione di crediti fiscali (si limita alle imposte prelevate sul versamento dei salari). Nell'ambito delle imposte indirette, l'Accordo di cooperazione del 26 ottobre 2004 fra la Confederazione Svizzera, da un lato, e la Comunità europea e i suoi Stati membri dall'altro, per lottare contro la frode e ogni altra attività illecita che leda i loro interessi finanziari (Accordo antifrode; AAF) prevede l'assistenza amministrativa per il recupero di un credito. Secondo l'AAF, l'assistenza può essere prestata soltanto in presenza di frode o di un'attività illecita. Anche in altri settori, ad esempio nella sicurezza sociale, la Svizzera e gli Stati membri dell'UE si prestano assistenza reciproca in materia di recupero di crediti.

In passato la Svizzera è stata regolarmente sollecitata da altri Stati a concordare bilateralmente l'assistenza in materia di recupero di crediti fiscali derivanti, in particolare, dalle imposte dirette. La Svizzera ha respinto tali richieste, poiché è sostanzialmente critica nei confronti della riscossione extraterritoriale di crediti fiscali. Anche il Canton Ticino è di principio contrario all'introduzione di un'assistenza in materia di recupero di crediti fiscali. Tuttavia, in considerazione dell'importanza economica dell'articolo 9 dell'Accordo SAI CH-UE e dell'interesse della Svizzera al mantenimento di detto Accordo **ricogliamo la necessità di concordare l'assistenza amministrativa per il recupero di un credito per le imposte indirette, più precisamente per l'IVA**; tale assistenza dovrà essere ben regolamentata e soggetta a condizioni restrittive. Inoltre, anche la Svizzera ha un interesse proprio all'esecuzione dei suoi crediti fiscali all'estero nel settore dell'IVA, poiché, a seguito di diverse revisioni della legge sull'IVA, un numero maggiore di persone residenti all'estero è diventata imponibile in Svizzera.

L'assistenza in materia di recupero comporta un onere supplementare soprattutto per lo Stato interpellato, che dovrà eseguire la procedura di esecuzione nazionale e successivamente versare i fondi recuperati allo Stato richiedente. Come esposto nel rapporto esplicativo, nel caso della Svizzera occorre partire dal presupposto che le domande di esecuzione presentate all'estero siano inferiori rispetto a quelle ricevute. Di conseguenza, ciò comporta costi aggiuntivi dovuti a un fabbisogno di personale. Vi è inoltre il rischio che le spese di esecuzione anticipate non siano coperte dal credito, qualora quest'ultimo risultasse inesigibile. Tali costi saranno attenuati dalla regolamentazione delle spese concordata in base alla quale lo Stato interpellato può

utilizzare una parte dei crediti recuperati (il 5 % dell'importo recuperato, ma almeno EUR 500 e al massimo EUR 5000 per domanda) per coprire le proprie spese. In linea di massima accogliamo con favore una regolamentazione dei costi, secondo la quale allo Stato incaricato della riscossione viene assegnata un'indennità per gli atti di incasso in funzione del risultato del recupero. Tuttavia, la prevista indennità del 5% dell'importo recuperato, con un importo massimo di EUR 5'000, non è sufficiente a coprire i costi sostenuti. Va osservato che una procedura di esecuzione in caso di situazioni transfrontaliere può essere molto dispendiosa e che le spese della procedura sono da anticipare dallo Stato interpellato. Un'indennità adeguata non mira soltanto a tenere indenne lo Stato interpellato, ma anche a incentivare la riscossione efficace del credito fiscale. **Riteniamo pertanto che l'importo forfettario legato al risultato del recupero di credito debba essere aumentato almeno al 10% senza tenere conto di un limite massimo.**

Riteniamo inoltre positivo che sia stato fissato un importo minimo del credito fiscale da recuperare. Tuttavia, a causa dell'onerosa procedura in relazione a una fattispecie transfrontaliera, riteniamo che il valore soglia di EUR 10'000 sia troppo basso. **Occorre pertanto esaminare la possibilità di un futuro aumento di detta soglia.**

L'Articolo 2, paragrafo 3, prevede che le disposizioni sull'amministrazione in materia di recupero siano applicabili solo a decorrere dal 1° gennaio del primo anno successivo all'entrata in vigore del Protocollo di modifica. Inoltre, potranno essere recuperati solo i crediti sorti dopo il 1° gennaio successivo alla firma del Protocollo di modifica (quindi a partire dal 1° gennaio 2026). Occorre precisare in maniera univoca che il credito deve riferirsi a fatti realizzati dopo il 1° gennaio 2026. L'assistenza amministrativa non si applica quindi nell'ambito di una verifica fiscale effettuata dopo il 1° gennaio 2026 per i crediti fiscali che si riferiscono a periodi precedenti a tale data.

In vista delle prossime discussioni su altri ambiti di applicazione dell'assistenza amministrativa, Le comunichiamo che respingeremo di principio ulteriori richieste volte a concordare un'assistenza amministrativa in materia di recupero di crediti anche nel settore delle imposte dirette. Se tuttavia la Confederazione dovesse prendere in considerazione la possibilità di estendere il campo di applicazione alle imposte dirette, **i Cantoni dovrebbero essere coinvolti tempestivamente, già durante le fasi iniziali di negoziazione, nelle discussioni.** Inoltre, tale estensione dovrebbe essere esclusa nei confronti degli Stati partner con i quali non esiste uno strumento efficace per evitare la doppia imposizione internazionale oppure se un credito fiscale non è riconosciuto da parte della Svizzera, in applicazione della relativa convenzione per evitare le doppie imposizioni. Per quanto riguarda la regolamentazione dei costi ribadiamo quanto sopra, ossia almeno il 10% dell'importo recuperato senza limiti di sorta e un valore minimo del credito da recuperare di almeno EUR 50'000.

Per quanto riguarda gli adeguamenti necessari all'attuazione della revisione dello standard SAI, rimandiamo alla nostra presa di posizione sull'approvazione dell'Addendum all'Accordo SAI «Conti finanziari» e dell'Accordo SAI «Cripto-attività» nonché la modifica della legge federale e dell'Ordinanza sullo scambio automatico internazionale di informazioni a fini fiscali. Non abbiamo ulteriori osservazioni al riguardo.

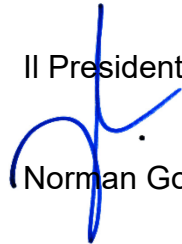
RG n. 476 del 28 gennaio 2026

Fatte salve le citate osservazioni, approviamo il disegno di decreto del Consiglio federale che approva il Protocollo di modifica dell'Accordo SAI CH-UE.

Voglia gradire, signora Consigliera federale, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente


(Norman Gobbi)

Il Cancelliere


Arnoldo Coduri

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Divisione delle contribuzioni (dfe-dc@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Karin Keller-Sutter
Bundespräsidentin
3003 Bern

Frauenfeld, 16. Dezember 2025
Nr. 695

Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch (AIA-Abkommen; SR 0.641.926.81).

Die Einhaltung internationaler Standards im Steuertransparenzbereich ist für den Zugang zu internationalen Märkten eine der Voraussetzungen geworden. Wir erachten die Sicherstellung des Zugangs zu internationalen Märkten für die Schweizer Wirtschaft als zentral. Wir stimmen deshalb dem Änderungsprotokoll zum erwähnten Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der EU zu.

Die damit parallel verhandelte neue Bestimmung über die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen – eine Forderung von Seiten der EU, die den Weiterbestand des AIA-Abkommens und damit auch des für die Schweiz wichtigen Art. 9 AIA-Abkommen mit der Vereinbarung von Bestimmungen zur Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen verknüpfte – ist gemäss erläuterndem Bericht alternativlos. Wir begrüssen es daher, dass im Rahmen der Verhandlungen die Amtshilfe bei der Einziehung auf den Bereich der Mehrwertsteuer begrenzt werden konnte und dass die Anzahl der Fälle und damit der entstehende administrative Aufwand und die Kosten durch Schwellenwerte hinsichtlich der vollstreckbaren Forderungen und Bestimmungen zur Kostenbeteiligung des beantragenden Staates eingeschränkt werden.

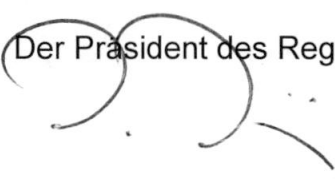
Dennoch möchten wir darauf hinweisen, dass die Inkassoamtshilfe in Bezug auf Mehrwertsteuerforderungen erfahrungsgemäss mit der Inkassoamtshilfe mit österreichischen Steuerforderungen jeweils mit hohem Aufwand verbunden ist. Die vorliegende Inkassoamtshilfe ist auf Gegenseitigkeit ausgerichtet, was insbesondere vor dem Hintergrund der Plattformbesteuerung und des Versandhandels, der regelmässig vom Ausland

2/2

gesteuert wird, zu begrüßen ist. Wir befürchten aber, dass Folgeforderungen nach einer Ausweitung der Inkassoamtshilfe auf Forderungen der direkten Steuern laut werden, was aufgrund des Mehraufwandes für kantonale Behörden unbedingt zu unterbinden ist.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Hinweise.

Mit freundlichen Grüßen


Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber







Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Genehmigung des Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch (AIA-Abkommen) Stellung zu nehmen.

Das Änderungsprotokoll zum AIA-Abkommen bezweckt die Weiterentwicklung und Aktualisierung des bestehenden Abkommens. Es trägt neuen internationalen Standards, insbesondere den Weiterentwicklungen des OECD-Standards, Rechnung. Die Schweiz kommt dadurch ihren internationalen Verpflichtungen im Bereich der Steuertransparenz nach, was für den Erhalt der Qualität und der internationalen Anerkennung des Schweizer Finanzplatzes von zentraler Bedeutung ist.

Der Regierungsrat ist mit dem Änderungsprotokoll einverstanden.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 23. Januar 2026



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Christian Arnold

Roman Balli

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du Département fédéral des
finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Par courriel à :
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Réf. : 25_COU_7009

Lausanne, le 28 janvier 2026

Projet d'arrêté fédéral approuvant le protocole de modification de l'accord entre la Confédération suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers en vue d'améliorer le respect des obligations fiscales au niveau international

Madame la Conseillère fédérale,

Faisant suite à votre courrier du 22 octobre 2025, le Conseil d'Etat vous remercie de l'opportunité qui lui est offerte de prendre position sur le projet d'arrêté fédéral approuvant le protocole de modification de l'accord entre la Confédération suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers en vue d'améliorer le respect des obligations fiscales au niveau international (accord EAR CH-UE).

La Suisse mettant en œuvre l'EAR avec l'Union européenne au moyen de l'accord EAR CH-UE, le Conseil d'Etat reconnaît la nécessité de réviser ce dernier afin de se conformer aux évolutions internationales adoptées par l'Organisation de coopération et de développement économique (OCDE). Ayant approuvé tant l'addendum à l'accord pour l'échange international automatique de renseignements sur les comptes financiers (EAR comptes financiers) que l'accord EAR relatif aux crypto-actifs ainsi que les modifications de la loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR), qui ont notamment étendu les obligations de déclaration et clarifié le traitement des entités d'utilité publique, des comptes en monnaie électronique et des comptes de consignation de capital excluant ceux-ci du champ d'application de l'EAR, ce qui correspond aux intérêts de la place financière suisse, le Conseil d'Etat est dès lors favorable à la reprise de ces évolutions dans l'accord spécifique avec l'UE, y compris celle relative aux entités à but non lucratif, pour autant qu'elles aient leur siège en Suisse sans avoir également un siège dans l'UE. En outre, les dispositions en matière de protection des données ont été mises à jour.

En parallèle de cette nécessaire actualisation de l'EAR, le Conseil d'Etat constate que de nouvelles dispositions relatives à l'assistance au recouvrement de créances fiscales ont été négociées. Il s'agissait, selon le rapport explicatif, d'une exigence de l'UE, qui a

subordonné le maintien de l'accord EAR CH-UE et partant de l'art. 9 de cet accord (exonération de l'impôt à la source sur les dividendes, les intérêts et les redevances entre sociétés associées), central pour l'économie suisse, à l'adoption de dispositions d'assistance au recouvrement de créances fiscales qui se limitent aujourd'hui au domaine de la TVA et qui seront vraisemblablement étendues, dans 4 ans, aux autres impôts (art. 4s accord EAR CH-UE).

Par le passé, d'autres Etats ont régulièrement demandé à la Suisse de convenir dans un accord bilatéral d'une assistance au recouvrement de créances fiscales. Ces requêtes portaient principalement sur les impôts directs. La Suisse les a rejetées car elle se montre de manière générale critique envers l'application extraterritoriale du recouvrement de créances fiscales. La Suisse a ainsi émis une réserve concernant les articles correspondants de la Convention du 25 janvier 1988 concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale.

Par conséquent, le Conseil d'Etat est d'avis que si la conclusion d'un accord sur une assistance au recouvrement restreinte à la TVA représente un compromis équilibré pour la Suisse compte tenu notamment du maintien de l'exonération de l'impôt à la source sur les dividendes, les intérêts et les redevances entre sociétés associées, il souhaite toutefois attirer l'attention de la Confédération sur les conséquences dommageables pour la Suisse que pourraient engendrer une extension de cette assistance au recouvrement des impôts directs dans les 4 ans qui suivent la conclusion de ce protocole de modification de l'accord EAR CH-UE selon l'article 4s.

Sous réserve de ce qui suit, le Conseil d'Etat est donc favorable au projet d'arrêté du Conseil fédéral approuvant le protocole de modification de l'accord EAR CH-UE.

I. Actualisation des dispositions en matière d'EAR

En ce qui concerne les adaptations apportées à la mise en œuvre de la révision de la norme EAR, le Conseil d'Etat renvoie à ses précédentes prises de position concernant l'approbation de l'addendum à l'accord EAR relatif aux comptes financiers et de l'accord EAR relatif aux crypto-actifs et modification de la loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR).

II. Nouvelles dispositions d'assistance au recouvrement de créances fiscales (cf. commentaires et propositions en annexe)

En l'état de l'accord CH-UE en matière de recouvrement de créances, les cantons ne sont pas impliqués, l'assistance au recouvrement n'étant prévue pour l'heure que pour les créances en matière de TVA (cf. chiffre 5. 1, dernier paragraphe, page 4 du rapport explicatif). Tel ne sera plus le cas, dans 4 ans, lors de l'extension du recouvrement aux impôts directs, les cantons étant l'autorité de perception des impôts directs (cf. art. 2 LIFD, RS 642. 11). Cette extension constituerait une charge administrative importante pour les cantons.

À cet égard, le Conseil d'Etat invite la Confédération, dans le cadre des discussions à venir concernant la possibilité d'étendre l'assistance au recouvrement à des impôts directs, à évaluer l'opportunité d'autoriser un Etat étranger à pouvoir poursuivre en Suisse leurs débiteurs par la voie de recouvrement forcé. Comme aucune disposition n'est arrêtée en l'état sur ce sujet,

la Suisse disposerait a priori d'une marge de manœuvre pour négocier un système qui lui est plus favorable.

Par ailleurs, le Conseil d'Etat formule en annexe des propositions d'adaptations des dispositions EAR de l'accord, ainsi que des commentaires à considérer dans le cadre de la mise en œuvre de ces nouvelles dispositions d'assistance au recouvrement de créances fiscale. Cette annexe fait partie intégrante de la réponse à la consultation.

En vous remerciant d'avance pour la prise en considération de nos observations générales et de détail en annexe, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, nos salutations distinguées.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Michel Staffoni

Annexe mentionnée

Copies

- OAE
- DGF

Annexe :

Commentaires détaillés concernant les nouvelles dispositions d'assistance au recouvrement de créances fiscales

Article 4g (condition régissant les demandes de recouvrement) et article 4h (instruments permettant l'adoption de mesures dans l'Etat de l'autorité requise et autres documents connexes)

Il convient de relever que bien que le rapport explicatif (p.46) évoque en matière de recouvrement l'application du principe de subsidiarité en ces termes « les états membres de l'UE doivent notamment avoir épuisé les possibilités d'assistance au recouvrement au sein de l'UE avant de pouvoir présenter une demande à la Suisse », il ne figure toutefois pas à l'article 4g du présent accord CH-UE.

Par ailleurs, en cas d'opposition au commandement de payer découlant d'une demande d'assistance au recouvrement, la jurisprudence fixe un certain nombre de critères à l'obtention de la mainlevée définitive (Tribunal de district de Zurich 23 octobre 2020, BISchK, cahier 6 2020, p. 244-254). En appliquant ceux-ci au présent accord CH-UE, la Confédération devrait détenir les informations suivantes :

- a) Le nom et le domicile/siège social du débiteur/de la débitrice ;
- b) Pour chaque créance TVA (mais pas plus que 10, cf. nv article 67 LP en discussion au Parlement) : le montant (détail, si c'est un solde) en valeur légale suisse de la créance ou des sûretés exigées ; si la créance porte intérêts, le taux et le jour duquel ils courent ;
- c) La dénomination de la décision fiscale, sa date et sa date d'entrée en force de chacune des créances de la lettre b) ;
- d) Pour chacune des créances de la lettre b), une déclaration formelle que son recouvrement a été appliqué dans le pays de l'Etat requérant et que son résultat n'a pas abouti à son paiement intégral ;
- e) Pour chacune des créances de la lettre b), une déclaration formelle qu'il n'existe ainsi manifestement pas dans l'Etat requérant d'actifs pouvant être recouvrés en vue de son paiement intégral ;
- f) Pour chacune des créances de la lettre b), qu'il n'existe pas dans les Etats de l'UE d'actifs pouvant être recouvrés en vue de son paiement intégral ;
- g) Qu'il existe des informations concrètes démontrant que le débiteur/la débitrice TVA dispose d'actifs dans l'Etat requis (Suisse).

En l'absence de ces informations et compte tenu de la teneur actuelle du droit interne suisse, l'AFC ne saurait obtenir une mainlevée définitive à l'opposition élevée contre le commandement de payer, l'art. 86 al. 2 1^{ère} phrase, al. 3 et al. 4 LTVA ne trouvant pas d'application dans le cas d'une créance de droit public étrangère.

Une alternative serait que préalablement à sa demande d'assistance au recouvrement, l'Etat requérant fixe l'état de la situation exposée ci-dessus dans une décision notifiée au débiteur, laquelle décision, une fois entrée en force pourrait, dans le cadre d'un accord international, valoir titre de mainlevée définitive au sens de l'art. 80 al. 2 ch. 2 LP.

Article 4i (Exécution de la demande de recouvrement)

La procédure d'exécution a lieu, respectivement est déterminée exclusivement par l'Etat requis, soit celui appliquant le droit procédural qui lui est propre. Aussi, pour recouvrer en Suisse une créance, qu'elle soit de droit privé ou public, il est nécessaire d'être en présence d'un des deux cas de for ordinaire de la poursuite de l'art. 46 al. 1 et al. 2 LP.

Dès lors que le plus souvent les Etats requérants feront valoir des demandes d'assistance au recouvrement à l'encontre de particuliers ou d'entreprises ayant leur domicile, respectivement leur siège dans l'Etat requérant, le recouvrement s'opérera rarement de façon ordinaire, à savoir :

- envoi d'une réquisition de poursuite (67 LP) à l'OP compétent (celui du for),
- puis rédaction et notification d'un commandement de payer par l'OP (69 et ss LP),
- et suites ad'hoc des article 69 à 88 LP.

Ce procédé « ordinaire » ne sera applicable au recouvrement de créances TVA d'un Etat de l'UE que pour autant que les débiteurs soient domiciliés en Suisse respectivement aient leur siège social en Suisse selon le registre du commerce suisse.

Dès lors, le plus souvent, il conviendra de procéder par séquestre tel que prévu aux articles 271 ss LP. Toutefois, cette procédure ne pourra aboutir qu'à la condition que l'AFC détienne, par la communication décrite à la let. g, du commentaire des art. 4g et 4h ci-dessus, la composition et le lieu des actifs en Suisse (résultat d'une demande fondée sur la Loi fédérale sur l'assistance administrative internationale en matière fiscale (LAAF) auprès de l'Administration fédérale des contributions). Faudra-t-il qu'il existe encore un cas de séquestre, que l'AFC devra rendre vraisemblable, en application de l'art. 272 al. 2 ch. 2 LP. Le séquestre de l'art. 271 al. 1 ch. 6 LP, à savoir lorsque le créancier possède contre le débiteur un titre de mainlevée définitive, reste réservé, d'une part, à l'obtention par la Confédération d'une décision *ad hoc* de l'Etat requérant telle que suggérée au commentaire des art. 4g et 4h et, d'autre part, à l'interprétation par les juges de séquestre de l'art. 271 ss LP (cf. les cantons de BS, VS et JU qui refusent le séquestre de l'art. 271 LP au motif que dans le droit fiscal des dispositions similaires dérogent en partie aux art. 271 ss LP).

Article 4j (Litige)

En droit administratif interne, la preuve des notifications des décisions administratives appartient à l'autorité administrative créancière, ainsi c'est à elle de prouver la réception de la décision administrative (bordereau, décompte, etc.) par l'administré (ici le débiteur/la débitrice de la créance TVA de l'Etat requérant) ; cf. aussi l'arrêt du Tribunal du district de Zurich le 23 octobre 2020 consid. 7.2.2 (BISchK, cahier 6 2020, pages 247 et 248). Dès lors, la mise en œuvre du paragraphe 2 de l'art. 4j de l'accord CH-UE semble difficile.

Article 4l (Demande de mesures conservatoires)

Qu'il s'agisse tant du paragraphe 4 al. 2 et al. 3 de l'article 4j que de l'article 4l, l'application s'exécutera au moyen de l'article 93 LTVA. Dans de tels cas, l'AFC doit alors rendre une décision de « Demande de sûretés » laquelle est sujette à recours devant le Tribunal administratif fédéral (TAF). Toutefois, il semble pour le moins hasardeux de conclure que la fiction de prétention du créancier de la TVA de l'Etat européen par la Confédération Suisse (par fiction de prétention, cf. 1. 1.2. 1 du rapport explicatif) soit suffisante pour ne pas échouer sur les conditions restrictives fixées à l'art. 84a LTF, dès lors que seul un recours devant le TAF est possible en matière d'entraide administrative internationale. Une révision de l'article 84a LTF devrait s'imposer garantissant un recours devant le TF au sens des art. 82 let. a et 98 LTF. En effet, il n'existe aucune raison pour que l'assujetti

d'une créance TVA étrangère à la Suisse qui s'est vu notifier une demande de sûretés dispose de moyen de recours plus limité que lorsqu'elle est exigée pour une créance fiscale suisse.

Pour le surplus, la « Demande de sûretés » est assimilée à une ordonnance de séquestre de l'art. 274 LP (cf. art. 93 al.3 LTVA) ainsi il se pourrait que cela soit le seul moyen à disposition de la Confédération afin d'obtenir un séquestre d'avoir en Suisse.

Article 4m (Limites aux obligations de l'autorité requise)

Cet article doit être mis en regard avec l'article 4o relatif aux frais. En effet, les articles 2 et 3 de l'Ordonnance du DFJP du 24 novembre 2015 sur les réquisitions du créancier dans les procédures de poursuite pour dettes et de faillite (RS 281. 311) a fixé le nombre de créances possible par réquisition de poursuite à dix et à 640 caractères pour indiquer le titre ou la cause de la première créance et à 80 caractères pour le titre ou la cause de chacune des créances suivantes (2 à 10). Dès lors qu'une demande d'assistance au recouvrement comprend plus de dix créances, l'exécution par l'AFC devra être faite par des procédures de recouvrement distinctes ; cela sera aussi le cas, lorsque la justification par l'Etat requérant des créances n° 2 à 10 contient plus de 80 caractères. Dans ce cas, le montant des frais du chiffre 2, par. 2 de l'article 4o devra être analysé pour chacune des procédures de poursuite que la Confédération se devra d'entreprendre afin de satisfaire aux obligations des réquisitions présentées plus haut.

Article 4o (Frais)

En cas de recouvrement de façon ordinaire (cf. commentaire art. 4i), c'est la voie de la faillite qui s'ouvre aux débiteurs de TVA étrangère qui sont des personnes inscrites au registre du commerce en Suisse (selon les modalités de l'art. 39 LP). Or, pour une dette de CHF 10'000.00, les frais du commandement de payer et de la commination de faillite s'élèvent au total de CHF 180.00 (art. 16 et 39 OELP, RS 281. 35), les frais de mainlevée d'opposition au commandement de payer de l'ordre de CHF 400. 00 (48 OELP), les frais d'une demande de faillite devant le juge de faillite (168 et 169 LP) se montent selon les cantons entre CHF 800.00 et CHF 2'500.00, tous ces frais seront dans la majorité perdus pour la Confédération, dès lors que, le plus souvent, il sera en définitive prononcé la suspension de la faillite faute d'actif (art. 230 LP). Ainsi, il conviendrait de fixer au par. 2 al. 2 une limite de CHF 500 au-delà de laquelle on considérera le montant des frais très élevés pour une procédure de recouvrement ayant peu de chance d'aboutir au paiement des frais avancés par la Confédération (art. 68 LP).

Comme expliqué au commentaire des art. 4i et 4j, la procédure de recouvrement s'exécutera le plus souvent au for extraordinaire de l'art. 52 LP au moyen soit de la procédure de séquestre (art. 271 LP) soit d'une « Demande de sûretés » selon l'art. 93 LTVA laquelle est assimilée à une ordonnance de séquestre de l'art. 274 LP. Un tel cas de figure augmentera significativement les frais indiqués ci-avant de l'ordre de CHF 490.00 entre l'autorisation de l'art. 272 LP (art. 48 OELP) et l'exécution du séquestre et rétablissement de son procès-verbal (entre autres art. 21 OELP).

Dès que la Confédération qui devra le plus souvent agir par le biais d'un séquestre LP (271 LP) ou d'une « Demande de sûretés » (93 LTVA), on verra le travail préparatoire s'accroître significativement (rédaction de l'ordonnance de séquestre, lettre de motivation au Juge de l'art. 272 LP ou rédaction de la demande de sûretés et, en cas de recours devant le TAF, soutien de la cause), et ceci quel que soit le montant de TVA à recouvrer. Les conséquences seront équivalentes en cas d'opposition au commandement de payer,

qu'il s'agisse d'une poursuite ordinaire (for de l'art. 46 LP) ou extraordinaire de séquestre de l'art. 52 LP. Il conviendra également de rédiger la demande de mainlevée d'opposition et soutenir la cause devant les autorités civiles (80 LP) et sachant que toutes ces étapes ne sont pas comprises dans les montants des émoluments prévus à l'art. 68 LP. Pour autant que le produit de la poursuite les couvre, l'émolument de perception de 5 % envisagé, mais d'au minimum de 500 EUR, s'avère insuffisant ; il devrait s'élever à un montant d'au moins 1'000 EUR et l'émolument doit être fixé au taux de 10 %.

En sus, il convient de relever que la rédaction du par. 2 de l'article 1 indique une formulation potestative s'agissant de la perception des frais. Il convient également d'observer, comme l'indique le rapport explicatif (page 41), que le nombre de demandes présentées par les Etats de l'UE sera supérieur à celles que l'AFC présentera, il est certain que la pratique de l'assistance au recouvrement, laquelle profitera plus aux Etats de l'UE qu'à la Suisse, nécessitera, tôt ou tard, pour le DFF l'engagement de personnel de perception qualifié supplémentaire. Pour ce faire, la Confédération pourrait, en partie, devoir couvrir ces coûts au moyen d'un émolument de perception propre à englober tous les aspects de l'exécution de cette assistance au recouvrement.

Article 4s (Coopération dans d'autres matières)

Selon cet article, avant le 31 décembre 2029, la Confédération devra venir avec des propositions visant à étendre l'assistance au recouvrement aux impôts directs. Depuis de nombreuses années, certains Etats de l'UE cherchent à imposer à la Suisse la norme de l'article 27 du modèle d'accord de l'OCDE relatif aux conventions de double imposition, alors même, comme le relève le rapport explicatif (1er paragraphe de la page 45) qu'il n'existe pas de norme minimale internationale pour cette forme d'assistance et que, ce faisant, la Suisse n'est pas tenue de convenir de telles dispositions.



2026.00255

P.P. CH-1951
Sion

A

Poste CH SA

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne



Références FM/CB
Date 28 janvier 2026

Procédure de consultation : Protocole de modification de l'accord entre la Confédération suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations relatifs aux comptes financiers en vue d'améliorer le respect des obligations fiscales au niveau international

Madame la Conseillère fédérale,

Nous faisons suite à votre lettre du 22 octobre 2025 concernant la procédure de consultation citée en marge et formulons ci-après nos observations.

Le Gouvernement valaisan a toujours été favorable à la mise en œuvre de l'échange automatique de renseignements avec d'autres États.

Depuis le 1^{er} janvier 2017, la Suisse applique la norme pour l'échange international automatique de renseignements sur les comptes financiers (EAR comptes financiers). Le 8 juin 2023, l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE) a adopté la première modification de cette norme. Tous les États, y compris la Suisse, doivent la mettre en œuvre. Certaines obligations de déclarer ont été étendues et le traitement des entités d'utilité publique, des comptes en monnaie électronique et des comptes de consignation de capital, entre autres, a été clarifié. Ceux-ci seront à l'avenir exclus du champ d'application de l'EAR, ce qui correspond aux intérêts de la place financière suisse. L'Assemblée fédérale a approuvé l'approbation de l'addendum à l'accord EAR relatif aux comptes financiers et de l'accord EAR relatif aux cryptoactifs et modification de la loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR) lors de la votation finale du 26 septembre 2025.

Avec l'UE, la Suisse applique l'EAR par le biais de l'accord EAR CH-UE. La révision de l'accord entre la Suisse et l'UE a repris ces exceptions, y compris celle relative aux entités à but non lucratif, pour autant qu'elles aient leur siège en Suisse sans avoir également un siège dans l'UE. En outre, les dispositions en matière de protection des données ont été mises à jour.

En parallèle, de nouvelles dispositions relatives à l'assistance au recouvrement de créances fiscales ont été négociées. Il s'agissait d'une exigence de l'UE, qui a subordonné le maintien de l'accord EAR CH-UE et partant de l'art. 9 de cet accord (exonération de l'impôt à la source sur les dividendes, les intérêts et les redevances entre sociétés associées), qui est important pour la Suisse, à l'adoption de dispositions d'assistance au recouvrement de créances fiscales. Dans le cadre des négociations, l'assistance au recouvrement a pu être limitée au seul domaine de la TVA.

Selon le droit en vigueur, les prétentions de droit public d'autres États ne sont pas exécutoires en Suisse sans base juridique de droit international. En ce qui concerne les impôts directs, la Suisse prête assistance, dans une mesure restreinte, à l'Autriche pour le recouvrement de créances fiscales dans le domaine des impôts directs (assistance limitée aux impôts relatifs à des versements de salaires).



Dans le domaine des impôts indirects, l'Accord du 26 octobre 2004 sur la coopération entre la Confédération suisse, d'une part, et la Communauté européenne et ses États membres, d'autre part, pour lutter contre la fraude et toute autre activité illégale portant atteinte à leurs intérêts financiers (accord sur la lutte contre la fraude ; AAF) prévoit une assistance au recouvrement de créances. Dans d'autres domaines, par exemple en matière de sécurité sociale, la Suisse et les États membres de l'UE s'entraident mutuellement dans la confiscation de créances.

Par le passé, d'autres États ont régulièrement demandé à la Suisse de convenir dans un accord bilatéral d'une assistance au recouvrement de créances fiscales. Ces requêtes portaient principalement sur les impôts directs. La Suisse les a rejetées car elle se montre de manière générale critique envers l'application extraterritoriale du recouvrement de créances fiscales. Par conséquent, nous sommes également opposés à une extension de l'assistance au recouvrement de créances fiscales, mais reconnaissons la nécessité de conclure une entraide administrative restreinte pour les impôts indirects en raison de l'importance économique de l'art. 9 de l'accord EAR CH-UE et de l'intérêt de la Suisse au maintien de l'accord EAR CH-UE. En outre, dans le domaine de la TVA en particulier, la Suisse a des intérêts propres à pouvoir recouvrer ses créances fiscales à l'étranger, étant donné qu'en raison de diverses révisions de la loi sur la TVA (LTVA), un nombre grandissant de personnes dont le siège est à l'étranger sont désormais assujetties à la TVA en Suisse. Dans la perspective des discussions à venir en vue d'identifier d'autres domaines d'application de l'assistance au recouvrement de créances fiscales, nous rejetons les demandes plus étendues tendant à la conclusion d'un accord global sur l'assistance au recouvrement, y compris dans le domaine des impôts directs. Si une extension de l'assistance au recouvrement de créances fiscales devait néanmoins être envisagée, cette tâche devrait être attribuée à l'administration fédérale des contributions et non aux cantons.

Compte tenu des remarques ci-dessus, le Conseil d'Etat est favorable à l'adoption du projet d'arrêté du Conseil fédéral approuvant le protocole de modification de l'accord EAR CH-UE.

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'attention que vous porterez à sa détermination et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président


Mathias Reynard



La chancelière


Monique Albrecht

Copie à : vernehmlassungen@sif.admin.ch



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Zug, 27. Januar 2026 rv

**Vernehmlassung zum Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch:
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 hat das Eidgenössische Finanzdepartement das Vernehmlassungsverfahren in rubrizierter Angelegenheit eröffnet und zur Einreichung einer Stellungnahme bis am 6. Februar 2026 eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit dazu und äussern uns wie folgt:

Antrag:

Die geplanten Änderungen des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (SR 0.641.926.81; AIA-Abkommen) seien umzusetzen.

Begründung:

1. Seit dem 1. Januar 2017 setzt die Schweiz den Standard für den automatischen internationalen Austausch von Informationen über Finanzkonten (AIA über Finanzkonten) um. Am 8. Juni 2023 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die erste Änderung dieses Standards verabschiedet. Sie ist von allen Staaten, einschliesslich der Schweiz, umzusetzen. Gewisse Meldepflichten wurden erweitert und die Behandlung insbesondere von gemeinnützigen Rechtsträgern sowie von E-Geld- und Kapitaleinzahlungskonten wurde geklärt. Diese sind in Zukunft vom Anwendungsbereich des AIA ausgenommen, was den Interessen des Finanzplatzes Schweiz entspricht. Die Bundesversammlung hat das Addendum zur AIA-Vereinbarung Finanzkonten und die AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie die Änderung des Bundesgesetzes (AIAG) in der Schlussabstimmung vom 26. September 2025 genehmigt.

2. Mit der EU setzt die Schweiz den AIA über das AIA-Abkommen um. Im Zuge der Revision des Abkommens zwischen der Schweiz und der EU wurden diese Ausnahmeregelungen übernommen, auch jene betreffend die gemeinnützigen Rechtsträger, sofern diese ihren Sitz in der Schweiz und nicht auch in der EU haben. Ausserdem wurden die Datenschutzbestimmungen aktualisiert.
3. Parallel wurden mit der EU neue Bestimmungen über die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen verhandelt. Dies war eine Forderung von Seiten der EU, welche den Weiterbestand des AIA-Abkommens und damit auch des für die Schweiz wichtigen Artikels 9 des AIA-Abkommens (Quellensteuerbefreiung für Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen) mit der Vereinbarung von Bestimmungen zur Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen verknüpfte. Im Rahmen der Verhandlungen konnte die Amtshilfe bei der Einziehung auf den Bereich der Mehrwertsteuer (MWST) begrenzt werden.
4. Öffentlich-rechtliche Ansprüche von anderen Staaten sind nach geltendem Recht in der Schweiz ohne staatsvertragliche Grundlage nicht vollstreckbar. Derzeit leistet die Schweiz hinsichtlich der direkten Steuern im Verhältnis zu Österreich in beschränktem Umfang Amtshilfe bei der Vollstreckung von Steuerforderungen (beschränkt auf Steuern betreffend Lohnzahlungen). Im Bereich der indirekten Steuern sieht das Abkommen vom 26. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen (Betrugsbekämpfungsabkommen [BBA; SR 0.351.926.81]) eine Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen beim Vorliegen eines Betrugs oder einer sonstigen rechtswidrigen Handlung vor. Auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei der sozialen Sicherheit, leisten sich die Schweiz und die EU-Mitgliedstaaten gegenseitig Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen.
5. In der Vergangenheit wurde die Schweiz regelmässig von weiteren Staaten aufgefordert, bilateral die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen zu vereinbaren. Im Fokus standen dabei jeweils die direkten Steuern. Diese Anfragen wurden von der Schweiz jeweils abgelehnt, da sie einer extraterritorialen Erhebung von Steuerforderungen grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Auch beim Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (SR 0.652.1) wurden aus Schweizer Sicht deshalb Vorbehalte zur Einziehungsamtshilfe angebracht. Entsprechend stehen wir einer Ausweitung der Einziehungshilfe ebenfalls ablehnend gegenüber, anerkennen jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Art. 9 AIA-Abkommen und dem Interesse der Schweiz am Fortbestand des AIA-Abkommens die Notwendigkeit zur Vereinbarung einer eingeschränkten Einziehungsamtshilfe für indirekte Steuern. Zudem dürfte die Schweiz im Bereich der Mehrwertsteuern auch eigene Interessen an der Vollstreckung ihrer Steuerforderungen im Ausland haben, da infolge verschiedener Revisionen des Mehrwertsteuergesetzes eine grössere Anzahl von Personen mit Sitz im Ausland mehrwertsteuerpflichtig wurde. Weitergehende Forderungen nach der Vereinbarung einer umfassenden Einziehungsamtshilfe auch im Bereich der direkten Steuern lehnen wir im Hinblick auf die kommenden Gespräche zur Auslotung weiterer Anwendungsbereiche der Beitreibungsamtshilfe ab. Sollte gleichwohl eine Erweiterung dieser Amtshilfeform in Betracht gezogen werde, wäre diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen.

6. Bezüglich der Anpassungen zur Umsetzung der Revision des AIA-Standards verweisen wir auf unsere Stellungnahme zur Genehmigung des Addendums zur Vereinbarung über den automatischen Informationsaustausch (AIA) über Finanzkonten und der AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie zur Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen AIA in Steuersachen vom 20. August 2024. Unseren Vorbehalten hinsichtlich des Nachweises der Steuerbefreiung wird in der Ausgestaltung der Verordnung (Art. 6a AIAV) Rechnung getragen. Weitere Anmerkungen hierzu bestehen unsererseits nicht.

Unter Vorbehalt der genannten Anmerkungen stimmen wir dem Entwurf des Bundesratsbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen zu.

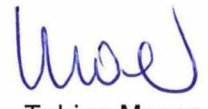
Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Zug, 27. Januar 2026

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Andreas Hostettler
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Finanzdepartement (vernehmlassungen@sif.admin.ch; PDF und Word)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch)
- Steuerverwaltung (info.stv@zg.ch)



Elektronisch an vernehmlassungen@sif.admin.ch



**Kanton Zürich
Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

28. Januar 2026 (RRB Nr. 98/2026)

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (Vernehmlassung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 haben Sie uns eingeladen, zum Entwurf des Bundesbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (AIA-Abkommen CH-EU) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Öffentlich-rechtliche Ansprüche von anderen Staaten sind nach geltendem Recht in der Schweiz ohne staatsvertragliche Grundlage nicht vollstreckbar. Derzeit leistet die Schweiz hinsichtlich der direkten Steuern im Verhältnis zu Österreich in beschränktem Umfang Amtshilfe bei der Vollstreckung von Steuerforderungen (beschränkt auf Steuern betreffend Lohnzahlungen). Im Bereich der indirekten Steuern sieht das Abkommen vom 26. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen (Betrugsbekämpfungsabkommen, SR 0.351.926.81) eine Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen beim Vorliegen eines Betrugs oder einer sonstigen rechtswidrigen Handlung vor. Auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei der sozialen Sicherheit, leisten sich die Schweiz und die EU-Mitgliedstaaten gegenseitig Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen.

In der Vergangenheit wurde die Schweiz regelmässig von weiteren Staaten aufgefordert, bilateral die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen zu vereinbaren. Im Fokus standen dabei jeweils die direkten Steuern. Diese Anfragen wurden von der Schweiz jeweils abgelehnt, da sie einer extraterritorialen Erhebung von Steuerforderungen grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Entsprechend stehen wir einer Ausweitung der Einziehungsamtshilfe ebenfalls ablehnend gegenüber, anerkennen jedoch aufgrund der



wirtschaftlichen Bedeutung von Art. 9 des AIA-Abkommens CH-EU und des Interesses der Schweiz am Fortbestand des AIA-Abkommens CH-EU die Notwendigkeit zur Vereinbarung einer eingeschränkten Einziehungsamtshilfe für indirekte Steuern. Zudem dürfte die Schweiz im Bereich der Mehrwertsteuern auch eigene Interessen an der Vollstreckung ihrer Steuerforderungen im Ausland haben, da infolge verschiedener Revisionen des Mehrwertsteuergesetzes eine grössere Anzahl von Personen mit Sitz im Ausland steuerpflichtig wurde. Weitergehende Forderungen nach der Vereinbarung einer umfassenden Einziehungsamtshilfe auch im Bereich der direkten Steuern lehnen wir im Hinblick auf die kommenden Gespräche zur Auslotung weiterer Anwendungsbereiche der Betreibungsamtshilfe ab. Sollte gleichwohl eine Erweiterung der Einziehungsamtshilfe in Betracht gezogen werde, wäre diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen.

Unter Vorbehalt der genannten Bemerkungen stimmen wir dem Entwurf des Bundesbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zu dem AIA-Abkommen CH-EU zu.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Martin Neukom

Dr. Kathrin Arioli



**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Vorsteherin EFD
Bernerhof
3003 Bern

Bern, 30. Januar 2026

Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch. Vernehmlassungsstellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Brief vom 22. Oktober 2025 haben Sie die Vernehmlassung über die Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesratsbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (AIA-Abkommen CH-EU) eröffnet. Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) hat sich an ihrer Plenarversammlung vom 30. Januar 2026 mit dem Geschäft befasst und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Die FDK opponiert nicht gegen diese Vorlage. Die Anpassung des AIA-Abkommens CH-EU im Lichte des neuen internationalen Standards ist angezeigt. Die FDK sieht jedoch die Erweiterung der Einziehungsamtshilfe kritisch. Sie lehnt noch weitergehende Forderungen, namentlich in Bezug auf Einziehungsamtshilfe auf die direkten Steuern, ab.

Seit dem 1. Januar 2017 setzt die Schweiz den Standard für den automatischen internationalen Austausch von Informationen über Finanzkonten (AIA über Finanzkonten) um. Am 8. Juni 2023 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die erste Änderung dieses Standards verabschiedet. Die Bundesversammlung hat das Addendum zur AIA-Vereinbarung Finanzkonten und die AIA-Vereinbarung Kryptowerte sowie die Änderung des Bundesgesetzes (AIAG) in der Schlussabstimmung vom 26. September 2025 genehmigt. Mit der EU setzt die Schweiz den AIA über das AIA-Abkommen CH-EU um. Im Zuge der Revision des Abkommens zwischen der Schweiz und der EU wurden diese Anpassungen übernommen.

Parallel wurden mit der EU neue Bestimmungen über die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen verhandelt. Dies war eine Forderung von Seiten der EU, welche den Weiterbestand des AIA-Abkommens und damit auch des für die Schweiz wichtigen Artikels 9 des

AIA-Abkommens (Quellensteuerbefreiung für Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen) mit der Vereinbarung von Bestimmungen zur Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen verknüpfte. Im Rahmen der Verhandlungen konnte die Amtshilfe bei der Einziehung auf den Bereich der Mehrwertsteuer (MWST) begrenzt werden.

Öffentlich-rechtliche Ansprüche von anderen Staaten sind nach geltendem Recht in der Schweiz ohne staatsvertragliche Grundlage nicht vollstreckbar. Derzeit leistet die Schweiz hinsichtlich der direkten Steuern im Verhältnis zu Österreich in beschränktem Umfang Amtshilfe bei der Vollstreckung von Steuerforderungen (beschränkt auf Steuern betreffend Lohnzahlungen). Im Bereich der indirekten Steuern sieht das Abkommen vom 26. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen (Betrugsbekämpfungsabkommen; BBA) eine Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen beim Vorliegen eines Betrugs oder einer sonstigen rechtswidrigen Handlung vor. Auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei der sozialen Sicherheit, leisten sich die Schweiz und die EU-Mitgliedstaaten gegenseitig Amtshilfe bei der Einziehung von Forderungen.

In der Vergangenheit wurde die Schweiz regelmässig von weiteren Staaten aufgefordert, bilateral die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen zu vereinbaren. Im Fokus standen dabei jeweils die direkten Steuern. Diese Anfragen wurden von der Schweiz jeweils abgelehnt, da sie einer extra-territorialen Erhebung von Steuerforderungen grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Entsprechend stehen wir einer Ausweitung der Einziehungshilfe ebenfalls ablehnend gegenüber, anerkennen jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Art. 9 AIA-Abkommen CH-EU und dem Interesse der Schweiz am Fortbestand des AIA-Abkommens CH-EU die Notwendigkeit zur Vereinbarung einer eingeschränkten Einziehungsamtshilfe für indirekte Steuern. Zudem dürfte die Schweiz im Bereich der Mehrwertsteuern auch eigene Interessen an der Vollstreckung ihrer Steuerforderungen im Ausland haben, da infolge verschiedener Revisionen des Mehrwertsteuergesetzes eine grössere Anzahl von Personen mit Sitz im Ausland steuerpflichtig wurde. Weitergehende Forderungen nach der Vereinbarung einer umfassenden Einziehungsamtshilfe auch im Bereich der direkten Steuern lehnen wir im Hinblick auf die kommenden Gespräche zur Auslotung weiterer Anwendungsbereiche der Beitreibungsamtshilfe ab. Sollte gleichwohl eine Erweiterung der Einziehungsamtshilfe in Betracht gezogen werde, wäre diese Aufgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung und nicht den Kantonen zuzuweisen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

KONFERENZ DER KANTONALEN FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN

Präsident:



Regierungsrat Ernst Stocker

Generalsekretär:



Dr. Peter Mischler

Kopie

- Vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Mitglieder FDK

**CONFERENCE DES
DIRECTRICES ET DIRECTEURS
CANTONAUX DES FINANCES**

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du DFF
Bernerhof
3003 Berne

Berne, le 30 janvier 2026

**Protocole de modification de l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur
l'échange automatique d'informations. Prise de position sur le projet en consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Par courrier du 22 octobre 2025, vous avez ouvert la consultation sur le projet d'arrêté fédéral approuvant le protocole de modification de l'accord entre la Confédération suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers en vue d'améliorer le respect des obligations fiscales au niveau international (accord EAR CH-UE). La Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances (CDF) s'est penchée sur cet objet lors de son assemblée plénière du 30 janvier 2026 et prend position comme suit.

La CDF ne s'oppose pas à ce projet. La modification de l'accord EAR CH-UE est indiquée à la lumière du nouveau standard international. La CDF voit toutefois l'extension de l'assistance au recouvrement des créances fiscales d'un œil critique. Elle rejette les demandes encore plus étendues, notamment en matière d'assistance au recouvrement dans le domaine des impôts directs.

Depuis le 1er janvier 2017, la Suisse applique la norme pour l'échange international automatique de renseignements sur les comptes financiers (EAR comptes financiers). Le 8 juin 2023, l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE) a adopté la première modification de cette norme. L'Assemblée fédérale a approuvé l'approbation de l'addendum à l'accord EAR relatif aux comptes financiers et de l'accord EAR relatif aux crypto-actifs et modification de la loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR) lors de la votation finale du 26 septembre 2025. Avec l'UE, la Suisse applique l'EAR par le biais de l'accord EAR CH-UE. La révision de l'accord entre la Suisse et l'UE a repris ces modifications.

En parallèle, de nouvelles dispositions relatives à l'assistance au recouvrement de créances fiscales ont été négociées. Il s'agissait d'une exigence de l'UE, qui a subordonné le maintien de l'accord EAR CH-UE et partant de l'art. 9 de cet accord (exonération de l'impôt à la source sur les dividendes, les intérêts et les redevances entre sociétés associées), qui est

important pour la Suisse, à l'adoption de dispositions d'assistance au recouvrement de créances fiscales. Dans le cadre des négociations, l'assistance au recouvrement a pu être limitée au seul domaine de la TVA.

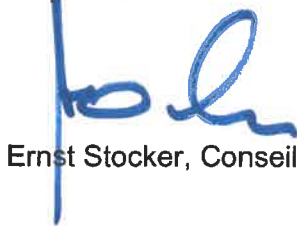
Selon le droit en vigueur, les prétentions de droit public d'autres États ne sont pas exécutoires en Suisse sans base juridique de droit international. En ce qui concerne les impôts directs, la Suisse prête assistance, dans une mesure restreinte, à l'Autriche pour le recouvrement de créances fiscales dans le domaine des impôts directs (assistance limitée aux impôts relatifs à des versements de salaires). Dans le domaine des impôts indirects, l'Accord du 26 octobre 2004 sur la coopération entre la Confédération suisse, d'une part, et la Communauté européenne et ses États membres, d'autre part, pour lutter contre la fraude et toute autre activité illégale portant atteinte à leurs intérêts financiers (accord sur la lutte contre la fraude ; AAF) prévoit une assistance au recouvrement de créances. Dans d'autres domaines, par exemple en matière de sécurité sociale, la Suisse et les États membres de l'UE s'entraident mutuellement dans la confiscation de créances.

Par le passé, d'autres États ont régulièrement demandé à la Suisse de convenir dans un accord bilatéral d'une assistance au recouvrement de créances fiscales. Ces requêtes portaient principalement sur les impôts directs. La Suisse les a rejetées car elle se montre de manière générale critique envers l'application extraterritoriale du recouvrement de créances fiscales. Par conséquent, nous sommes également opposés à une extension de l'assistance au recouvrement de créances fiscales, mais reconnaissons la nécessité de conclure une entente administrative restreinte pour les impôts indirects en raison de l'importance économique de l'art. 9 de l'accord EAR CH-UE et de l'intérêt de la Suisse au maintien de l'accord EAR CH-UE. En outre, dans le domaine de la TVA en particulier, la Suisse a des intérêts propres à pouvoir recouvrer ses créances fiscales à l'étranger, étant donné qu'en raison de diverses révisions de la loi sur la TVA (LTVA), un nombre grandissant de personnes dont le siège est à l'étranger sont désormais assujetties à la TVA en Suisse. Dans la perspective des discussions à venir en vue d'identifier d'autres domaines d'application de l'assistance au recouvrement de créances fiscales, nous rejetons les demandes plus étendues tendant à la conclusion d'un accord global sur l'assistance au recouvrement, y compris dans le domaine des impôts directs. Si une extension de l'assistance au recouvrement de créances fiscales devait néanmoins être envisagée, cette tâche devrait être attribuée à l'administration fédérale des contributions et non aux cantons.

En vous remerciant de l'intérêt que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.

CONFÉRENCE DES DIRECTRICES ET DES DIRECTEURS CANTONAUX DES FINANCES

Le président :



Ernst Stocker, Conseiller d'État

Le secrétaire général :



Peter Mischler

En copie :

- Vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Membres CDF

Département fédéral des finances DFF
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter

Par courrier électronique :
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Berne, le 6 février 2026

Protocole de modification de l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations

Réponse de l'UDC Suisse à la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Madame, Monsieur,

L'UDC Suisse vous remercie de l'avoir consultée au sujet de l'objet cité en titre. Après avoir examiné les détails du projet, elle a l'avantage de se prononcer comme suit :

L'UDC Suisse exprime son opposition ferme au protocole de modification de l'accord entre la Suisse et l'Union européenne relatif à l'échange automatique d'informations. Cette mise à jour étend les obligations de déclaration et impose des contraintes administratives et financières supplémentaires, alourdissant notamment la charge de l'Administration fédérale des contributions (AFC). En outre, l'UE cherche indirectement à s'immiscer progressivement dans notre système fiscal, ce qui constitue une menace réelle pour notre souveraineté.

En 2022, l'OCDE a publié une mise à jour de la norme internationale d'échanges automatiques de renseignements relatifs aux comptes financiers. Cette-dernière mise à jour étend certaines obligations de déclaration et clarifie notamment le traitement des entités à but non lucratif, des comptes en monnaie électronique et des comptes de consignation de capital. Avec l'UE, la Suisse met en œuvre cette norme par le biais d'un accord bilatéral qui a fait l'objet d'une révision pour tenir compte des développements internationaux. L'UE a parallèlement subordonné le maintien de l'accord à de nouvelles dispositions relatives à l'assistance au recouvrement de créances fiscales. L'assistance a alors pu être limitée au seul domaine de la TVA.

L'UDC Suisse tient à rappeler son opposition de principe à l'échange automatique de renseignements. Cette pratique péjore les fondements d'un État de droit libéral et fait peser des risques permanents sur la protection des données, malgré les mises à jour annoncées. Il n'est dès lors pas acceptable d'entamer une nouvelle érosion de notre souveraineté en étendant les obligations de déclaration. Par ailleurs, la mise à jour des normes et l'accord EAR CH-UE alourdissent la charge de l'AFC et génèrent des coûts supplémentaires, sans prévoir de réelles possibilités d'allègements pour les PME.

De surcroît, il convient de constater que tant la conduite des négociations avec l'UE que leurs résultats mettent en péril notre souveraineté et notre indépendance fiscale. Sur la forme, il est inadmissible que l'UE subordonne le maintien d'un accord international à l'introduction d'une clause spécifique imposant une nouvelle obligation à la Suisse. Sur le fond, le Conseil fédéral se montre satisfait que l'assistance au recouvrement soit limitée à la TVA. Or, du point de vue de l'UDC, cette approche est dangereuse : elle ouvre la porte à une extension vers d'autres impôts, comme le mentionne d'ailleurs le rapport explicatif (p.3), lequel indique que des échanges auront lieu dans les quatre ans à venir pour examiner cette possibilité. Concrètement, cela signifie que l'UE pourrait amener la Suisse à engager des poursuites internes pour des créances fiscales de l'UE, traitées comme si elles étaient des créances suisses. Une telle configuration constitue une nouvelle ingérence indirecte inacceptable de l'UE. L'UDC considère qu'il faut préserver notre autonomie et refuser toute tentative de l'UE de s'immiscer dans nos politiques fiscales nationales.

Pour toutes ces raisons, l'UDC se prononce contre le protocole de modification de l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations.

Réitérant ses remerciements de l'avoir associée à cette consultation, l'UDC Suisse vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, Madame, Monsieur, à l'assurance de sa considération.

Avec nos meilleures salutations

UNION DÉMOCRATIQUE DU CENTRE

Le président du parti

Le secrétaire général



Marcel Dettling

Conseiller national



Henrique Schneider



Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Bern

Tel. 031 329 69 69

www.sp-ps.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bernernhof
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail an:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

6. Februar 2026

SP-Stellungnahme zum Änderungsprotokoll zum AIA-Abkommen über Finanzkonten mit der EU

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter,
sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat vernehmlasst die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (AIA-Abkommen CH-EU). Wir danken Ihnen für die Einladung zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren.

1. Zusammenfassende Haltung der SP

Die SP unterstützt die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen CH-EU.

2. Inhalt des Erlassentwurfs und Position der SP

Die Bestimmungen der OECD zum AIA über Finanzkonten wurden 2022 aktualisiert. Da die Schweiz dieses mit der EU über das bilaterale AIA-Abkommen CH-EU umsetzt, bedarf dieses einer Änderung, um die Neuerungen in Kraft zu setzen. Zusätzlich wird das Abkommen um Bestimmungen zur Amtshilfe für die Einziehung von Mehrwertsteuerforderungen ergänzt.

Die Aktualisierung des AIA über Finanzkonten betraf den Gemeinsamen Meldestandard, dessen Auslegung in der ursprünglichen Fassung verschiedene Interpretationen zugelassen hatte. Sie betrifft vor allem die Verstärkung des Datenschutzes sowie Fragen zur eigentlichen Meldepflicht und schliesst gemeinnützige Rechtsträger sowie E-Geld- und Kapitaleinzahlungskonten vom Geltungsbereich des AIA über Finanzkonten grundsätzlich aus.

Die neuen Bestimmungen zur Amtshilfe betreffen einzig den Bereich der Vollstreckungshilfe bei Mehrwertsteuerforderungen. Nur in diesem Bereich würde das Abkommen die Schweiz und die EU grundsätzlich zur gegenseitigen Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen verpflichten. Zudem schränkte das Änderungsprotokoll mit Art. 4^m die Anzahl Amtshilfefälle ein, indem dieser pro Amtshilfegesuch einen Schwellenwert von EUR 10'000 an Steuerschulden festlegt. Bleibt die Forderung unter diesem Wert, würde grundsätzlich keine Amtshilfe geleistet. Der Schwellenwert würde nur dann auf EUR 5000 gesenkt, wenn die durchschnittliche jährliche Anzahl Amtshilfegesuche aus der EU 200 nicht überschreitet. Zudem sieht das Abkommen in Art. 4^o eine Kostenbeteiligung der beantragenden Staaten vor.

Die Bekämpfung von Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung, Geldwäscherei und Korruption ist für jeden Staat essenziell, um die Finanzierung seiner hoheitlichen Aufgaben unter Einhaltung der geltenden Regeln zu sichern und durch faire Besteuerung langfristig das Vertrauen seiner Bevölkerung zu stärken. Der AIA stärkt diese Standards international und ist ein wichtiges Element der regelbasierten internationalen Ordnung. In diesem Sinne unterstützt die SP den AIA grundsätzlich und damit auch die Erweiterung des AIA-Abkommens CH-EU.

Kommt dazu, dass die Reputation der Schweiz bezüglich Glaubwürdigkeit und Integrität von der Weiterentwicklung der AIA-Architektur profitieren würde. Dies ist insbesondere für den Marktzugang von Schweizer Firmen in der EU und für die Weiterführung der Quellensteuerbefreiung gemäss Art. 9 AIA-Abkommen CH-EU von Bedeutung.

Solange die Schweiz den Prüfmechanismus, der einen besonderen Fokus auf den Datenschutz und die Einhaltung der Grundrechte der Finanzkonteninhaber:innen legt, konsequent anwendet, sieht die SP keinen Grund, den Bundesbeschluss abzulehnen.

Hingegen betont die SP, dass sie den Einschränkungen bezüglich der Amtshilfe grundsätzlich kritisch gegenübersteht. Dies betrifft in erster Linie die Beschränkung der Gesuchszahlen, für welche es aus Sicht der SP keine legitime Begründung gibt. Das Eintreiben von Steuerschulden bleibt schliesslich in jedem Fall Aufgabe staatlicher Institutionen, unabhängig von deren Häufigkeit. Das Betrugsbekämpfungsabkommen (BBA) zwischen der Schweiz und der EU im Bereich der indirekten Steuern sieht in einem wesentlichen Fall

keine Amtshilfe vor: Wenn sich der Schuldner oder die Schuldnerin weigert, die Steuerschuld zu bezahlen. Die SP würde es befürworten, die Amtshilfe in solchen Fällen nicht nur auf die Mehrwertsteuern, sondern auch auf andere Steuerarten zu erweitern. Eine solche Ausweitung ist aber im vorliegenden Abkommen nicht vorgesehen.

Die SP steht für eine regelbasierte internationale Ordnung, für Steuergerechtigkeit und eine starke Schweizer Wirtschaft ein. Deshalb stimmt sie dem Änderungsprotokoll zum AIA-Abkommen CH-EU zu.

Wir danken Ihnen, geschätzte Frau Bundesrätin, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Stefan M. Schütz
Politischer Fachreferent

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail: info@sif.admin.ch

6. Februar 2026

Änderungsprotokoll zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch Schweiz-EU in Steuersachen: Stellungnahme economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 wurden wir eingeladen, uns zum Änderungsprotokoll zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch Schweiz-EU in Steuersachen zu äussern. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Zusammenfassung

economiesuisse anerkennt die hohe wirtschaftliche Bedeutung der Quellensteuerbefreiung im AIA-Abkommen CH-EU. Der Fortbestand von Artikel 9 des AIA-Abkommens CH-EU (Quellensteuerbefreiung) wird deshalb als unerlässlich betrachtet. Gegenüber der Einführung der Vollstreckungshilfe bei Steuerforderungen besteht jedoch eine kritische Haltung. Die Ausweitung der Vollstreckungshilfe auf weitere Steuerarten ist in jedem Fall auszuschliessen.

Ausgangslage

Seit 2017 setzt die Schweiz den automatischen Informationsaustausch (AIA) mit der Europäischen Union auf Grundlage des AIA-Abkommens CH-EU um. Das Abkommen enthält neben den AIA-Bestimmungen Regelungen zur Quellensteuerbefreiung auf Dividenden-, Zins- und Lizenzzahlungen zwischen verbundenen Gesellschaften. Diese Regelungen wurden aus dem früheren Zinsbesteuerungsabkommen von 2004 übernommen. Das vorliegende Änderungsprotokoll will das AIA-Abkommen an den revidierten OECD-Standard anpassen. Die Schweiz setzt den revidierten Standard seit dem 1. Januar 2026 gemäss Absicht des Bundesrats vorläufig um.

Separat davon enthält das Änderungsprotokoll Bestimmungen zur gegenseitigen Amtshilfe beim Einzug von Mehrwertsteuerforderungen. Diese Bestimmungen sind ein neues Element des AIA-Abkommens, das weder mit dem bestehenden AIA-Abkommen noch mit dem revidierten OECD-Standard materiell zusammenhängt. Die geplante Umsetzung erfolgt entsprechend nach einem anderen Zeitplan.

Stellungnahme von economiesuisse

Die Quellensteuerbefreiung auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Gesellschaften ist für die Schweiz von grosser, gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Sie ermöglicht es international tätigen Schweizer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, Holding-, Finanzierungs-, Forschungs- und IP-Funktionen in der Schweiz zu bündeln und von der Schweiz aus ihre EU-Vertriebs- und Produktionsaktivitäten zu leiten. Bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und einzelnen EU-Mitgliedstaaten sehen weiterhin Quellensteuern für grenzüberschreitende Zahlungen vor. Das übergeordnete AIA-Abkommen CH-EU gewährt demgegenüber in Artikel 9 die Quellensteuerbefreiung, sofern gewisse Bedingungen erfüllt sind. Es entzieht damit den 27 EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit bei Schweizer Gesellschaften konzerninternen Quellensteuern auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zu erheben. Der Fortbestand des AIA-Abkommens CH-EU wird vom Bundesrat deshalb als äusserst wichtig erachtet. Betroffene Mitgliederorganisationen von economiesuisse stimmen der grossen Bedeutung von Artikel 9 des AIA-Abkommens CH-EU und damit der Quellensteuerbefreiung ausnahmslos zu. Gemäss Swiss Holdings sind die Vorteile einer Ratifizierung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen um ein Vielfaches höher zu bewerten als die Nachteile aus der Einführung der Vollstreckungshilfe beschränkt auf gewisse Mehrwertsteuerfälle.

Die im Änderungsprotokoll vereinbarte Einführung der Vollstreckungshilfe stellt eine grundlegende Abkehr von der bisherigen schweizerischen Abkommenspraxis dar. Extra-territoriale Mehrwertsteuerforderungen werden von der Schweiz heute nur in Ausnahmefällen basierend auf dem Betrugsbekämpfungsabkommen vollstreckt. Die Vollstreckungshilfe ist kein internationaler Standard und gemäss dem einschlägigen OECD-Musterabkommen lediglich optional. Mitglieder von economiesuisse weisen auf Kostenfolgen und Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit der Einführung der Vollstreckungshilfe hin. Die Verknüpfung von Vollstreckungshilfe und Quellensteuerbefreiung wird zudem als sachfremd erachtet. Einzelne Mitglieder von economiesuisse unterstützen das Änderungsprotokoll deshalb nicht. Gemäss Swiss Banking besteht kein Zeitdruck, weil die geänderten AIA-Bestimmungen von der Schweiz vorläufig angewendet werden.

Die Ausweitung der Vollstreckungshilfe auf weitere Steuerarten ist in jedem Fall zurückzuweisen. Es ist abzulehnen, dass die vor über zwanzig Jahren im Austausch mit der Einführung der Zinsbesteuerung durch die Schweiz vereinbarte Quellensteuerbefreiung aufgrund von mit den Inhalten des AIA-Abkommens nicht verbundenen Drittinteressen in Frage gestellt wird.

Ob Möglichkeiten bestehen, Doppelbesteuerungsabkommen, die die Quellensteuerbefreiung nicht enthalten, im Interesse der Schweiz zu revidieren, sollte vom Bundesrat geprüft werden. Die Freistellung von der Quellensteuer sollte in den Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und den EU-Staaten der Standard sein.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
economiesuisse

Dr. Markus Neuhaus
Präsident Finanz- und Steuerkommission

Dr. Frank Marty
Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung,
Bereichsleiter Finanz- und Steuerpolitik



Madame la Conseillère fédérale
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Berne, le 6 février 2026 usam-MH/zh

Réponse à la procédure de consultation :

Protocole d'amendement à l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers en vue d'améliorer le respect des obligations fiscales au niveau international

Madame la Conseillère fédérale Keller-Sutter,
Madame, Monsieur,

Plus grande organisation faîtière de l'économie suisse, l'Union suisse des arts et métiers usam représente plus de 230 associations et plus de 600 000 PME, soit 99,8% des entreprises de notre pays. La plus grande organisation faîtière de l'économie suisse s'engage sans répit pour l'aménagement d'un environnement économique et politique favorable au développement des petites et moyennes entreprises.

Le 22 octobre 2025, le Département fédéral des finances (DFF) nous a convié à prendre position dans le cadre de la procédure de consultation sur le Protocole d'amendement à l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers en vue d'améliorer le respect des obligations fiscales au niveau international.

I. Contexte

Ce projet prévoit notamment l'introduction d'une assistance administrative en matière de recouvrement des créances fiscales, en particulier pour la TVA, ainsi que des adaptations techniques pour aligner l'accord sur les standards révisés de l'OCDE. L'usam, en tant que voix des PME et des indépendants suisses, salue l'opportunité de s'exprimer sur un dossier qui touche directement la compétitivité et la stabilité juridique du site économique suisse.

II. Appréciation

1. Rejet de l'introduction de l'assistance administrative en matière de recouvrement

L'usam rejette catégoriquement l'introduction de l'assistance administrative pour le recouvrement des créances fiscales, en particulier pour la TVA, telle que proposée dans le projet d'amendement. Cette mesure représenterait une rupture avec la tradition helvétique de souveraineté fiscale et de protection des contribuables contre des procédures de recouvrement étrangères. Contrairement à l'échange auto-

matique d'informations, qui permet aux États de percevoir eux-mêmes les impôts sur la base des données transmises, l'assistance administrative en matière de recouvrement imposerait aux autorités et aux entreprises suisses de devenir des acteurs passifs dans la perception de dettes fiscales étrangères. Cela créerait une insécurité juridique inacceptable pour les PME, qui n'auraient aucun recours effectif contre des décisions prises par des administrations fiscales étrangères, souvent opaques et aux pratiques variables.

2. Absence de standard international et risque d'extension

L'assistance administrative en matière de recouvrement n'est pas un standard international. L'OCDE elle-même qualifie cette disposition d'optionnelle dans son modèle de convention fiscale. L'usam partage la crainte que cette mesure, initialement limitée à la TVA, ne s'étende rapidement à d'autres types d'impôts, sous la pression de l'UE. Les déclarations récentes du Conseil européen confirment cette volonté d'élargissement, ce qui exposerait les entreprises suisses à un risque accru de procédures arbitraires et à une charge administrative disproportionnée. Les PME, en particulier, n'ont ni les ressources ni l'expertise pour gérer de telles demandes, ce qui entraînerait des coûts supplémentaires et une distraction de leur activité principale.

3. Incompatibilité avec les principes de proportionnalité et d'efficacité

L'usam rappelle que la Suisse dispose déjà d'un système efficace d'échange automatique d'informations, qui permet aux États partenaires de percevoir leurs impôts sans recourir à des mécanismes de recouvrement transfrontaliers. L'introduction de l'assistance administrative en matière de recouvrement ne présente aucun avantage concret pour la Suisse, mais risque au contraire de complexifier les relations fiscales avec l'UE et d'alourdir inutilement les procédures pour les entreprises. De plus, l'absence d'évaluation précise des volumes de demandes et des coûts induits pour les PME et les cantons rend cette proposition prématurée et potentiellement coûteuse.

4. Menace sur la compétitivité du site économique suisse

La stabilité et la prévisibilité du cadre fiscal sont des atouts majeurs pour l'attractivité de la Suisse. L'acceptation de cette mesure affaiblirait la position négociatrice de la Suisse dans ses relations avec l'UE et pourrait encourager des demandes similaires de la part d'autres États. L'usam insiste sur le fait que la Suisse doit maintenir sa politique fiscale souveraine, qui a fait ses preuves, et éviter toute mesure susceptible de fragiliser la confiance des entreprises et des investisseurs.

5. Soutien à l'échange automatique d'informations et à la clause de standstill

L'usam soutient en revanche les adaptations techniques visant à aligner l'accord AIA sur les standards révisés de l'OCDE, ainsi que le maintien de l'article 9, qui prévoit une exemption de la retenue à la source pour les intérêts et dividendes. Cette clause est essentielle pour préserver la compétitivité des entreprises suisses sur les marchés internationaux. Nous encourageons le Conseil fédéral à défendre fermement cette disposition et à rejeter toute tentative de l'UE de la lier à l'introduction de l'assistance administrative en matière de recouvrement.

6. Préférence pour des solutions bilatérales

L'usam estime que la Suisse n'est soumise à aucun impératif temporel pour accepter cet amendement. Comme le démontre la pratique avec d'autres États non-membres de l'UE, l'échange automatique d'informations peut être prolongé et adapté par des accords bilatéraux, sans recourir à des concessions unilatérales. Cette approche permettrait de préserver la flexibilité et la souveraineté de la Suisse, tout en garantissant une coopération fiscale efficace.

III. Conclusion

L'usam rejette le projet d'amendement dans sa forme actuelle, en particulier l'introduction de l'assistance administrative en matière de recouvrement des créances fiscales. Nous demandons au Conseil fédéral de :

- Refuser catégoriquement l'assistance administrative en matière de recouvrement, qui n'est ni nécessaire ni conforme aux intérêts des PME suisses.
- Maintenir une position ferme contre toute tentative de l'UE de lier cette mesure à d'autres dispositions de l'accord, notamment l'exemption de la retenue à la source.
- Privilégier des solutions bilatérales pour l'échange automatique d'informations, conformément à la pratique établie avec d'autres partenaires.
- Garantir la transparence et la proportionnalité dans les négociations avec l'UE, en veillant à ce que les coûts et les charges administratives pour les PME soient minimisés.

L'usam reste à la disposition des autorités pour approfondir ces questions et défendre les intérêts des PME dans le cadre de cette consultation. Nous sommes convaincus que la Suisse doit continuer à promouvoir un cadre fiscal stable, prévisible et compétitif, sans céder à des pressions extérieures qui menaceraient sa souveraineté et son attractivité économique.

Nous vous remercions de l'attention portée à notre prise de position et vous présentons, Madame, Monsieur, nos respectueuses salutations.

Union suisse des arts et métiers usam



Urs Furrer
Directeur



Mikael Huber
Responsable du dossier

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail zugestellt an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Basel, 6. Februar 2026
UKA / +41 58 330 63 00

Stellungnahme der SBVg zum Änderungsprotokoll des Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die am 22. Oktober 2025 eröffnete Vernehmlassung zum Änderungsprotokoll des Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch (AIA-Abkommen mit der EU). Wir bedanken uns für die Konsultation zu diesem für den Finanzplatz Schweiz wichtigen Dossier. Gerne nehmen wir die Gelegenheit zur Stellungnahme wahr und unterbreiten Ihnen nachfolgend unsere Position und Anliegen.

Position

- Die SBVg unterstützt grundsätzlich die Anpassungen des AIA-Abkommens mit der EU an den revidierten OECD-Standard. Die Beibehaltung von Art. 9 des geänderten Abkommens (Quellensteuerbefreiung) ist zentral für die international ausgerichtete Schweizer Wirtschaft und damit für unzählige Kundinnen und Kunden von Schweizer Banken.
- Allerdings sehen wir die Anpassungen, die sich auf die Einziehung von Steuerforderungen im Bereich der Mehrwertsteuer beziehen (Vollstreckungshilfe) als nicht akzeptabel.
- Entsprechend spricht sich die SBVg gegen die sachfremde Verknüpfung der Themen Vollstreckungshilfe und Quellensteuerbefreiung durch die EU aus. Der Bundesrat ist angehalten, sich gegen diese Verknüpfung zu stellen, und ggf. weitere strategische Möglichkeiten auszuloten. Denkbar ist die weitere Ausdehnung der Quellensteuerbefreiung über bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen mit den betreffenden EU-Staaten.
- Die Einführung der Vollstreckungshilfe würde eine Umkehr in der Steuerpolitik der Schweiz bedeuten. Vollstreckungshilfe gilt *nicht* als internationaler Standard unter den Staaten.

Damit geht eine unerwünschte und ernstzunehmende Rechtsunsicherheit einher. Was Banken anbetrifft so müssten die Banken in der Schweiz die Eintreibung solcher Forderungen auf eigene Kosten durchsetzen, ohne dass sie sich für diese Kunden, bzw. diese Kunden sich selbst effektiv dagegen wehren könnten.

- Eine künftige Ausweitung der Vollstreckungshilfe auf alle Steuerarten und -forderungen aus den EU-Ländern kann angesichts der ausdrücklichen Äusserungen des Rates der Europäischen Union nicht ausgeschlossen werden. Dies würde die Problematik zusätzlich verschärfen.
- Aus Sicht der Branche besteht kein Zeitdruck für die Schweiz, das AIA-Abkommen anzupassen. Die Umsetzung des Automatischen Informationsaustauschs (AIA) kann mit den EU-Mitgliedstaaten auch bilateral erfolgen, analog zur Praxis mit allen anderen Nicht-EU-Staaten.
- Aus diesen Gründen kann die SBVg das Änderungsprotokoll vom 20. Oktober 2025 in der vorliegenden Form nicht unterstützen.
- Unsere kritische Haltung zum Änderungsprotokoll des AIA-Abkommens bzw. Einziehung von Steuerforderungen im Bereich der Mehrwertsteuer (Vollstreckungshilfe) hat keinen Einfluss auf unsere unterstützende Haltung im Zusammenhang mit den Bilateralen Verträgen III.

1. Gründe im Einzelnen

a. Komplette Umkehr in der Steuerpolitik

Die jahrzehntelange klare Steuerpolitik der Schweiz bestand in einem Vorbehalt gegenüber der Vollstreckungshilfe in Steuersachen mit dem Ausland. Begehren des Auslandes für die Einführung der Vollstreckungsführung wurden konsequent abgelehnt mit zwei Ausnahmen, i) einer de facto sehr begrenzten Vollstreckungshilfe für Forderungen aus Mehrwertsteuer-Delikten unter dem Betrugsabkommen mit der EU und ii) der Vollstreckungshilfe begrenzt auf Einkommensteuern für Grenzgänger im Abkommen mit Österreich.

Die Schweiz liefert den ausländischen Steuerbehörden in Steuersachen Informationen auf Anfrage sowie automatisch Informationen zu Finanzkonten. Mit diesen Informationen kann ein EU-Staat die Steuern veranlagern und bei sich eintreiben. Ein Inkasso durch Schweizer Behörden gehört nicht zu unserer Steuerpolitik.

b. Vollstreckungshilfe ist kein internationaler Standard

Das OECD-Musterabkommen zu den Doppelbesteuerungsabkommen enthält zwar eine Bestimmung zur gegenseitigen Vollstreckungshilfe, diese stellt jedoch keinen internationalen Standard dar. Der erläuternde Bericht der Vernehmlassungsunterlagen führt dazu aus: «Die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen ist nicht Teil eines internationalen Mindeststandards. Im OECD-Musterabkommen ist Artikel 27 (Einziehungsamtshilfe) ausdrücklich als optionale Bestimmung gekennzeichnet.» Aus internationaler Sicht besteht kein Druck und auch keine Veranlassung, die Vollstreckungshilfe anzuwenden.

c. Absehbare Ausweitung der Vollstreckungshilfe auf alle Steuerarten und -forderungen

Im vorgeschlagenen Änderungsprotokoll beschränkt sich die Vollstreckungshilfe auf MWST-Forderungen aus EU-Staaten. Aufgrund folgender Statements ist aber klar, dass die EU gegenüber der Schweiz eine Ausweitung auf alle Steuerarten und Forderungen aus EU-Ländern anstrebt:

- Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 14. November 2025, gemäss welchem «die Europäische Union erwartet, dass die Schweiz nach Treu und Glauben alle erforderlichen Massnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass dieses Abkommen auf die Amtshilfe bei der Beitreibung weiterer Steuerforderungen ausgeweitet wird. Wird dieses Ziel nicht innerhalb von vier Jahren nach dem auf die Unterzeichnung dieses Änderungsprotokolls folgenden 1. Januar erreicht, so wird die Europäische Union die Ausgewogenheit dieses Abkommens insgesamt prüfen.».
- Pressemitteilung des Europäischen Rates vom 20. November 2025, gemäss welcher die EU erneut ankündigt, sich ferner um die Weitervertiefung der Zusammenarbeit in Steuerfragen mit der Schweiz bemühen zu wollen.¹

Unter diesen Umständen ist zu erwarten, dass die EU künftig erneut die Streichung von Artikel 9 des AIA-Abkommens einsetzt, um die Schweiz zur Zustimmung der Erweiterung der Vollstreckungshilfe zu bewegen.

d. Rechtsunsicherheit

Wenn sich die Schweiz zur Vollstreckungshilfe für Mehrwertsteuerforderungen und erst recht für sämtliche Steuerarten und -forderungen aus allen EU-Staaten verpflichtet, so wird dies zu Rechtsunsicherheit führen.

Banken in der Schweiz müssten die Eintreibung solcher Forderungen auf eigene Kosten durchsetzen, ohne dass sie sich für diese Kunden, bzw. diese Kunden sich selbst effektiv dagegen wehren könnten.

e. Fehlende Abklärung der Mengengerüste

Die Ausführungen im erläuternden Bericht lassen erkennen, dass die möglichen Mengengerüste bisher nur teilweise vertieft analysiert wurden. Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass mit der Vorlage bereits ein ergebnisoffener Austausch über eine allfällige Erweiterung des Anwendungsbereichs der Amtshilfe bei der Einziehung auf weitere Steuerarten vorgesehen ist, und zwar innerhalb von vier Jahren nach Unterzeichnung des Änderungsprotokolls.

f. Risiko eines grossen Verwaltungsaufwandes für Behörden und Unternehmen

Der Zusatzaufwand für die betroffenen Behörden von Bund und Kantonen sowie für die betroffenen Unternehmen aus der Privatwirtschaft wird nicht näher beziffert. Die Regelung zur Kostentragung sieht für die mitwirkenden Unternehmen keine Regelung zur Abgeltung ihres Aufwands vor. Insbesondere bei einer Ausweitung auf alle Steuerarten und -forderungen kann ein erheblicher Zusatzaufwand entstehen, der wiederum vom Mengengerüst abhängt, welches nicht näher erläutert wird.

¹ https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/11/20/taxation-council-updates-cooperation-agreements-with-switzerland-liechtenstein-andorra-monaco-and-san-marino/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED-Alert-Newsletter&utm_medium=email&utm_id=3318

g. Das AIA-Abkommen ist nicht zwingend notwendig

Aus Sicht der Branche ist kein Zugzwang zu erkennen, das Abkommen zu verlängern, wenn der AIA auch über ein bilaterales Abkommen verlängert werden kann. Daran dürften alle EU-Staaten interessiert sein, wenn die Schweiz dies anbietet. Diesen bilateralen Weg hat die Schweiz mit allen anderen AIA-Ländern ausserhalb der EU beschritten. Der Vorteil der neuen Regelung liegt einzig darin, dass die neue Amtshilfe zur Einziehung von Mehrwertsteuerforderungen im Gegensatz zum bestehenden Betrugsbekämpfungsabkommen («BBA») auch im nicht-strafrechtlichen Kontext zur Anwendung gelangen würde. Es wird jedoch hervorgehoben, dass im Fall der Schweiz voraussichtlich weniger Betreibungersuchen ins Ausland gestellt werden, als aus dem Ausland eingehen. Dies ist schon heute bei der Einziehung gemäss BBA und auch beim Informationsaustausch auf Ersuchen der Fall. Wir sehen hier keinen echten Mehrwert für die Schweiz.

h. Kein Zeitdruck für die Annahme der Vollstreckungshilfe

Gemäss dem internationalen Zeitplan sollen die Bestimmungen des Änderungsprotokolls, welche die revidierten AIA-Bestimmungen betreffen, per 1. Januar 2026 vorläufig angewendet werden, damit 2027 ein erster Informationsaustausch stattfinden kann. Zwischenzeitlich hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) am 3. November 2025 die Vorlage «25.052 BRG. Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Kryptowerte mit den relevanten Partnerstaaten ab 2026» beraten und die Einführung vorerst um ein Jahr verschoben. Diesem Umstand gilt es hier ebenfalls Rechnung zu tragen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen für die weiteren Arbeiten. Gerne stehen wir Ihnen für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Schweizerische Bankiervereinigung

Sig. Gabriel Bourquin
Leiter Steuern & Leiter Romandie

Sig. Urs Kapalle
Leiter Tax Strategy

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
3003 Bern

per Mail an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 05.02.2026

Stellungnahme zum Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung.

Der SGB unterstützt die vorliegende Genehmigung des Änderungsprotokolls zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union hinsichtlich dem automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten. Das AIA-Abkommen CH-EU befasst sich mit dem AIA über Finanzkonten, nicht mit dem AIA über Kryptowerte. Wie bereits in vorangegangenen Vernehmlassungsantworten dargelegt, begrüsst der SGB eine Erweiterung des AIA.

Mit dem vorliegenden Änderungsprotokoll werden einerseits die revidierten internationalen AIA-Standards der OECD umgesetzt. Diese Revision bringt insbesondere Klarstellungen und Erweiterungen bei den Meldepflichten, die Aufnahme von E-Geld- und Kapitaleinzahlungskonten. Diese sind in Zukunft vom Anwendungsbereich des AIA über Finanzkonten ausgenommen, sofern die von der OECD festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind. Zudem werden die Datenschutzbestimmungen aktualisiert.

Andererseits enthält das Änderungsprotokoll neue Bestimmungen über die Amtshilfe bei der Einziehung von Steuerforderungen, die auf die Mehrwertsteuer beschränkt ist. Die Vollstreckung erfolgt indirekt über den ersuchten Staat und erfordert keine Ansässigkeit der betroffenen Person. Der SGB begrüsst die Aufnahme dieser Regelung, da eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Steuereintreibung die Durchsetzung der Steuerpflicht verbessert. Der SGB begrüsst zudem die Möglichkeit, dass gewisse Rechtsträger und Finanzkonten, die aufgrund ihres geringen Risikos für Steuerhinterziehung vom AIA ausgenommen werden können. Diese Bestimmung stellt für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie für nicht-profitorientierte Einrichtungen eine wichtige Entlastung dar.

Der SGB unterstützt die Bestrebungen des Bundesrates, den internationalen Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen der OECD und der EU nachzukommen. Die Umsetzung des revidierten

Standards und die Anpassung des bilateralen Abkommens sind notwendig, um die Glaubwürdigkeit des Schweizer Finanzplatzes zu wahren und die internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich zu festigen. Zugleich ist es zentral, dass die Schweiz auch künftig sicherstellt, dass hohe Datenschutz- und Vertraulichkeitsstandards bei der Durchführung des Informationsaustauschs eingehalten werden.

Insgesamt befürwortet der SGB das Änderungsprotokoll, da es einen weiteren Schritt in Richtung einer faireren und transparenteren internationalen Steuerordnung darstellt.

Wir danken Ihnen herzlich für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Daniel Lampart
Co-Sekretariatsleiter und Chefökonom

Département fédéral des finances DFF
Secrétariat d'État aux questions financières internationales SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern
A l'attention de Monsieur Guy Parmelin
Président de la Confédération suisse

Par courriel en format Word et PDF:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zurich/Genève, le 2 février 2026

Prise de position de SwissFoundations, l'association des fondations donatrices suisses, sur le Protocole de modification de l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers (« Protocole »)

Monsieur le Président de la Confédération suisse,

Suite à l'ouverture de la procédure de consultation par le Conseil fédéral, du Protocole de modification de l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations (« Protocole») le 22 octobre 2025, SwissFoundations a l'avantage de vous soumettre par la présente sa prise de position à ce sujet, dans le délai imparti fixé au 6 février 2026.

Dans ce cadre, ledit Protocole et le Rapport explicatif EAR Suisse-UE (« Rapport ») notamment, nous ont été transmis.

Selon les explications fournies dans le Rapport, l'Accord entre la Suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations (« Accord EAR CH-UE ») doit être révisé, suite à la révision de la Norme commune de déclaration (NCD), adoptée le 8 juin 2023 par l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE).

La NCD (aussi appelée en anglais « Common Reporting Standard CRS ») prévoit la manière dont l'échange automatique d'informations en matière fiscale relative à des comptes financiers doit s'opérer. Son but est de permettre à la Suisse de respecter ses obligations en la matière au niveau international.

Comme vous l'indiquez, l'échange automatique d'informations en matière fiscale (EAR) doit être mis en œuvre, avec les Etats membres de l'UE, par le biais d'un accord. Celui qui était en vigueur jusqu'à il y a peu datait de janvier 2017. Il a par conséquent dû être mis à jour. La Suisse et l'Union européenne ont ainsi signé le protocole de modification de l'Accord EAR CH-UE composé de trois articles, le 20 octobre 2025.

Bref rappel du contexte concernant les fondations

La Norme commune de déclaration NCD

S'agissant des fondations d'utilité publique donatrices que nous représentons, celles-ci sont directement concernées par la NCD.

En effet, les art. 36 quater et quinquies de la NCD et en particulier sa section B al. 1 let f) paragraphe 10, (i) à (v), énumère les conditions cumulatives pour qu'une organisation soit considérée comme une « Entité à but non lucratif qualifiée », et partant comme une « institution financière non déclarante », notamment le but d'utilité publique (i), l'exonération d'impôt (ii), l'absence d'actionnaire ou de membre disposant d'un droit de propriété ou de jouissance sur les recettes de l'entité (iii), l'exclusion d'une distribution des recettes ou actifs pour d'autres motifs que des motifs caritatifs et, lors de la liquidation de l'entité, l'obligation de distribution des avoirs de liquidation à une entité publique (v).

Si une entité remplit ces conditions, alors elle n'est pas soumise à l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale. Ceci constitue une importante exception applicable potentiellement à des fondations membres de SwissFoundations, pour laquelle notre association s'est activement engagée entre 2020 et 2022.

La loi et l'ordonnance fédérales sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR et OEAR)

Entre septembre 2023 et juillet 2024, d'abord au sein d'un Groupe de travail confidentiel mis sur pied par le SIF, puis dans le cadre de la procédure de consultation ouverte le 15 mai 2024 par le Conseil fédéral, la Loi fédérale et l'Ordonnance fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR et OEAR) ont été révisées. Ces textes ont pour but d'intégrer, dans le droit suisse, la NCD.

A noter que SwissFoundations vous a soumis quatre prises de position dans ce cadre (les 29 septembre 2023, 20 novembre 2023, 16 janvier 2024 et 4 juillet 2024).

La LEAR mettant en œuvre la norme EAR révisée, a été approuvée par les deux chambres de l'Assemblée fédérale par vote final du 26 septembre 2025. L'OEAR sera également modifiée avant le 1^{er} janvier 2026. Il est prévu que ces deux textes entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2026.

La Suisse a donc prévu la référence à cette définition d' « Entité à but non lucratif qualifiée » selon le droit international dans sa législation d'exécution (art. 3, al. 9bis P-LEAR) et en a défini les conditions (v. Message du Conseil fédéral du 19 février 2025).

L'article 3 al. 9bis du P-LEAR dans sa version du 19 février 2025, prévoit :

« Une entité résidente de Suisse est considérée comme une entité d'utilité publique qualifiée et donc comme une institution financière non déclarante si elle remplit les conditions fixées par le Conseil fédéral et qu'elle dispose d'une attestation correspondante d'une autorité suisse compétente. »

Le protocole de modification de l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'informations (« Protocole »)

Pour SwissFoundations, c'est l'exception prévue pour les entités d'utilité publique suisses contenue dans le Protocole qui concerne ses membres.

Celle-ci est traitée dans les modifications qui ont été apportées à la définition d'une « Entité suisse à but non lucratif qualifiée » selon la NCD, contenues au Titre 4 – Autres dispositions, point 11) Modifications de l'Annexe I, lettre k) du Protocole.

Cette disposition du Protocole prévoit la définition suivante d'une « Entité suisse à but non lucratif qualifiée » (à la section VIII, point 10 et suivants):

« L'expression « Entité suisse à but non lucratif qualifiée » désigne une Entité résidente en Suisse à qui l'Auto-rité compétente suisse a confirmé qu'elle remplit toutes les conditions suivantes :

- a) elle est établie et exploitée en Suisse exclusivement à des fins religieuses, caritatives, scientifiques, artistiques, culturelles, sportives ou éducatives ; ou elle est établie et exploitée en Suisse et elle est une fédération professionnelle, une organisation patronale, une chambre de commerce, une organisation syndicale, agricole ou horticole, civique ou un organisme dont l'objet exclusif est de promouvoir le bien-être social ;*
- b) elle est exonérée de l'impôt sur les sociétés en Suisse ;*
- c) elle n'a aucun actionnaire ni aucun membre disposant d'un droit de propriété ou de jouissance sur ses recettes ou ses actifs ;*
- d) le droit applicable en Suisse ou les documents constitutifs de l'Entité excluent que les recettes ou les actifs de l'Entité soient distribués à des personnes physiques ou à des organismes à but lucratif ou utilisés à leur bénéfice, à moins que cette utilisation ne soit en relation avec les activités caritatives de l'Entité ou à titre de rémunération raisonnable, à la valeur du marché, pour les biens et services rendus, acquis ou souscrits par l'Entité ; et*
- e) le droit applicable en Suisse ou les documents constitutifs de l'Entité imposent que, lors de la liquidation ou de la dissolution de l'Entité, tous ses actifs soient distribués à une Entité publique ou à une autre Entité qui satisfait aux conditions énoncées aux points a) à e) ou soient dévolus au gouvernement de la Suisse ou à l'une de ses subdivisions politiques. »*

Recommandations de SwissFoundations

1. Reprise de la définition d' « Entité à but non lucratif qualifiée » de la NCD dans le Protocole

La définition d' « Entité suisse à but non lucratif qualifiée » selon le Protocole indiquée ci-dessus, reprend bien celle qui a été adoptée dans la NCD par l'OCDE le 8 juin 2023. SwissFoundations était favorable à cette définition lorsqu'elle s'est activement engagée en sa faveur ces dernières années et elle l'est donc toujours aujourd'hui.

Cette définition a d'ailleurs été reprise dans le projet d'OEAR tel qu'il a été discuté en mai 2024 suite à l'ouverture de la procédure de consultation par le Conseil fédéral sur la LEAR et l'OAR.

Seules des adaptations linguistiques de certains termes ont été apportées : lit. a) « associations économiques », au lieu de « organisation patronale », lit b) « impôt sur le revenu ou sur le bénéfice en Suisse » au lieu de « impôt sur les sociétés en Suisse », services prestés ou à titre de paiement pour un bien acquis par l'entité à sa juste valeur marchande » au lieu de « à la valeur du marché, pour les biens et services rendus, acquis ou souscrits » et lit. e) « à un canton ou une commune » au lieu de « à l'une de ses subdivisions politiques ».

2. L'attestation de l'autorité compétente

Le Protocole prévoit que la vérification des conditions à remplir pour être une « Entité suisse à but non lucratif qualifiée » se fasse par l' « Autorité compétente suisse ».

Le projet de LEAR du 19 février 2025, prévoit la même chose à l'art. 3 al. 9bis, alors que le projet d'OEAR de mai 2024 donnait cette compétence à l'administration fiscale suisse compétente.

Dans son Message du 19 février 2025 (FF 2025 883, page 56) (), le Conseil fédéral indique que plusieurs mécanismes sont envisageables pour la vérification des conditions pour qu'une entité en Suisse soit acceptée comme étant une « Entité suisse à but non lucratif qualifiée » :

1. Une réglementation, en principe par l'OEAR, fixant ces conditions, qui correspondent à celles de l'exonération des impôts directs (p.ex. art 56, let. g et h, LIFD)
2. Une décision favorable de la part d'une autorité publique ou judiciaire. Ceci équivaudrait à une décision relative à l'exonération de l'impôt direct.
3. L'inscription dans un registre géré par l'Etat. Actuellement, plusieurs cantons tiennent à jour des listes des personnes morales exonérées d'impôt, accessibles au public. C'est le cas par exemple de l'Autorité de surveillance fédérale ou de celle de certains cantons comme Zurich. Le contrôle par ces autorités, obligatoire pour les fondations d'utilité publique, mais pas pour d'autres types d'entités à but caritatif comme les associations, sont ainsi un acteur important pour la mise en œuvre du CRS.

SwissFoundations est d'avis que cette autorité devrait être expressément définie dans le Protocole, afin de lever toute incertitude juridique. Nous sommes favorables à l'obtention d'une attestation d'exonération fiscale de la part de l'autorité fiscale cantonale (point 2 ci-dessus) ou, cas échéant, d'une autorité judiciaire (en cas de recours contre une décision de refus d'une autorité fiscale par exemple).

Dans un tel cas, et dans la mesure où les règles de l'OCDE pour le CRS sont de droit international, celles-ci s'imposeront aux cantons et il faudra suivre attentivement la façon dont l'hétérogénéité des pratiques cantonales seront traitées.

SwissFoundations relève également son souci qu'une compétence donnée à l'autorité fiscale ne conduise à des différences d'interprétation par les cantons. En effet, ce sont eux qui sont compétents pour interpréter les conditions de l'exonération fiscale d'une entité d'utilité publique et les conditions de celle-ci se recoupent très largement (mais pas forcément) avec celles fixées pour être considérée comme une « Entité suisse à but non lucratif qualifiée » selon la NCD (voire notre prise de position du 4 juillet 2024 au sujet du projet d'OEAR).

3. Les buts admis par l'OCDE pour une exonération fiscale par rapport aux buts du Protocole

SwissFoundations reprend également ici la commentaire n° 3 de sa prise de position du 4 juillet 2024 : comment les autorités fiscales cantonales vont-elles adapter leur pratique fiscale dans le respect du droit fédéral (art. 56 let. g et h LIFD) quant au but d'une entité d'utilité publique puisque la liste des buts admis par l'OCDE (reprise dans le projet d'OEAR – art. 6a) inclut des buts ne justifiant pas l'exonération des impôts directs en Suisse à ce jour (Rapport explicatif du Conseil fédéral sur la LEAR et l'OEAR du 15 mai 2024) ? Il conviendra donc de veiller à ce que la mise en œuvre nationale prenne en compte cet aspect.

4. La forme de l'attestation de l'autorité compétente

La forme de l'attestation de l'autorité compétente constituant un aspect pratique et de détail, elle ne figure pas dans le Protocole.

SwissFoundations souhaite toutefois rappeler le commentaire n°4 de sa prise de position du 4 juillet 2024, à savoir que si la solution d'une attestation de l'autorité fiscale cantonale est retenue, nous accueillerions favorablement le fait que celle-ci ne soit pas soumise à des exigences particulières et puisse prendre la forme électronique ou être délivrée par courriel (Message du Conseil fédéral sur la LEAR du 19 février 2025, page 56).

Prise de position de SwissFoundations

SwissFoundations salue les efforts du Conseil fédéral pour assurer la conformité du droit suisse avec les standards internationaux tout en tenant compte des spécificités du secteur philanthropique.

La reconnaissance claire des fondations d'utilité publique comme entités non déclarantes constitue un signal fort en faveur de la transparence et de la sécurité juridiques des acteurs de la philanthropie en Suisse.

Afin d'assurer la mise en œuvre cohérente et équitable du Protocole, SwissFoundations recommande :

1. D'approuver le Protocole et la définition d'« Entité à but non lucratif qualifiée » qu'il prévoit ;
2. De désigner expressément comme « Autorité compétente suisse », l'autorité fiscale de chaque canton, sans exclure une autorité judiciaire (en cas de recours contre une décision de refus d'une autorité fiscale par exemple) ;
3. De suivre attentivement l'interprétation qui sera faite par les cantons de la définition d'« Entité suisse à but non lucratif qualifiée » selon le Protocole ;
4. D'assurer une délivrance de l'attestation de l'« Autorité compétente suisse » sous forme électronique ou par courriel.

Nous vous souhaitons bonne réception du présent courrier et tout en vous remerciant de votre attention, vous adressons nos meilleures salutations.



Lisa Meyerhans
Présidente du Comité directeur



Katja Schönenberger
Directrice de SwissFoundations

DEEPL ÜBERSETZUNG

Stellungnahme von SwissFoundations, dem Verband der Schweizer Förderstiftungen, zum Protokoll zur Änderung des Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Austausch von Finanzkontodaten («Protokoll»)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Nach der Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens durch den Bundesrat zum Protokoll zur Änderung des Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch («Protokoll») am 22. Oktober 2025 freut sich SwissFoundations, Ihnen hiermit seine Stellungnahme zu diesem Thema innerhalb der gesetzten Frist bis zum 6. Februar 2026 zu übermitteln.

In diesem Zusammenhang wurden uns insbesondere das genannte Protokoll und der erläuternde Bericht AIA Schweiz-EU («Bericht») übermittelt.

Gemäss den Erläuterungen im Bericht muss das Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch («AIA-Abkommen CH-EU») aufgrund der Überarbeitung des gemeinsamen Meldestandards (Common Reporting Standard, CRS) revidiert werden, der am 8. Juni 2023 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verabschiedet wurde.

Das «Common Reporting Standard CRS» legt fest, wie der automatische Informationsaustausch in Steuer-sachen in Bezug auf Finanzkonten zu erfolgen hat. Sein Ziel ist es, der Schweiz die Erfüllung ihrer diesbezüglichen internationalen Verpflichtungen zu ermöglichen.

Wie Sie bereits erwähnt haben, muss der automatische Informationsaustausch in Steuersachen (AIA) mit den EU-Mitgliedstaaten im Rahmen eines Abkommens umgesetzt werden. Das bis vor kurzem geltende Abkommen stammte aus dem Januar 2017. Es musste daher aktualisiert werden. Die Schweiz und die Europäische Union haben daher am 20. Oktober 2025 das Protokoll zur Änderung des AIA-Abkommens zwischen der Schweiz und der EU unterzeichnet, das aus drei Artikeln besteht.

Kurzer Rückblick auf den Kontext der Stiftungen

Das Common Reporting Standard (CRS)

Die gemeinnützigen Stiftungen, die wir vertreten, sind direkt von dem CRS betroffen.

In Art. 36 quater und quinquies des CRS, insbesondere in Abschnitt B Abs. 1 Bst. f) Ziff. 10, (i) bis (v) die kumulativen Voraussetzungen aufgeführt, die erfüllt sein müssen, damit eine Organisation als „qualifizierte gemeinnützige Einrichtung“ und damit als „nicht meldepflichtige Finanzinstitution“ gilt, darunter insbesondere der gemeinnützige Zweck (i), die Steuerbefreiung (ii), das Fehlen von Aktionären oder Mitgliedern, die Eigentums- oder Nutzungsrechte an den Einnahmen der Einrichtung haben (iii), der Ausschluss einer Ausschüttung der Einnahmen oder Vermögenswerte aus anderen als gemeinnützigen Gründen und bei der Liquidation der Einrichtung die Verpflichtung zur Ausschüttung des Liquidationsvermögens an eine öffentliche Einrichtung (v).

Erfüllt eine Einrichtung diese Bedingungen, unterliegt sie nicht dem automatischen internationalen Informationsaustausch in Steuersachen. Dies stellt eine wichtige Ausnahme dar, die potenziell für Mitgliedsstiftungen von SwissFoundations gilt und für die sich unser Verband zwischen 2020 und 2022 aktiv eingesetzt hat.

Das Bundesgesetz und die Verordnung über den automatischen internationalen Informationsaustausch in Steuersachen (AIAG und AIAV)

Zwischen September 2023 und Juli 2024 wurden zunächst in einer vom SIF eingesetzten vertraulichen Arbeitsgruppe und anschliessend im Rahmen des vom Bundesrat am 15. Mai 2024 eröffneten Vernehmlassungsverfahrens wurden das Bundesgesetz und die Bundesverordnung über den automatischen internationalen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-G und AIA-V) überarbeitet. Diese Texte zielen darauf ab, das CRS in das Schweizer Recht zu integrieren.

SwissFoundations hat in diesem Zusammenhang vier Stellungnahmen vorgelegt (am 29. September 2023, 20. November 2023, 16. Januar 2024 und 4. Juli 2024).

Das AIA, mit dem das CRS umgesetzt wird, wurde von beiden Kammern der Bundesversammlung in der Schlussabstimmung vom 26. September 2025 verabschiedet. Die AIAV wird ebenfalls vor dem 1. Januar 2026 geändert. **Es ist vorgesehen, dass beide Texte am 1. Januar 2026 in Kraft treten.**

Die Schweiz hat daher in ihrer Ausführungsgesetzgebung (Art. 3 Abs. 9bis E-AIAV) einen Verweis auf diese Definition der «qualifizierten gemeinnützigen Einrichtung» nach internationalem Recht vorgesehen und die entsprechenden Voraussetzungen festgelegt (siehe Botschaft des Bundesrates vom 19. Februar 2025).

Artikel 3 Abs. 9bis des P-AIAG in seiner Fassung vom 19. Februar 2025 sieht vor:

«Eine in der Schweiz ansässige Einrichtung gilt als qualifizierte gemeinnützige Einrichtung und somit als nicht meldepflichtiges Finanzinstitut, wenn sie die vom Bundesrat festgelegten Voraussetzungen erfüllt und über eine entsprechende Bescheinigung einer zuständigen Schweizer Behörde verfügt.»

Das Protokoll zur Änderung des Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch („Protokoll“)

Für SwissFoundations ist die im Protokoll vorgesehene Ausnahme für gemeinnützige Schweizer Einrichtungen für ihre Mitglieder von Bedeutung.

Dies wird in den Änderungen behandelt, die an der Definition einer „qualifizierten gemeinnützigen Schweizer Einrichtung“ gemäss dem CRS vorgenommen wurden und in Titel 4 – Sonstige Bestimmungen, Punkt 11) Änderungen von Anhang I, Buchstabe k) des Protokolls enthalten sind.

Diese Bestimmung des Protokolls enthält die folgende Definition einer „qualifizierten gemeinnützigen Schweizer Einrichtung“ (in Abschnitt VIII, Punkt 10 ff.):

Der Ausdruck „qualifizierte gemeinnützige Schweizer Einrichtung“ bezeichnet eine in der Schweiz ansässige Einrichtung, für die die zuständige Schweizer Behörde bestätigt hat, dass sie alle folgenden Bedingungen erfüllt:

- a) *sie ist in der Schweiz ausschliesslich zu religiösen, gemeinnützigen, wissenschaftlichen, künstlerischen, kulturellen, sportlichen oder Bildungszwecken gegründet worden und tätig; oder sie ist in der Schweiz gegründet worden und tätig und ist ein Berufsverband, ein Arbeitgeberverband, eine Handelskammer, eine Gewerkschaft, eine landwirtschaftliche oder gartenbauliche Organisation, eine Bürgerorganisation oder eine Einrichtung, deren ausschliesslicher Zweck die Förderung des sozialen Wohlergehens ist;*
- b) *sie ist in der Schweiz von der Körperschaftsteuer befreit;*
- c) *sie hat keine Aktionäre oder Mitglieder, die ein Eigentums- oder Nutzungsrecht an ihren Einnahmen oder Vermögenswerten haben;*
- d) *das in der Schweiz geltende Recht oder die Gründungsdokumente der Einrichtung schliessen aus, dass die Einnahmen oder Vermögenswerte der Einrichtung an natürliche Personen oder gewinnorientierte Organisationen ausgeschüttet oder zu deren Gunsten verwendet werden, es sei denn, diese Verwendung steht im Zusammenhang mit den gemeinnützigen Aktivitäten der Einrichtung oder erfolgt als angemessene Vergütung zum Marktwert für von der Einrichtung erbrachte, erworbene oder abonnierte Waren und Dienstleistungen; und*
- e) *das in der Schweiz geltende Recht oder die Gründungsdokumente der Einrichtung vorschreiben, dass bei der Liquidation oder Auflösung der Einrichtung ihr gesamtes Vermögen an eine öffentliche Einrichtung oder eine andere Einrichtung, die die unter den Buchstaben a) bis e) genannten Bedingungen erfüllt, verteilt oder an die Regierung der Schweiz oder eine ihrer politischen Untergliederungen übertragen wird.*

Empfehlungen von SwissFoundations

1. Übernahme der Definition von «qualifizierter gemeinnütziger Einrichtung» aus dem CRS in das Protokoll

Die Definition von «qualifizierter gemeinnütziger Schweizer Einrichtung» gemäss dem oben genannten Protokoll entspricht der Definition, die am 8. Juni 2023 von der OECD im CRS verabschiedet wurde. SwissFoundations hat sich in den letzten Jahren aktiv für diese Definition eingesetzt und befürwortet sie daher auch heute noch.

Diese Definition wurde übrigens in den Entwurf der AIAV übernommen, wie er im Mai 2024 nach der Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens durch den Bundesrat zum AIAG und zur AIAV diskutiert wurde. Es wurden lediglich sprachliche Anpassungen bestimmter Begriffe vorgenommen: lit. a) «Wirtschaftsverbände» anstelle von «Arbeitgeberorganisation», lit b) «Einkommens- oder Gewinnsteuer in der Schweiz» anstelle von «Körperschaftsteuer in der Schweiz», erbrachte Dienstleistungen oder als Zahlung für eine von der Einrichtung erworbene Ware zum fairen Marktwert» anstelle von «zum Marktwert für gelieferte, erworbene oder abonnierte Waren und Dienstleistungen» und lit. e) „an einen Kanton oder eine Gemeinde“ anstelle von „an eine seiner politischen Untergliederungen“.

2. Die Bescheinigung der zuständigen Behörde

Das Protokoll sieht vor, dass die Überprüfung der Voraussetzungen für den Status einer «qualifizierten schweizerischen gemeinnützigen Einrichtung» durch die «zuständige schweizerische Behörde» erfolgt.

Der Entwurf des AIAG vom 19. Februar 2025 sieht in Art. 3 Abs. 9bis dasselbe vor, während der Entwurf des AIAV vom Mai 2024 diese Zuständigkeit der zuständigen Steuerbehörde der Schweiz übertrug.

In seiner Botschaft vom 19. Februar 2025 (FF 2025 883, Seite 56) () weist der Bundesrat darauf hin, dass mehrere Mechanismen zur Überprüfung der Voraussetzungen für die Anerkennung einer Einrichtung in der Schweiz als «qualifizierte gemeinnützige Schweizer Einrichtung» in Betracht kommen:

1. Eine Regelung, grundsätzlich durch die AIAV, die diese Voraussetzungen festlegt, die denen für die Befreiung von direkten Steuern entsprechen (z. B. Art. 56 Bst. g und h DBG)
2. Eine positive Entscheidung einer öffentlichen oder gerichtlichen Behörde. Dies würde einer Entscheidung über die Befreiung von direkten Steuern entsprechen.
3. Die Eintragung in ein vom Staat geführtes Register. Derzeit führen mehrere Kantone öffentlich zugängliche Listen der steuerbefreiten juristischen Personen. Dies gilt beispielsweise für die Eidgenössische Aufsichtsbehörde oder die Aufsichtsbehörden bestimmter Kantone wie Zürich. Die Kontrolle durch diese Behörden, die für gemeinnützige Stiftungen obligatorisch ist, für andere Arten von gemeinnützigen Einrichtungen wie Vereine jedoch nicht, ist somit ein wichtiger Faktor für die Umsetzung des SRC.

SwissFoundations ist der Ansicht, dass diese Befugnis ausdrücklich im Protokoll festgelegt werden sollte, um jegliche Rechtsunsicherheit zu beseitigen. Wir befürworten die Einholung einer Steuerbefreiungsbescheinigung durch die kantonale Steuerbehörde (Punkt 2 oben) oder gegebenenfalls durch eine Justizbehörde (z. B. im Falle einer Beschwerde gegen eine ablehnende Entscheidung einer Steuerbehörde).

In einem solchen Fall und sofern die OECD-Regeln für das CRS völkerrechtlich bindend sind, werden diese für die Kantone verbindlich sein, und es muss aufmerksam verfolgt werden, wie mit den unterschiedlichen kantonalen Praktiken umgegangen wird.

SwissFoundations weist auch darauf hin, dass eine den Steuerbehörden übertragene Zuständigkeit zu unterschiedlichen Auslegungen durch die Kantone führen könnte. Denn diese sind für die Auslegung der Bedingungen für die Steuerbefreiung einer gemeinnützigen Einrichtung zuständig, und diese Bedingungen decken sich weitgehend (aber nicht unbedingt) mit denen, die für die Einstufung als « qualifizierte schweizerische Non-Profit-Einrichtung » gemäss dem CRS gelten (siehe unsere Stellungnahme vom 4. Juli 2024 zum Entwurf der AIAV).

4. Die von der OECD anerkannten Ziele für eine Steuerbefreiung im Vergleich zu den Zielen des Protokolls

SwissFoundations übernimmt auch hier den Kommentar Nr. 3 aus seiner Stellungnahme vom 4. Juli 2024: Wie werden die kantonalen Steuerbehörden ihre Steuerpraxis unter Einhaltung des Bundesrechts (Art. 56 Bst. g und h DBG) hinsichtlich des Zwecks einer gemeinnützigen Einrichtung anpassen, da die Liste der von der OECD anerkannten Zwecke (aufgenommen in den Entwurf der AIAV – Art. 6a) enthält, Ziele umfasst, die derzeit in der Schweiz keine Befreiung von direkten Steuern rechtfertigen (Erläuternder Bericht des Bundesrates zum AIAV und zur AIAV vom 15. Mai 2024)? Es ist daher darauf zu achten, dass dieser Aspekt bei der nationalen Umsetzung berücksichtigt wird.

5. Form der Bescheinigung der zuständigen Behörde

Da die Form der Bescheinigung der zuständigen Behörde einen praktischen und detaillierten Aspekt darstellt, ist sie nicht im Protokoll enthalten.

SwissFoundations möchte jedoch auf den Kommentar Nr. 4 ihrer Stellungnahme vom 4. Juli 2024 verweisen, wonach wir es begrüßen würden, wenn die Lösung einer Bescheinigung der kantonalen Steuerbehörde gewählt wird, diese keinen besonderen Anforderungen unterliegt und in elektronischer Form oder per E-Mail ausgestellt werden kann (Botschaft des Bundesrats zum AIAV vom 19. Februar 2025, Seite 56).

Stellungnahme von SwissFoundations

SwissFoundations begrüsst die Bemühungen des Bundesrats, das Schweizer Recht mit den internationalen Standards in Einklang zu bringen und dabei die Besonderheiten des philanthropischen Sektors zu berücksichtigen.

Die klare Anerkennung von gemeinnützigen Stiftungen als nicht meldepflichtige Einrichtungen ist ein starkes Signal für Transparenz und Rechtssicherheit für Akteure im philanthropischen Bereich in der Schweiz.

Um eine kohärente und gerechte Umsetzung des Protokolls zu gewährleisten, empfiehlt SwissFoundations:

1. Das Protokoll und die darin enthaltene Definition des Begriffs «qualifizierte gemeinnützige Einrichtung» zu genehmigen;
2. Die Steuerbehörde jedes Kantons ausdrücklich als „zuständige Schweizer Behörde“ zu benennen, ohne eine Justizbehörde auszuschliessen (z. B. im Falle einer Beschwerde gegen eine Ablehnungsentscheidung einer Steuerbehörde);
3. Die Auslegung der Definition des Begriffs „qualifizierte schweizerische gemeinnützige Einrichtung“ gemäss Protokoll durch die Kantone aufmerksam zu verfolgen;
4. Die Ausstellung der Bescheinigung der „zuständigen schweizerischen Behörde“ in elektronischer Form oder per E-Mail sicherzustellen.

Wir wünschen Ihnen einen guten Empfang dieses Schreibens und bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen.

Lisa Meyerhans

Präsidentin des Vorstands

Katja Schönenberger

Geschäftsführerin von SwissFoundations



Eidg. Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF

Bern, 4. Februar 2026

Anhörung zum Änderungsprotokoll betreffend das Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch (AIA-Abkommen)

Sehr geehrter Herr Bernasconi

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zum Änderungsprotokoll betreffend das AIA-Abkommen mit der Europäischen Union Stellung nehmen zu dürfen.

Das AIA-Abkommen mit der Europäischen Union (EU) beinhaltet neben den Bestimmungen zum automatischen Informationsaustausch von Bankinformationen mit Artikel 9 auch eine eigentlich sachfremde Norm zur Besteuerung von Dividenden, Zinseinkünften und Lizenzgebühren zwischen Unternehmen in der EU und der Schweiz. Wie die nachstehenden Ausführungen zeigen, ist diese Bestimmung für die international stark vernetzte Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung. Sollte die Schweiz die Genehmigung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen ablehnen, könnte die EU das bestehende AIA-Abkommen beenden wollen, was selbstverständlich auch das Ende von Artikel 9 des AIA-Abkommens bedeuten würde. Wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen, wäre eine solche Beendigung ganz sicher nicht im Interesse der Schweiz.

Zum Anwendungsbereich von Artikel 9 AIA-Abkommen

Die Bestimmung legt im Wesentlichen fest, dass auf Dividendenzahlungen zwischen EU und Schweizer Mutter- und Tochtergesellschaften der Staat der Tochtergesellschaft keine Quellensteuer erheben darf. Die Besteuerung darf ausschliesslich im Staat der Muttergesellschaft erfolgen. Darüber hinaus darf im Verhältnis EU/Schweiz zwischen verbundenen Gesellschaften auch keine Quellensteuer auf Zinszahlungen und auf Lizenzgebühren erhoben werden. Gewährt eine Schweizer Muttergesellschaft ein Darlehen ihrer EU-Tochter, oder muss die EU-Tochter einer Schweizer Schwestergesellschaft für die Nutzung von Schweizer Patenten Lizenzgebühren entrichten, dürfen die Zins- und Lizenzzahlungen ausschliesslich hier in der Schweiz besteuert werden. Dies gilt auch dann, wenn das bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen der Schweiz und einem der 27 EU-Mitgliedstaaten weniger vorteilhafte Regelungen vorsieht. In diesem Fall können Schweizer Gesellschaften direkt die vorteilhafte Regelung von Artikel 9 des AIA-Abkommens mit der EU nutzen.

Qualitative Lücken im DBA-Netz mit EU-Mitgliedstaaten

Dank Artikel 9 des AIA-Abkommens (und dessen Vorläufer im EU-Zinsbesteuerungsabkommen) ist es der Schweiz seit dem Jahr 2005 gelungen, mit vielen EU-Mitgliedstaaten die gleich vorteilhaften Bedingungen, wie sie Artikel 9 vorsieht, auch in die bilateralen DBA aufzunehmen. Leider konnte die Schweiz noch nicht mit allen EU-



Mitgliedstaaten die vorteilhaften Bedingungen ins bilaterale DBA aufnehmen. Schlechtere Bedingungen bestehen im Verhältnis mit Italien (Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren), Frankreich (Lizenzgebühren), Griechenland (Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren) und Kroatien (Dividenden, Zinsen). Gemäss einer internen Umfrage wird insbesondere im Verhältnis zu Italien die Nullsatzregelung von Artikel 9 AIA-Abkommen von unseren Mitgliedunternehmen als wirtschaftlich und finanziell sehr wichtig angesehen. Sollte das AIA-Abkommen mit dessen Artikel 9 wegfallen, könnten EU-Staaten, insbesondere solche in einer finanziell angespannten Lage, auf ihre vorteilhaften bilateralen Regelungen mit der Schweiz zurückkommen und diese wieder beenden wollen. Das AIA-Abkommen übernimmt damit eine Garantiefunktion, dass EU-Staaten die vorteilhaften DBA-Bedingungen mit Schweiz weiterführen.

Zur wirtschaftlichen Bedeutung von Artikel 9 AIA-Abkommen für die Schweiz

Die Norm ist für die mit vielen EU-Mitgliedstaaten eng verflochtene Schweizer Wirtschaft, d.h. vom Schweizer KMU bis zum Schweizer oder ausländischen Grosskonzern, sehr wichtig. Sie ermöglicht den Unternehmen internationale Holdingfunktionen in der steuerlich attraktiven Schweiz zu bündeln und von hier aus auf steuereffiziente Weise ihre EU-Vertriebs- und Produktionsaktivitäten zu leiten. Artikel 9 des AIA-Abkommens ist für den Hauptsitz- und Prinzipalstandort Schweiz, den Forschungs-, Entwicklungs- und IP-Standort Schweiz, wie auch den Finanzierungsstandort Schweiz zentral. Die Bestimmung ist damit für viele der wichtigsten Steuerzahler der Schweiz ein bedeutender Standortfaktor, den es unbedingt zu bewahren gilt. Ohne die Norm müssten Bund und Kantone in erheblichem Umfang ausländische Quellensteuern zur Anrechnung zulassen, was die Steuereinnahmen deutlich reduzieren würde. Auch würden viele Unternehmen einen Standort ausserhalb der Schweiz wählen, was sich wiederum auf Kantone und Bund finanziell negativ auswirken würde. Die Bestimmung ist damit ein zentraler Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg vieler hier tätiger Industrie- und Dienstleistungsunternehmen wie auch mitverantwortlich für die hohen Unternehmenssteuereinnahmen von Bund und Kantonen.

Konzessionen beim Eintreiben von Mehrwertsteuerforderungen

Die wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung von Artikel 9 des AIA-Abkommens für die Schweiz ist auch der Europäischen Union und ihren 27 Mitgliedstaaten nicht verborgen geblieben. Im Zuge der nötigen Revision des AIA-Abkommens ist die EU-Kommission deshalb mit dem für eingeweihte Steuerexperten wohlbekannten Anliegen an die Schweizer Behörden gelangt, dass Steuerforderungen von EU-Staaten künftig auch in der Schweiz eingetrieben werden können. Dem SIF ist es im Rahmen der Verhandlungen gelungen, das Anliegen inhaltlich stark zu beschränken und die Forderung der EU auf Mehrwertsteuerforderungen einzugrenzen. Inhaltlich sind damit in den allermeisten Sachverhalten Unternehmen und nicht natürliche Personen betroffen. Zudem wird die Anzahl der Fälle und damit der entstehende administrative Aufwand und die Kosten durch Schwellenwerte hinsichtlich der vollstreckbaren Forderungen und Bestimmungen zur Kostenbeteiligung des beantragenden Staates eingeschränkt. Der Schwellenwert von 10'000 EUR ist im internationalen Vergleich hoch angesetzt, weshalb aufgrund der Gesamtumstände davon ausgegangen werden darf, dass die Zahl der Gesuche kaum über 250 Anträge pro Jahr hinausgehen sollte.

Position SwissHoldings und weiteres Vorgehen

Wie erläutert, ist das AIA-Abkommen aufgrund der Vorteile des Artikels 9 für viele

international tätige Schweizer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sehr wichtig. Dies wurde im Rahmen des internen Konsultationsverfahren zur vorliegenden Stellungnahme von einer grossen Zahl unserer Mitgliedfirmen stark betont. Die Unternehmen wollen die Vorteile von Artikel 9 unbedingt erhalten. Ein Wegfall von Artikel 9 als Folge der Nicht-Ratifizierung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen würde die Standortattraktivität der Schweiz nachhaltig beeinträchtigen. Gleichzeitig betonen die Unternehmen, dass die daraus resultierenden Zusatzsteuern die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Europa gesamthaft schädigen würden, was angesichts der aktuellen globalen Herausforderungen für die EU und die Schweiz absolut unverständlich ist. Angesichts der globalen Herausforderungen muss der Wirtschaftsstandort Europa (inkl. der Schweiz) keine neuen fiskalischen Hindernisse schaffen, sondern solche im Gegenteil unbedingt abbauen. Die EU-Mitgliedstaaten würden sich selber schaden, wenn sie den Investmenthub Schweiz im globalen Wettbewerb schwächen.

Unseres Erachtens sind deshalb die Vorteile einer Ratifizierung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen um ein Vielfaches höher zu bewerten als die Nachteile aufgrund der Eintreibung von Steuerforderungen von EU-Mitgliedstaaten im Mehrwertsteuerbereich.

Damit weitere Konzessionen im Bereich Eintreiben von Steuerforderungen oder in anderen Bereichen künftig vermieden werden können, ersuchen wir den Bund mit Vehemenz darauf hinzuwirken, das DBA mit Italien so zu revidieren, dass die Regelungen von Artikel 9 des AIA-Abkommens vollumfänglich ins bilaterale DBA mit unserem südlichen Nachbarstaat übernommen werden. Sollte dies gelingen, gehen wir davon aus, dass der Druck der EU-Kommission i.S. Ausweitung beim Eintreiben von Steuerforderungen deutlich abnehmen dürfte. Die Revision des DBA mit Italien sollte damit neben der Revision des DBA mit den USA (Einführung des Nullsatzes auf Dividenden verbundener Unternehmen), welches die Schweizer Wirtschaft finanziell um mehr als 1 Mrd. Dollar an Steuern zugunsten des US-Fiskus entlasten würde, zu den wirtschaftlichen Prioritäten der Schweiz gehören.

SwissHoldings unterstützt deshalb die Ratifizierung des Änderungsprotokolls zum AIA-Abkommen mit der EU und wir ersuchen den Bundesrat den parlamentarischen Genehmigungsprozess in Gang zu setzen.

Freundliche Grüsse
SwissHoldings
Geschäftsstelle

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Dr. Rumo".

Dr. Gabriel Rumo
Direktor

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Hess".

Martin Hess
Leiter Steuern, RA, dipl. Steuerexperte

Per E-Mail: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Eidgenössisches Finanzdepartment EFD
Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen SIF
Informationsaustausch & Individualbesteuerung
Bundesgasse 3
3003 Bern

Basel, 04. Februar 2026 CDE/SRI

Vernehmlassung 2025/39

Änderungsprotokoll zum Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter

Sehr geehrte Damen und Herren

proFonds, Dachverband gemeinnütziger Stiftungen der Schweiz, vertritt gesamtschweizerisch die Interessen *gemeinnütziger Stiftungen und Vereine/NPO* aller Tätigkeits- und Finanzierungsformen. Dem Gemeinnützigkeitswesen kommt in der Schweiz eine sehr grosse Bedeutung zu. Die rund 14'000 gemeinnützigen Stiftungen und die zahlreichen gemeinnützigen Vereine üben im Interesse und zum Wohl der Allgemeinheit wichtige Funktionen aus, etwa in den Bereichen Soziales, Gesundheitswesen, Forschung und Wissenschaft, Bildung und Erziehung, Jugendförderung, Kunst und Kultur, Entwicklungszusammenarbeit, Umweltschutz etc.

Gerne machen wir von der Möglichkeit Gebrauch, zum Entwurf des Änderungsprotokolls zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhal-

ten eine Stellungnahme und Einschätzung einzureichen. Unserem Tätigkeitsfeld entsprechend beschränken wir uns nachfolgend auf die Regelungsaspekte, die gemeinnützige Stiftungen und Vereine/NPO betreffen.

Vorbemerkung

proFonds begrüsst Bemühungen, die verhindern sollen, dass gemeinnützige Stiftungen und Vereine für widerrechtliche Zwecke missbraucht werden. Aufgrund der rechtlichen Besonderheiten, die das schweizerische Stiftungs-, Vereins- und steuerliche Gemeinnützigkeitsrecht aufweisen, sind steuerbefreite gemeinnützige Stiftungen und Vereine aber untaugliche Vehikel für Steuerhinterziehung und andere Steuerdelikte.

Entsprechend begrüssen wir mit Nachdruck die auf den revidierten Common Reporting Standard (CRS) der OECD beruhende Ausnahmebestimmung für gemeinnützige Stiftungen und Vereine gemäss Art. 3 Abs. 9bis AIAG sowie Art. 6a AIAV. Diese wichtige Errungenschaft, die bei gemeinnützigen Organisationen unnötige Bürokratie verhindert, darf durch das Abkommen mit der EU nicht verwässert oder gar ausgehöhlt werden.

Gerne nehmen wir vor diesem Hintergrund zum Abkommen, Änderungsprotokoll und erläuternden Bericht zur Vernehmlassungsvorlage noch im Detail Stellung:

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (SR 0.641.926.81)

Gemäss Abschnitt VIII/B/Ziff. 1/lit. f des Abkommens gelten schweizerische qualifizierte gemeinnützige Rechtsträger als NICHT MELDENDES FINANZINSTITUT. VIII/B/Ziff. 10 des Abkommens definiert sodann in Übereinstimmung mit dem CRS und dem Wortlaut in Art. 6a AIAV (mit gewissen redaktionellen, aber keinen inhaltlichen Anpassungen) den Ausdruck «Schweizerischer qualifizierter Rechtsträger».

Gemäss Art. 6a Abs. 2 AIAV sind die Voraussetzungen für die Ausnahme von der Meldepflicht erfüllt, wenn die jeweiligen Rechtsträger nach Art. 56 lit. g oder h des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1996 über die direkte Bundessteuer (DBG) von der direkten Bundessteuer befreit sind. Das Abkommen verweist sodann auf eine Bestätigung der Schweizer Behörden, dass die genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Der Bundesrat definiert in Art. 6a Abs. 3 AIAV, dass als Bestätigung nach Art. 3 Abs. 9bis AIAG insbesondere eine Verfügung über die Steuerbefreiung nach Artikel 56 Buchstabe g oder h DBG oder ein Eintrag in ei-

nem öffentlich zugänglichen kantonalen Verzeichnis der steuerbefreiten Institutionen gilt.

Damit wurde eine der Schweizer Rechtslage und dem CRS der OECD entsprechende, einfache und praktikable Lösung gefunden. Um sicherzustellen, dass diese auch im Verhältnis zur EU gilt, sollten die genannten Regelungen in Art. 6a Abs. 2 und Abs. 3 AIAV ebenfalls in das Abkommen unter Abschnitt VIII/B/Ziff. 10 aufgenommen werden. Damit wird auch eine Rechtszersplitterung vermieden.

Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den Automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit und bei internationalen Sachverhalten

Das Änderungsprotokoll führt auf S. 5 der Erwägungen folgendes aus:

IN DER ERWÄGUNG, dass die Schweiz von der Option Gebrauch machen möchte, die neue Kategorie „QUALIFIZIERTER GEMEINNÜTZIGER RECHTSTRÄGER“ aufzunehmen, und dabei ist, Rechts- und Verwaltungsmechanismen einzurichten, die sicherstellen, dass jeder RECHTSTRÄGER, der den Status eines „QUALIFIZIERTEN GEMEINNÜTZIGEN RECHTSTRÄGERS“ beansprucht, die einschlägigen Bedingungen erfüllt, bevor dieser RECHTSTRÄGER in der Schweiz als NICHT MELDENDES FINANZINSTITUT behandelt wird, (...)

Es ist festzuhalten, dass die Schweiz nicht «dabei ist, Rechts- und Verwaltungsmechanismen einzurichten», sondern gemäss Art. 6a Abs. 2 und Abs. 3 AIAV bereits über solche rechtsgenügenden Mechanismen verfügt.

Die Ausführungen zu den Änderungen zu Anhang 1 (Ziff. 11/h/l des Änderungsprotokolls) sind – wie bereits zum Abkommen ausgeführt – mit dem Wortlaut aus Art. 6a Abs. 2 und Abs. 3 AIAV zu ergänzen.

Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Die Erläuterungen zur «Ausnahmeregelung für gemeinnützige Rechtsträger Unterabschnitt B Nummer 1 Buchstabe f und Nummer 9» (S. 39/49) bedürfen u.E. einer Ergänzung bzw. Anpassung. Der Erläuternde Bericht führt folgendes aus:

(...) Die EU hat diese Ausnahmeregelung in der DAC 8 nicht übernommen. Das Änderungsprotokoll verankert diese Ausnahmeregelung, aber lediglich für qualifizierte gemeinnützige Rechtsträger in der Schweiz, die nicht auch einen Sitz in der EU haben. Die Schweiz hat die erforderlichen Verfahren im E-AIAG bzw. in der

E-AIAV eingeführt, um die im Kommentar vorgesehenen Bedingungen zu erfüllen.

Es ist folgendes klarzustellen: Besteht ein Sitz in der EU, so handelt es sich um eine eigenständige Rechtseinheit in der EU, die EU-Recht untersteht und entsprechend nicht als qualifizierter gemeinnütziger Rechtsträger von der Meldepflicht ausgenommen werden kann. Handelt es sich hingegen um einen qualifizierten gemeinnützigen Rechtsträger mit Sitz in der Schweiz und einer Zweigniederlassung in der EU, so untersteht dieser Schweizer Recht und gilt bei Erfüllung der Voraussetzungen nicht als meldepflichtiges Finanzinstitut. Die Zweigniederlassung in der EU, die nicht über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, darf hieran nichts ändern. Die juristische Person in der Schweiz ist ausschliesslich nach Schweizer Recht und gemäss den Vorgaben nach Art. 3 Abs. 9^{bis} AIAG und Art. 6a AIAV zu beurteilen. Ein Verlust des gesetzlichen Ausnahmeprivilegs nach Schweizer Recht aufgrund eines Sitzes in der EU würde zur Aushöhlung der vom CRS vorgesehenen und der Schweiz übernommenen Ausnahme für gemeinnützige Organisationen in der Schweiz führen. Eine solche Reflexwirkung ist nicht zulässig und im Abkommen so auch nicht vorgesehen.

Wir danken Ihnen für die aufmerksame Prüfung unseres Standpunkts. Wir hoffen, dass unser Antrag bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage Berücksichtigung findet. Für eine Vertiefung spezifischer Fragen steht proFonds jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

proFonds, Dachverband gemeinnütziger Stiftungen der Schweiz



Dr. Christoph Degen
Geschäftsführer



Sebastian Rieger
Stv. Geschäftsführer

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Département fédéral des finances
3003 Berne

Par courrier électronique :
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Paudex, le 5 février 2026

Consultation fédérale : protocole d'amendement à l'accord CH-UE sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers en vue d'améliorer le respect des obligations fiscales au niveau international

Madame la Conseillère fédérale,

Nous avons pris connaissance avec intérêt de l'objet cité en titre et souhaitons, par la présente, vous faire part de notre position.

1. Remarques générales

En préambule le Centre Patronal comprend la nécessité pour la Confédération de maintenir l'application de l'Accord sur l'Echange Automatique de Renseignements (EAR) avec le partenaire politique et économique majeur que constitue l'Union européenne. Dès lors que cette dernière subordonnait le maintien de l'accord EAR CH-UE, et notamment l'art. 9 de cette convention (exonération de l'impôt à la source sur les dividendes, les intérêts et les redevances entre sociétés associées), à l'acceptation par notre pays de dispositions relatives à l'assistance au recouvrement de créances fiscales, notre marge de manœuvre était assez faible. On ne relèvera jamais assez l'importance de l'art. 9 EAR pour la Suisse. En effet, pour les activités liées aux quartiers généraux globaux et régionaux, cette disposition est essentielle. En perdre le bénéfice signifierait inmanquablement une forte perte d'attractivité de notre pays pour la localisation de ce type d'activités. Or le départ de ces structures et de ces fonctions vers l'étranger provoquerait une perte importante d'emplois directs et indirects ainsi qu'une perte de substance économique et fiscale très difficilement remplaçable.

Constitue également un moindre mal le fait que la Confédération ait pu obtenir, dans ses négociations avec l'Union Européenne, que cette assistance au recouvrement des créances fiscales soit limitée au domaine de la Taxe sur la valeur ajoutée (et non pas étendue aux impôts directs par exemple). En effet la TVA constitue un impôt moins sujet à interprétation «économique» et beaucoup plus formaliste que les impôts sur le revenu ou le bénéfice. De plus la législation sur la TVA helvétique est très largement compatible avec la législation idoine au sein de l'Union Européenne. Dès lors, même si les pratiques nationales peuvent sensiblement diverger, il y a une forme d'homogénéité dans l'application des réglementations. Par ailleurs le principe dit «du consommateur final» aide aussi à délimiter la magnitude et la plausibilité des sommes en jeu. Il en va tout autrement dans le domaine des impôts directs où les législations divergent autant que les pratiques fiscales et où une approche «économique», forcément subjective, des problématiques crée une grande hétérogénéité entre Etats. Cela est particulièrement sensible dans le domaine des prix de transfert où les redressements et les créances fiscales étrangères peuvent être aussi colossaux que partiellement fondés.

Au-delà de l'Union européenne, l'enjeu est également global pour notre pays : en effet un échec de cette négociation aurait mis en péril la mise à jour de la Norme commune de déclaration (NCD) avec l'UE. Même si la mise au rang des «pays non coopératifs» eut été peu probable, être jugé non conforme aux normes du Forum mondial sur la transparence et l'échange de renseignements aurait beaucoup nui à la place financière.

L'assistance au recouvrement des créances fiscales en matière de TVA est donc un moindre mal et nous saluons à ce titre le rejet par la Suisse d'un accord sur une assistance complète au recouvrement fiscal.

Pour autant le Centre Patronal restera très attentif au sujet des conséquences concrètes de cet accord pour les entreprises, notamment petites et moyennes. Outre notre souci habituel de simplification administrative et d'efficience des coûts en relation avec les objectifs visés, nous insistons sur la nécessité de clarifier et de délimiter soigneusement la notion d'actifs «saisissables» localisés en Suisse pour le recouvrement de créances fiscales étrangères. De plus, des liens uniquement factuels (au-delà d'un «contrôle de fait» dûment justifié par l'identité des bénéficiaires effectifs dans les deux pays) ou contractuels nous paraissent insuffisants pour justifier la saisie d'actifs situés dans notre pays. Seul un titre juridique clair et non équivoque de la société étrangère sur des actifs ou établissements stables situés dans notre pays devrait justifier l'ouverture d'une procédure de recouvrement au sens de l'accord. Même si les textes actuels contiennent déjà un certain nombre de «garde-fous», nous insistons sur l'importance pour la Suisse de ne pas assouplir sa pratique domestique sous la pression renouvelée des autorités fiscales étrangères.

Les règles nationales actuelles en matière de recouvrement des créances fiscales doivent s'appliquer pleinement et exhaustivement dans ces procédures sans exception et sans assouplissement en faveur des droits invoqués par les autorités fiscales étrangères. A ce titre nous serons attentifs à toute inflexion de la pratique en défaveur des contribuables suisses concernés.

2. Remarques spécifiques et points d'attention

Art. 4 g, al. 2, EAR nouveau

Le Centre Patronal est d'avis que la Suisse doit appliquer le principe de subsidiarité prévu à l'article 4g avec une grande rigueur. Il conviendra pour l'Etat requérant d'apporter la preuve claire et incontestable qu'il a épuisé toutes les procédures et les démarches de recouvrement à sa disposition en droit domestique tout comme leurs équivalents dans les autres Etats de l'Union européenne.

De la même manière l'Etat requérant devra amener la preuve claire et non équivoque, qu'une fois ces procédures terminées au sein de ses frontières et de celles de l'UE, il a totalement épuisé le recours aux actifs pouvant être saisis dans ces juridictions sans parvenir, par leur biais, au paiement intégral de la créance. Enfin l'Etat requérant devra apporter la preuve manifeste et concrète que le contribuable concerné dispose d'actifs dont il est propriétaire ou sur lesquels il a des droits de jouissance réels assimilables à la propriété en Suisse. Outre l'épuisement préalable des possibilités d'assistance au recouvrement au sein de l'UE avant la présentation d'une demande à la Suisse, l'Etat requérant ne peut donner mandat à la Suisse de retrouver les actifs saisissables invoqués sur son territoire. C'est à l'autorité étrangère qu'il revient de faire le signalement clair et de déterminer la localisation des actifs saisissables dans notre pays. La Suisse doit également pouvoir refuser d'entrer en matière si la demande de l'Etat requérant occasionne pour elle des difficultés disproportionnées, des délais rédhibitoires ou des coûts égaux ou supérieurs aux montants à recouvrer.

Art. 4s EAR nouveau

Comme souligné plus haut, le Centre Patronal considère, même si les parties ont convenu de mener des discussions dans les quatre ans qui suivent la signature du protocole de modification afin d'examiner la possibilité d'étendre l'assistance au recouvrement à d'autres

créances fiscales, que la Confédération ne devrait, à ce stade, pas s'engager sur ce terrain. En effet les impôts directs sont très différents de la TVA et bien moins homogènes que cette dernière tandis que les sommes concernées et les coûts de mise place se révèlent beaucoup plus substantiels.

Art. 1, par. 11, let. a, Annexe EAR

Les Etats requérants, tout comme la Suisse d'ailleurs, doivent en tous les points de la procédure n'y impliquer formellement que (et se focaliser uniquement sur) les personnes qui détiennent le contrôle de droit ou de fait sur l'entité titulaire du compte ou les détenteurs de titres de participation dans une structure d'investissement : c'est le seul moyen de s'assurer que les autorités fiscales soient en mesure de reconnaître et de déterminer les personnes détenant le contrôle des titres de participation de l'entité tout en les distinguant de celles qui assument uniquement des fonctions de direction ou de détention/gestion de portefeuille (par exemple hauts dirigeants, protecteurs, trustees). Si la confusion est créée ou entretenue entre ces deux rôles très différents par des autorités fiscales étrangères, alors le risque sera grand pour les acteurs de la place financière suisse (qui n'ont à priori strictement rien à voir avec une créance TVA étrangère impayée de l'un de leurs clients) de se trouver mêlés à des procédures de recouvrement dans lesquelles ils n'ont rien à voir ni rien à se reprocher.

Les acteurs de la place financière suisse n'ont pas vocation à être impliqués directement sur un plan juridique ou économique dans ces procédures de recouvrement totalement étrangères à leurs activités. On attend d'eux uniquement une collaboration liée, dans les strictes limites des réglementations en vigueur à cet égard, à leur fonction d'établissement dépositaire et/ou gestionnaire/trustee. Au-delà de l'impact direct sur les établissements impliqués, il en va aussi de la réputation de notre place financière.

Nous vous remercions de l'attention que vous aurez prêtée à nos lignes et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Centre Patronal


Jean-Blaise Roggen

foreign banks .in switzerland.

Federal Councillor Karin Keller-Sutter
Federal Department of Finance
Bundesgasse 3
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zürich, 6 February 2026

Consultation: Amendment of the Agreement between Switzerland and the European Union regarding the Automatic Exchange of Information

Dear Ms Keller-Sutter

Thank you for the invitation to comment on the amendment of the Agreement between Switzerland and the European Union regarding the Automatic Exchange of Information AEol.

Our Association contributed to drafting the comments of the Swiss Bankers' Association.

While AFBS welcomes the proposal to renew the agreement between Switzerland and the EU on AEol, it is opposed to the extension of the agreement to other fields of cooperation in fiscal matters.

Mutual assistance in enforcement on value added tax constitutes a reversal of the current practice in international tax matters but does not constitute an international standard. In addition, the amendments must be expected to pave the way towards more extensive scope of mutual assistance in tax matters. Client interest of defending their position and protecting their private sphere would be weakened.

The amendments proposed bear the risk of further extension of mutual assistance to other categories of tax claims.

Since the proposed amendment of the agreement between Switzerland and the EU is not indispensable as the AEol will automatically be updated through adhesion of all countries concerned to the Common Reporting Standard, AFBS does not see any need for amendment as proposed by the draft.

We remain at your disposal for any questions. We thank you for your attention.

Best Regards

ASSOCIATION OF FOREIGN BANKS IN SWITZERLAND



Raoul Würigler
Secretary General



Jonathan Deneys
Deputy Secretary General

AVIS

DATE : 22 décembre 2025

A : **Madame Karin Keller-Sutter, Présidente de la Confédération suisse**, Cheffe du Département fédéral des finances (DFF), Bundesgasse 3, 3003 Berne (courrier Recommandé) *et version PDF, accompagnée d'une version Word, transmises par courrier électronique à « vernehmlassungen@sif.admin.ch »*

DE : Jean-Jacques Duc¹, Avenue de Perrausaz 32, 1814 La Tour-de-Peilz

OBJET : **Protocole de modification de l'accord entre la Suisse et l'Union européenne sur l'échange automatique d'information** / procédure de consultation ouverte jusqu'au 6 février 2026

Préambule

L'avis de l'auteur porte exclusivement sur l'ajout du Titre 2 sur l'assistance administrative au recouvrement, à savoir un domaine pour lequel il a de l'expérience depuis 45 ans.

¹ Comptable avec brevet fédéral (1991) et titulaire du brevet vaudois d'aptitude aux fonctions de Préposé aux poursuites et aux faillites (1987).

Développement

A. Quant à l'unité de matière

Le but de l'échange automatique et sur demande de renseignements relatifs aux comptes financiers (cf. art. 2 et 5 de l'actuel EAR, RS 0.641.926.81) entre la Confédération suisse (ci-après : Confédération) et l'Union européenne (ci-après : UE) est de fixer des instruments en vue de favoriser l'égalité fiscale et de dissuader la dissimulation de revenus et de fortune à l'étranger afin que les administrations fiscales aient une vision complète des avoirs dans les Etats européens et en Suisse de leurs contribuables (personnes physiques/PP et personnes morales/PM) pour la taxation des impôts directs.

Aussi, en introduisant l'assistance au recouvrement pour les créances du domaine de la TVA, le principe de l'unité de matière, norme propre au droit Suisse, est transgressé. En effet, les différentes parties du contenu de l'accord doivent avoir un lien objectif entre elles. Or, cet ajout (l'assistance au recouvrement pour la TVA) invalide, selon les normes juridiques suisses, l'ensemble du nouvel accord. Le remplacement du titre de l'accord prévu à l'article 1, ch. 1 n'y change rien.

Pour ce motif, le nouvel accord devrait être refusé ou, alors, amputé du paragraphe 8, du Titre 2. L'article 4^e relatif aux moyens de notification est inutile, dès lors qu'il peut déjà être mis en pratique par l'article 17 de la Convention concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale du 25 janvier 1988, entrée en vigueur en Suisse le 1^{er} janvier 2017 (CAAMMF (RS 0.652.1)).

B. Quant à l'exigence de l'UE (1.1.2.3 et 1.2.2) d'une assistance au recouvrement

En cédant à l'exigence d'une assistance administrative au recouvrement, même pour l'instant (4 ans) limitée aux créances de la TVA, la Confédération se soumet à un chantage initié par un partenaire institutionnel avec lequel la Suisse est prête de signer des accords d'une bien autre importance, à savoir les Bilatérales III.

Par ailleurs, pour une évaluation des pesées des intérêts, il aurait été nécessaire de connaître en nombre et en CHF les recouvrements de dettes fiscales de la TVA suisses de 2020 à 2024 qui n'ont en définitive pas pu être encaissées par l'AFC vu l'absence d'une part, du domicile en Suisse du débiteur et, d'autre part, d'assistance de recouvrement convenu dans un accord international.

C. Quant à la transparence économique

Il aurait été également adéquat que le rapport explicatif indique en nombre et en CHF/EUR les cas d'EAR (de manière automatique, cf. art. 2 et, sur demande, cf. art. 5 EAR) que la Suisse a remis de 2020 à 2024 et à quels pays de l'UE et vice-versa. Aussi, on connaîtrait à qui profite l'accord actuel d'EAR et de confronter l'UE à cette réalité, certainement bien plus favorable aux Etats de l'UE qu'à la Suisse, en regard à son exigence (chantage) relative à l'assistance administrative au recouvrement exigée.

D. Analyse de différents articles du protocole relatif à l'assistance au recouvrement

Article 4g / Conditions régissant les demandes de recouvrement

Article 4h / Instruments permettant l'adoption de mesures dans l'Etat de l'autorité requise et autres documents connexes

Le principe de subsidiarité exposé à la page 26 du rapport explicatif, à savoir que « les états membres de l'UE doivent notamment avoir épuisé les possibilités d'assistance au recouvrement au sein de l'UE avant de pouvoir présenter une demande à la Suisse » n'est pas expressément concrétiser dans la rédaction de l'article 4g, **aussi il faut d'abord y remédier.**

Le projet du nouvel accord laisse au comité mixte de décider le contenu de la demande d'assistance au recouvrement. Or, si le DFF et les Etats de l'UE souhaitent avoir des chances que les éléments de cette demande de recouvrement permettent d'obtenir du Juge civil suisse la levée de l'opposition que le débiteur ferait à la notification du commandement de payer, il est nécessaire que le protocole lui-même énumère les informations et les documents que la demande doit contenir. En effet, sans cela et comme l'a fait le Tribunal du district de Zürich le 23 octobre 2020 (BISchK, cahier 6 2020, pages 244 à 254), la demande de mainlevée définitive d'opposition de l'art. 80 LP sera refusée et la procédure d'assistance au recouvrement mise à néant. Aussi, voici de l'avis de l'auteur, ce que devrait énoncer et contenir une demande d'assistance au recouvrement pour satisfaire aux exigences posées par le Tribunal du district de Zürich en octobre 2020 (contre lequel, au demeurant, l'AFC n'a pas recouru, ce qui raisonnablement présuppose qu'elle admettait les considérants), à savoir :

- a) Le nom et le domicile/siège social du débiteur/de la débitrice ;

- b) Pour chaque créance TVA (mais pas plus que 10, cf. Ordonnance du DFJP du 24.11.2015/RS 281.311) : le montant (détail, si c'est un solde) en valeur légale suisse de la créance ou des sûretés exigées ; si la créance porte intérêts, le taux et le jour duquel ils courent ;
- c) La dénomination de la décision fiscale, sa date et sa date d'entrée en force de chacune des créances de la lettre b) ;
- d) Pour chacune des créances de la lettre b), une déclaration formelle que son recouvrement a été appliqué dans le pays de l'Etat requérant et que son résultat n'a pas abouti à son paiement intégral ;
- e) Pour chacune des créances de la lettre b), une déclaration formelle qu'il n'existe ainsi manifestement pas dans l'Etat requérant d'actifs pouvant être recouvrés en vue de son paiement intégral ;
- f) Pour chacune des créances de la lettre b), qu'il n'existe pas dans les autres Etats de l'UE de celui du requérant d'actifs pouvant être recouvrés en vue de son paiement intégral ;
- g) Qu'il existe des informations concrètes suivantes : montrant que le débiteur/la débitrice TVA dispose d'actifs dans l'Etat requis (Suisse).

En effet, sans ces détails, l'AFC ne pourra pas obtenir d'un juge de mainlevée suisse une mainlevée définitive d'opposition et l'AFC ne saurait pouvoir lever elle-même une opposition à un commandement de payer, comme elle l'est habilitée à le faire pour ses propres créances TVA en application de l'art. 86 al. 2, 1^{ère} phrase, al. 3 et al. 4 LTVA, dès lors que l'examen matériel de la créance de droit public étrangère par les autorités fiscales suisse est exclu (*lex causae*). Pour le surplus, l'énoncé détaillé [cf. lettre a) à g) ci-dessus] pourrait être présenté par l'AFC à la demande du débiteur/de la débitrice poursuivi/e en application de l'art. 73 LP.

Toutefois, le plus juste serait qu'avant de faire sa demande d'assistance au recouvrement à la Confédération, l'Etat requérant fixe l'état de la situation énoncée ci-dessus sous lettres a) et g) dans une décision notifiée à son débiteur/sa débitrice, laquelle décision étrangère, une fois entrée en force pourrait protocoler, dans le cadre d'un accord international, toutefois après que cet accord ait été dûment modifié/adapté selon les indications précédentes, valoir titre de mainlevée définitive de l'art. 80 al. 2 ch. 2 LP, voir éventuellement de l'art. 80 al. 1 LP.

Article 4i / Exécution de la demande de recouvrement

La procédure d'exécution a lieu et est déterminée exclusivement par l'Etat requis. L'Etat requis applique son propre droit de procédure, c'est que l'on appelle la *lex fori*. Aussi, pour recouvrer en Suisse une créance, qu'elle soit de droit privé ou public, il est nécessaire que l'on soit en présence d'un des deux cas de for ordinaire de la poursuite de l'art. 46 al. 1 et al. 2 LP. Dès lors, certainement que le plus souvent les Etats requérants feront valoir des demandes d'assistance au recouvrement à l'encontre de particuliers ou d'entreprises ayant leur domicile, respectivement leur siège, dans l'Etat requérant ou de l'UE, le recouvrement s'opérera rarement de façon ordinaire, à savoir :

- d'une réquisition de poursuite (67 LP) à adresser à l'OP compétent (celui du for),
- puis rédaction et notification d'un commandement de payer par l'office des poursuites (69 et ss LP),
- et des suites ad'hoc des article 69 à 88 LP.

Ce procédé « ordinaire » sera donc applicable que pour les débiteurs/débitrices domiciliés en Suisse ou ayant leur siège social en Suisse selon le registre du commerce suisse en raison de créances TVA d'un Etat de l'UE.

Aussi, pour les débiteurs de la TVA étrangère ayant leur siège ou leur domicile dans un Etat de l'UE, l'AFC devra agir par le biais de la procédure de séquestre des articles 271 ss LP, dès lors qu'elle connaîtra par la communication de l'Etat requérant (cf. lettre g, du commentaire des art. 4g et 4h ci-dessus) la composition et le lieu des actifs en Suisse (résultat de l'EAR automatique ou sur demande). Faudra-t-il encore qu'il existe un cas de séquestre (que l'AFC devra rendre vraisemblable en application de l'art. 272 al. 2 ch. 2 LP). On pense premièrement au cas de séquestre de l'art. 271 al. 1, ch. 4 LP lequel a été instauré par le législateur suisse pour recouvrer en Suisse une créance envers un débiteur n'étant pas domicilié en Suisse, à savoir qu'il n'a pas de for ordinaire de l'art. 46 LP et pour autant encore que la créance ait un lien avec la Suisse. Or, une créance de TVA d'un Etat de l'UE a-t-elle un lien avec la Suisse fusse-t-il initié dans un accord international ? De toute façon, il appartiendra au Juge de séquestre d'en décider en application de l'art. 272 LP. L'autre possibilité est le cas de séquestre de l'art. 271 al. 1 ch. 6 LP, à savoir lorsque le créancier possède contre le débiteur un titre de mainlevée définitive. Aussi, de l'avis de l'auteur, il faut définir dans l'accord quel(s) document(s) de l'Etat requérant vaut titre de mainlevée définitive de l'art.80 al. 2 ch. 2 LP, voir de l'art. 80 al. 1 LP, afin que le cas de séquestre de l'art. 271 al. 1 ch. 6 LP puisse être évoqué, à l'instar de ce qui existe déjà pour les prétentions civiles ressortant de la Convention de Lugano du 30 octobre 2007 (CL, RS 0.275.12). Cela d'autant

plus que tant le législateur suisse² que le Tribunal fédéral³ place sur pied d'égalité en matière d'exécution les créances de droit public et de droit privé. D'où l'utilité d'une décision ad'hoc de l'Etat requérant dont on a indiqué le principe au dernier paragraphe du commentaire des art. 4g et 4h plus haut. A côté du séquestre LP (cas de l'art. 271 al. 1 ch. 1 à 6 LP), selon l'article 93 LTVA, la demande de sûretés, que le fisc peut exiger en tout temps, par exemple, pour le seul motif que le débiteur est en demeure, est assimilée à l'ordonnance de séquestre si elle répond aux exigences de l'art. 274 LP (ou est complétée sur ce point). Le séquestre sert l'exécution de la demande de sûretés pour l'impôt passé en force ou non. L'autorité compétente pour prononcer le séquestre fiscal n'est pas le juge de l'art. 272 LP, mais l'AFC (pour la TVA), indépendamment du lieu de situation des objets à séquestrer. Les cas de séquestre sont ceux prévus par l'art. 93 LTVA. L'office des poursuites est chargé d'exécuter l'ordonnance de séquestre selon les règles de la LP (art. 93 al. 3 et al. 6 LTVA). En revanche, le débiteur peut recourir contre la décision de sûretés ou/et déposer une plainte auprès de l'autorité de surveillance (art. 17 LP) à l'encontre de l'exécution du séquestre (ATF 143 III 573 consid. 4.1 ; arrêt 5A_150/2015 du 4 juin 2015 consid. 5.2.3 et les références).

Article 4j / Litige

Comme on l'a déjà invoqué ci-dessus sous l'article 4g, vu le principe de *lex causae*, l'application du par. 2 paraît difficile par un tribunal suisse. Dans l'hypothèse que cela soit possible, il est bien que le débiteur/la débitrice poursuivi/e qui a fait une opposition au commandement de payer et dont l'AFC demande l'annulation puisse se défendre sur la validité des conditions de la demande de l'assistance au recouvrement, dès lors que la mesure prise par l'Etat requérant, en l'état du projet du présent protocole d'accord, n'a pas été au préalable portée à sa connaissance (violation du droit d'être entendu). D'où l'importance du contenu de l'énoncé de la demande par l'Etat requérant et des pièces remises en justification (cf. commentaire article 4g et 4h, lettres a et h plus haut). En effet, en droit suisse, la preuve des notifications des décisions administratives appartient à l'autorité administrative créancière, c'est à elle de prouver la réception de la décision administrative (bordereau,

² Jusqu'au 31 décembre 2024, le recouvrement des impôts et des contributions se faisait dans le cadre de la poursuite par voie de saisie, conformément à l'art. 43, ch. 1, LP. Depuis le 1^{er} janvier 2025, cette disposition est abrogée, et la poursuite contre les débiteurs inscrits au registre du commerce continuera par voie de faillite ceci tant pour les prétentions civiles que publiques

³ Arrêt du TF du 2 avril 2024, cause 5A_487/2023, consid., 2.5.1.

décompte, etc.) par l'administré (ici le débiteur/la débitrice de la créance TVA de l'Etat requérant), cf. aussi à l'arrêt du Tribunal du district de Zürich le 23 octobre 2020 consid. 7.2.2 (BISchK, cahier 6 2020, pages 247 et 248).

On viendra sur l'application des par. 4, al. 2 et 3, dans notre commentaire ci-dessous de l'art. 4l.

Article 4l / Demande de mesures conservatoires

Qu'il s'agisse de l'application des par. 4 al. 2 et al. 3 de l'article 4j que de l'application de l'article 4l, les cas du point de vue fiscal suisse en matière de TVA sont ceux de l'art. 93 LTVA. Aussi, dans de tels cas, l'AFC doit rendre une décision de « Demande de sûretés » laquelle est sujette directement à recours devant le TAF. Toutefois, est-ce qu'il sera suffisant que le créancier de la TVA de l'Etat européen soit la Confédération Suisse (par fiction de la prétention, cf. 1.1.2.1 et 1^{ère} phrase du commentaire de l'art. 4i du rapport explicatif) pour que l'accès au TF ne soit pas soumis aux conditions restrictives de l'art. 84a LTF, dès lors que seul un recours devant le TAF est possible en matière d'entraide administrative internationale. Aussi, l'article 84a LTF devrait être révisé afin de garantir un recours devant le TF au sens des art. 82 let. a et 98 LTF. En effet, il n'existe aucune raison pour l'assujetti d'une créance TVA étrangère à la Suisse qui s'est vu notifier une demande de sûretés dispose de moyen de recours plus limité que lorsqu'elle est exigée pour une créance fiscale suisse.

Pour le surplus, la « Demande de sûretés » est assimilée à une ordonnance de séquestre de l'art. 274 LP (cf. art. 93 al.3 LTVA) d'où comme on l'a indiqué plus haut sous l'art. 4i in fine, il se pourrait que ça sera aussi par ce biais que l'AFC agira pour obtenir un séquestre d'avoir en Suisse et non pas par les cas de séquestre de l'art. 271 LP.

Article 4m / limites aux obligations de l'autorité requise

Cet article doit être mis en regard avec l'article 4o relatif aux frais. En effet, les articles 2 et 3 de l'Ordonnance du DFJP du 24 novembre 2015 sur les réquisitions du créancier dans les procédures de poursuite pour dettes et de faillite (RS 281.311) a fixé le nombre de créances possible par réquisition de poursuite à dix et à 640 caractères pour indiquer le titre ou la cause

de la première créance et à 80 caractères pour le titre ou la cause de chacune des créances suivantes (2 à 10). En conséquence, aussitôt qu'une demande d'assistance au recouvrement comprend plus de dix créances, l'exécution par l'AFC devra être faite par des procédures de recouvrement distinctes ; cela sera aussi le cas, lorsque la justification par l'Etat requérant des créances nos 2 à 10 contient plus de 80 caractères. Dans ce cas, le montant des frais du chiffre 2, par. 2 de l'article 40 (dont il sera question ci-après) devra être analysé pour chacune des procédures de poursuite que l'AFC aura dû entreprendre pour satisfaire aux obligations des réquisitions présentées plus haut.

Article 40 / Frais

Comme on l'a vu ci-devant sous le commentaire de l'art. 4i, en présence de for ordinaire des alinéas 1 et 2 de l'art. 46 LP, l'AFC agira par le biais d'une poursuite ordinaire. Pour les cas qui se présenteront en application de ces dispositions, c'est la voie de la faillite qui s'appliquera dès lors que de tels débiteurs/débitrices de TVA étrangère seront principalement des personnes inscrites au registre du commerce en Suisse en l'une des qualités de l'art. 39 LP. Ainsi, depuis le 1^{er} janvier 2025, la procédure de poursuite contre de telles personnes se continue par voie de faillite. Or, par exemple, pour une dette de CHF 10'000.00, les frais du commandement de payer et de la commination de faillite s'élèvent au total de CHF 180.00 (art. 16 et 39 OELP, RS 281.35), les frais de mainlevée d'opposition au commandement de payer de l'ordre de CHF 400.00 (48 OELP), les frais d'une demande de faillite devant le juge de faillite (168 et 169 LP) se montent selon les cantons entre CHF 800.00 et 2'500.00, tous ces frais seront dans la majorité des situations en pure perte pour la Confédération Suisse, dès lors que, le plus souvent, il sera en définitive prononcé la suspension de la faillite faute d'actif (art. 230 LP)⁴. Ainsi, la Confédération Suisse ferait bien de fixer une limite à 500 CHF au par. 2 al. 2 au-delà de laquelle on considérera le montant des frais très élevés à savoir dans la situation où la procédure de poursuite engagée contre le débiteur/la débitrice n'a même pas abouti au paiement de ces frais avancés par l'AFC (art. 68 LP).

⁴ Cf. ch. 1.1.3, page 3980 du Message du Conseil fédéral du 26 juin 2019 concernant la loi fédérale sur la lutte contre l'usage abusif de la faillite FF 2019 4977 : 41,4 % en 2009 mais pour 2020 ce pourcentage passe à **56,2 % et pour 2021 à 56.5 %** selon l'Office fédéral de la statistique : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/industrie-services/entreprises-emplois/demographie-entreprises/faillites.assetdetail.22064027.html>, consulté le 08.09.2022 à 13h.10.

Comme on l'a vu aussi au commentaire des art. 4*i* et 4*j*, pour les débiteurs de la TVA étrangère ayant leur siège ou leur domicile dans un Etat de l'UE, l'AFC devra agir au for extraordinaire de l'art. 52 LP par le biais d'un séquestre cf. à l'art. 271 LP ou par une « Demande de sûretés » de l'art. 93 LTVA laquelle est assimilée à une ordonnance de séquestre de l'art. 274 LP, ce qui augmentera encore plus le montant des frais indiqués ci-dessus de l'ordre de CHF 490.00 entre l'autorisation de l'art. 272 LP (art. 48 OELP) et l'exécution du séquestre et l'établissement de son procès-verbal (entre autre art. 21 OELP).

Comme on l'a vu au commentaire de l'art. 4*i*, l'AFC devra aussi agir par le biais d'un séquestre LP (271 LP) ou d'une « Demande de sûretés » (93 LTVA). Aussi, le travail préparatoire de telles mesures sera conséquent pour l'AFC (rédaction de l'ordonnance de séquestre, lettre de motivation au Juge de l'art. 272 LP ou rédaction de la « Demande de sûretés » et, en cas de recours devant le TAF, soutien de la cause), et ceci quel que soit le montant de TVA étrangère à recouvrer (> 10'000 / 5'000 Euros, cf. art. 4*m*, alinéa 3 du nouveau projet d'accord), tout comme aussi, en cas d'opposition au commandement de payer, qu'il d'agisse d'une poursuite ordinaire (for de l'art. 46 LP) ou extraordinaire de séquestre de l'art. 52 LP, rédiger la demande de mainlevée d'opposition et soutenir la cause devant les autorités civiles (80 LP) et sachant aussi que toutes ces étapes ne sont pas comprises dans les montants des émoluments de l'art. 68 LP, dans l'hypothèse encore que le produit de la poursuite les couvrent, l'émolument de perception de 5 % envisagé, mais d'au minimum de 500 EUR, est bien trop faible, il devrait s'élever d'au moins 1000 EUR et l'émolument au taux de 10 %. Pour le surplus, la rédaction du par. 2 de l'article 1 indique « peut », c'est-à-dire que l'AFC pourrait, par exemple, y renoncer. **Il faut rédiger ce par. 2 dans le sens que l'autorité requise retient 10 % du montant recouvré, mais pas moins de 1000 EUR.....** . Attendu aussi, comme l'indique le rapport explicatif (page 41) que le nombre de demandes présentées par les Etats de l'UE sera supérieur à celles que l'AFC présentera, il est certain que la pratique de l'assistance au recouvrement, laquelle profitera plus aux Etats de l'UE qu'à la Suisse, nécessitera, tôt ou tard, pour le DFF l'engagement de personnel de perception qualifié supplémentaire, que la Confédération pourra, en partie, se rembourser de ces coûts par le biais d'un émolument de perception propre à couvrir tous les aspects pour la Confédération de l'exécution de cette assistance au recouvrement.

Article 4s / Coopération dans d'autres matières

Selon cet article, avant le 31 décembre 2029, c'est-à-dire demain déjà, la Confédération viendra avec une étendue de l'assistance au recouvrement pour les impôts directs des Etats de l'UE. En effet, à comprendre aussi entre les lignes le 3^e paragraphe du « Contexte » de la page 2 du rapport explicatif du CF, les Etats de l'UE exigent dorénavant de la Suisse la norme de l'article 27 du modèle d'accord de l'OCDE relatif aux conventions de double imposition, bien que comme l'indique le 1^{er} paragraphe de la page 45 du rapport explicatif, il n'existe pas de norme minimale internationale pour cette forme d'assistance et la Suisse n'est donc pas tenue de convenir de telles dispositions. Aussi, mieux vaut déjà en matière de TVA être le plus attentif possible dans les exigences/conditions de la mise en œuvre de l'assistance au recouvrement dès lors aussi, comme l'on voit, la Confédération a déjà capitulé aux exigences de l'UE.

Bien que les cantons ne soient pas actuellement impliqués par l'assistance au recouvrement prévu que pour les créances en matière de TVA (cf. chiffre 5.1, dernier paragraphe, page 4 du rapport explicatif), dès lors qu'en Suisse ce n'est que l'AFC qui est l'autorité qui taxe et perçoit la TVA, il en est tout autre pour les impôts directs, où même l'impôt fédéral direct est perçu par les cantons (cf. art. 2 LIFD, RS 642.11). Aussi, dans la situation où l'étendue de l'assistance au recouvrement aux impôts directs sera incluse d'ici 2029 (en effet, on ne verrait pas quels autres impôts pourraient être impactés que les impôts directs sur le revenu et la fortune des personnes physiques et sur le bénéfice et le capital des personnes morales) les Etats de l'UE exigeront -à nouveau sous chantage- l'assistance au recouvrement de la Confédération, les cantons feraient bien d'être déjà maintenant vigilant aux conditions posées dans ce nouvel accord pour la TVA, dès lors qu'il n'y aura pas eu suffisamment de temps, vu encore les débats attendus au Parlement sur le présent nouvel accord, pour acquérir de l'expérience et adapter le prochain accord de 2029 sur l'assistance au recouvrement à la réalité du terrain.

E. Propositions de changement de paradigme dans l'assistance au recouvrement voulu par l'UE

S'il ne devenait plus possible à la Confédération de résister à la pression des Etats de l'UE dans la mise en place d'une telle assistance, il serait opportun pour les créances de TVA déjà, de mettre en place des mesures pour atténuer les conséquences pour les autorités fiscales suisses, dans un premier temps l'AFC pour la TVA, mais bien probablement dès 2030, les cantons pour les impôts directs.

Aussi, on suggère l'adoption, déjà pour cet accord, des mesures suivantes, dès lors que comme le rapport explicatif l'indique (page 45), il n'existe pas de norme minimale internationale pour la forme d'assistance au recouvrement, de sorte que la Confédération est libre (!) d'en convenir les dispositions d'application et être inventif ainsi qu'innovant, à savoir :

a) Pas de fiction de la prétention propre de l'Etat étranger

Les citoyennes et citoyens suisses lambda, voire les milieux économiques seront troublés que le créancier d'une créance fiscale étrangère soit la Confédération Suisse. De plus, son paroxysme sera que la Confédération Suisse est tenue de passer par la voie de la faillite pour tenter de recouvrer la créance fiscale étrangère, et potentiellement obtenir la faillite d'un particulier ou d'une société suisse avec les licenciements qui y sont souvent associés, pour de l'impôt étranger.

Aussi, après que les conditions d'admission de l'assistance sont remplies, l'accord doit être rédigé de telle sorte que **l'Etat européen requérant soit lui-même le créancier de la dette fiscale qu'il envisage de récupérer sur le sol helvétique**. Au demeurant, par exemple, comme le pratique déjà la République française, en violation flagrante du principe de territorialité, vu l'absence d'un traité international avec la République française sur le recouvrement forcé, cet Etat exécute déjà maintenant en Suisse le recouvrement de dettes fiscales françaises⁵, de sorte que toutes les personnes, par exemple les mandataires, qui viennent en aide à un Etat étranger qui recouvre ainsi sans droit l'une de ses créances

⁵ Annexe (3 pages) : trois exemples de notifications d'actes de procédure de poursuite publiés dans la feuille des avis officiels du canton de Vaud en 2009, 2015 et 2022. Les identités et les adresses des débiteurs/débitrices poursuivies et des mandataires/représentants sont connues par l'auteur (puisque'il s'agissait de notifications publiques) ; toutefois, pour cet écrit, ces identités et adresses ont été caviardées par l'auteur, car chacun et chacune a droit à l'oubli.

fiscales commettent certainement une violation de l'art. 271 CP, qui prohibe les actes exécutés sans droit par un Etat étranger en Suisse⁶.

Comme on le voit (cf. annexes, certainement la face visible de l'iceberg/des cas engagés⁷), la République française pratique déjà, en toute impunité ce principe. **Aussi, il faut que l'accord international fiscal n'instaure pas le principe de la fiction de prétention de l'Etat étranger mais autorise cet Etat de pouvoir agir en Suisse en vue de recouvrer sa propre créance fiscale par l'intermédiaire d'un représentant professionnel de l'art. 27 LP auprès duquel il élirait domicile en application de l'art. 67 al. 1 ch. 1 LP.**

- b) Présence d'une décision valant titre de mainlevée définitive de l'art. 80 al. 2 ch. 2 LP, voire de l'art. 80 al. 1 LP

Pour pouvoir agir avec une aide minimale des administrations fiscales suisses dans le cadre d'un recouvrement forcé en Suisse, qu'il s'agisse d'une poursuite au for ordinaire en Suisse de l'art. 46 al. 1 et al. 2 LP ou d'un séquestre (271 ss LP) au for de l'article 52 LP, il serait préférable que l'Etat étranger détienne une décision particulière valant titre de mainlevée définitive, utile déjà à présenter à la demande du débiteur poursuivi en application de l'art. 73 LP mais surtout en cas d'opposition par le débiteur au commandement de payer d'une poursuite ordinaire ou en validation d'un séquestre. Pour ce faire, il y a plusieurs possibilités :

- 1) l'accord indique de façon précise les conditions régissant les demandes de recouvrement (afin de se conformer, par exemple, aux exigences du Tribunal du district de Zürich, cité plus haut sous l'analyse des articles 4g et 4h) de sorte que cela pourra être assimilé à une décision d'une autorité administrative suisse au sens de l'art. 80 al. 2 ch. 2 LP ;
- 2) l'Etat requérant fixe l'état de la situation énoncée ci-dessus sous lettres a) et g) des commentaires de l'auteur aux articles 4g et 4h, dans une décision notifiée à son débiteur/sa débitrice, laquelle décision étrangère, une fois entrée en force pourrait, dans le cadre d'un accord international, être assimilée à une décision d'une autorité administrative suisse au sens de l'art. 80 al. 2 ch. 2 LP ;
- 3) sur la base d'une demande d'assistance au recouvrement présenté par un Etat de l'UE, l'AFC, après avoir entendu le débiteur/la débitrice (exigence du droit suisse), rende

⁶ KOCHER MARTIN in : Zweifel Martin/Beusch Michael/Oesterhelt Stefan (édit.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Amtshilfe, Bâle (Helbing Lichtenhahn) 2020 : § 21 N 25, 26, 86 et 96.

⁷ Dès lors que ce qui est publié ne sont que les cas où les notifications par la poste ou par les autorités de résidence ne peuvent avoir lieu ou encore que le débiteur s'y soustrait (cf. art. 66 LP / de la notification des actes de poursuite C. Au débiteur domicilié à l'étranger ou lorsque la notification est impossible).

une décision ad'hoc laquelle sera ainsi formellement et sans équivoque possible, une décision conforme à l'art. 80 al. 2 ch. 2 LP.

c) Exclusion de l'application de l'art. 93 LTVA

Cet article permet à l'AFC de faire exécuter par un office des poursuites un séquestre 274 LP sans passer par le juge de séquestre de l'art. 272 LP, ceci par le biais d'une « Demande de sûretés » et cela, par exemple, pour de la TVA contestée. Aussi, **accorder ce droit pour de la TVA contestée en tout ou partie d'un état étranger⁸ est disproportionné, voire monstrueux** dès lors que déjà pour des créances fiscales suisses ce droit est critiqué⁹. Aussi, il y a lieu de **supprimer du nouvel accord** :

- la fin de la phrase de l'art. 4g, 1^{er} paragraphe, à savoir : ~~sauf dans les cas où l'article 4j, paragraphe 4, troisième alinéa, est applicable.~~
- à l'article 4j, les alinéas 2 et 3 du paragraphe 4.
- l'article 4l.

Conclusions

Telles que proposées, les mesures envisagées d'assistance au recouvrement sont mauvaises pour la Confédération mais aussi pour les Etats de l'UE dès l'instant que comme libellées, il n'est pas certain que l'AFC puisse véritablement agir en Suisse, par exemple, en cas d'opposition au commandement de payer.

Au demeurant, et pour le moins, **il ne faut absolument pas que la Confédération suisse devienne par fiction le créancier d'une créance fiscale étrangère que cela soit déjà en matière de TVA mais aussi dans le futur (dans 4 ans) en matière d'impôts directs.** En effet, sans cela les citoyennes et citoyens suisses comprendront que la Confédération est à la botte des Etats étrangers et qu'en plus la Confédération est leur agent coercitif de perception, dès lors qu'il sera bien aisé à un état européen qui saura par l'EAR (de manière automatique ou sur demande, cf. 2^{ème} ligne du développement A ci-dessus), dans quels établissements bancaires et sur quels numéros de comptes des avoirs se trouvent en Suisse, voire l'existence

⁸ Comme le prévoit le nouvel accord à l'article 4g, paragraphe 1 lequel renvoie à l'article 4j, paragraphe 4, 3^e alinéa.

⁹ CR_LP 2005 – STOFFEL/CHABLOZ, art. 271 LP N 93 à 97.

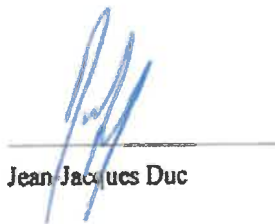
d'un immeuble en Suisse. Pour le surplus, n'étant pas le créancier d'une créance fiscale étrangère, les autorités fiscales suisses n'auront pas à soutenir pour le compte d'Etats étrangers européens des procédures légales de défense à disposition du débiteur/débitrice poursuivi.e, à savoir (liste non exhaustive) :

- a) l'opposition au commandement de payer (74 LP),
- b) une demande d'annulation ou suspension de la poursuite par le juge (procédure sommaire de l'art. 85 LP),
- c) une demande d'annulation ou suspension de la poursuite par le juge (procédure ordinaire de l'art. 85a LP) ; en effet, il y a fort à douter que l'AFC pourra s'opposer à une telle procédure en invoquant son propre droit de l'art. 86 al. 6 LTVA qui exclut l'application de l'art. 85a LP pour les dettes de TVA,
- d) une action en répétition de l'indu contre la Confédération suisse (86 LP),
- e) une action en responsabilité contre la Confédération Suisse en cas de séquestre injustifié (art. 273 LP ; cf. par exemple : ATF 150 III 332, arrêt du TF du 2 avril 2024, cause 5A_487/2023),
- f) une opposition à l'ordonnance de séquestre (art. 278 LP).

En plus, **il nécessaire d'exclure de l'accord la disposition de l'art. 93 LTVA** (et dans 4 ans pour les impôts directs, d'exclure les articles 169 et 170 LIFD et 78 LHID), pour les motifs indiqués ci-devant sous lettre E, c).

En bref, l'accord pourrait se limiter à accorder aux Etats de l'UE la possibilité d'agir comme créancier, sous leur propre identité (pays), pour recouvrer en Suisse leur créance de TVA en respectant les dispositions de la législation suisse, entre autres de la LP, à l'instar des créanciers privés étrangers¹⁰.

La Tour-de-Peilz, le 22 décembre 2025



Jean Jacques Duc

Annexes (3) : ment.

¹⁰ Ainsi l'on respecterait le principe d'égalité d'exécution des créances de droit public et de droit privé voulu par le législateur suisse et le Tribunal fédéral, cf. aussi note 3 ci-devant.

Commandement de payer n° 10335249 du 23 février 2022Débiteur/Débitrice
même adresse

Créancier: ETAT DE VAUD, 1014 Lausanne.

Représentant(e): OFFICE D'IMPOT DES DISTRICTS DE LA RIVIERA - PAYS-D'ENHAUT ET LAVAUX-ORON, Rue du Simplon 22, 1800 Vevey 1.

Créances:

Frs. 2'477.05 avec un intérêt de 3.5% dès le 16 décembre 2020.

Frs. 102.35;

Frais supplémentaires: Frais de poursuite hors coûts de publication

Cause de l'obligation:

Réf. 3091109-.

1. Impôt revenu-fortune 2019 (commune de Vevey) selon décision de taxation du 11.11.20 et décompte final du 11.11.20; sommation adressée le 14.01.21. Hypothèque légale privilégiée de droit public (39 al 4 LCom) valable 5 ans depuis le 11.11.2020 (date de la DT) inscrite au registre foncier le 30.08.2021 sous no RF 1839 CDPJ, RSV 211.02).

2. Intérêts moratoires sur acomptes

Désignation de l'immeuble:

- Commune de Vevey, l'immeuble de base PPE, hypothèque légale privilégiée de droit public

inscrite le 30.08.2021 sous no RF

Poursuite solidaire avec

NOTIFICATION:

En vertu de l'art. 33 al. 2 LP, tous les délais impartis dans le présent acte sont prolongés de dix jours.

Le commandement de payer est notifié au débiteur ainsi qu'à son conjoint, ce 4 mars 2022, par la présente publication.

Vevey, le 4 mars 2022.

OFFICE DES POURSUITES DU DISTRICT DE LA RIVIERA - PAYS-D'ENHAUT

0000001282

Ordonnances et procès-verbaux de séquestre LP 275-276

Le débiteur doit s'abstenir, sous menace de peine pénale (art. 169 CP), de disposer des biens saisis sans la permission du préposé (art. 275 et 96 LP). Celui dont les droits sont touchés par un séquestre peut former opposition auprès du juge du séquestre dans les 10 jours dès celui où il en a eu connaissance (art. 278 LP).

Ordonnances et procès-verbaux de séquestre LP 275-276 n° 10148863 du 29 septembre 2021

Débiteur/Débitrice: E M Rue des Annemasse (FR).

Créancier: REPUBLIQUE FRANCAISE DIRECTION GENERALE DES FINANCES PUBLIQUES DE LA HAUTE-SAVOIE, Rue de la Gare 18, 74009 Annecy.

Représentant(e): Maître La Chaux-de-Fonds.

Créances:

Frs. 7'615.91 avec un intérêt de 5.0% dès le 16 juin 2021;

Frais supplémentaires: Frais de séquestre en sus des frais de publication

Cause de la créance:

Reconnaissance de dette du 15 juin 2021

Cas de séquestre:

Art. 271 al. 1 ch. 4 LP

Objets à séquestrer:

Part saisissable par le Fonds de Pensions à concurrence de CHF 7'615.91, avec intérêt à 5% l'an dès le 16 juin 2021

Autorité de séquestre:

Juge de Paix du district de la Riviera-Pays-d'Enhaut, Rue du Musée 6, 1800 Vevey

Procès-verbal de séquestre:

du 27.10.2021

En exécution de l'ordonnance de séquestre, l'office soussigné a frappé de séquestre:

- Part saisissable des pensions par le Fonds de Pensions à concurrence de CHF 7'615.91, avec intérêt à 5% l'an dès le 16 juin 2021.

NOTIFICATION:

L'ordonnance et le procès-verbal de séquestre sont notifiés au débiteur, ce 4 mars 2022, par la présente publication.

Vevey, le 4 mars 2022.

OFFICE DES POURSUITES DU DISTRICT DE LA RIVIERA - PAYS-D'ENHAUT

1

0000001282

Ordonnances et procès-verbaux de séquestre LP 275-276 n° 10299262 du 4 février 2022

Débiteur/Débitrice: a, SANS DOMICILE CONNU, né(e) le 25 août 1959.

Créancier: é(e) le 28 hémis du 1084

Représentant(e): Maître, avocat, Etude, Rue, Lausanne.

Créances:

Frs. 3000.00 avec un intérêt de 5.0% dès le 31 janvier 2022;

Montant dû à forme d'une convention signée entre partie le 06.11.2021.

Frais supplémentaires: Frais de séquestre en sus des frais de publication

Cause de la créance:

Créances citées ci-dessus.

Cas de séquestre:

Art. 271 al. 1 - lorsque le débiteur n'a pas de domicile fixe.

Objets à séquestrer:

Compte bancaire n° et le numéro IBAN est le CH. ... qui se trouve au sein de la Banque Cantonale Vaudoise, Place St-François, 1001 Lausanne.

Autorité de séquestre:

Justice de Paix du district de Lausanne, Côtes-de-Montbenon 8, 1014 Lausanne

Procès-verbal de séquestre:

Par l'exécution du séquestre no 10299262, l'office soussigné a adressé un avis de séquestre à la Banque Cantonale Vaudoise, Pl. St-François 14, 1003 Lausanne. S'agissant d'un séquestre sans domicile connu, le présent procès-verbal de séquestre ne peut être notifié que par la voie édictale. Le procès-verbal de séquestre détaillé peut être consulté par le séquestre à l'office.

NOTIFICATION:

L'ordonnance de séquestre et le procès-verbal de séquestre sont notifiés ce jour au séquestre par la présente publication.

Lausanne, le 4 mars 2022.

OFFICE DES POURSUITES DU DISTRICT DE LAUSANNE

1

0000001285

FAILLITES**Ouverture de la faillite**

(art. 232 LP, art. 29 et 123 ORFI)

Les créanciers du failli et les personnes qui ont des revendications à exercer sont invités à produire, dans le délai fixé pour les productions, leurs créances ou revendications à l'office et à lui remettre leurs moyens de preuve (titres, extraits de livre, etc.). L'ouverture de la faillite arrête, à l'égard du failli, le cours des intérêts de toute créance non garantie par gage (art. 209 LP).

Les créanciers hypothécaires annonceront leurs créances en indiquant séparément le capital, les intérêts et les frais; ils feront savoir également si la créance est échue ou si elle a été dénoncée au remboursement, pour quel montant et pour quelle date.

Les débiteurs du failli sont tenus de s'annoncer, sous les peines de droit, dans le délai fixé pour les productions.

Ceux qui détiennent des biens du failli, en qualité de créanciers gagistes ou à quelque titre que ce soit, sont tenus de les mettre à la disposition de l'office, dans le délai fixé pour les productions, tous droits réservés, faute de quoi ils encourront les peines prévues par la loi et pourront être déclarés déchus de leur droit de préférence en cas d'omission inexcusable.

Les créanciers hypothécaires et les tiers auxquels des titres garantis par les immeubles du failli ont été remis en gage, sont tenus de déposer leurs titres à l'office dans le même délai. Les tiers doivent en outre indiquer le montant de leur créance garantie par le nantissement des titres hypothécaires.

Les créanciers de servitudes nées sous l'empire de l'ancien droit cantonal sans inscription et non encore inscrites au Registre foncier sont invités à faire valoir leurs droits auprès de l'office des faillites dans le délai prévu à cet effet en joignant à leur production leurs moyens de preuve. Lorsque la masse en faillite comprend une part de copropriété sur un immeuble, cette sommation s'adresse

Créances:

Frs. 2'619.00 avec un intérêt de 3,00% dès le 2 avril 2014;

Frs. 12.40;

Frs. 5.80;

Frs. 150.00;

Frs. 355.80;

Frais supplémentaires: Frais du présent commandement de payer; en sus: Coûts de publication.

Cause de l'obligation:

1) Validation du séquestre no 7424052 du 07.04.2015. Impôt fédéral direct 2011 (Confédération Suisse) selon décision de taxation du 20.02.2014 et décompte final complémentaire du 20.02.2014; sommation adressée le 21.04.2014, fr. 1'206.40.

Impôt fédéral direct 2012 (Confédération Suisse) selon décision de taxation du 20.02.2014 et décompte final complémentaire du 20.02.2014; sommation adressée le 21.04.2014, fr. 1'412.60. 2) Intérêts moratoires sur acomptes IFD 2011. 3) Intérêts moratoires sur acomptes IFD 2012. 4) Emoluments de justice. 5) Frais du procès-verbal de séquestre no 7424052.

NOTIFICATION:

Le présent commandement de payer no 7442794, en validation du séquestre no 7424052 est notifié ce 19 mai 2015 au débiteur par la présente publication, dès l'instant où ce dernier est parti sans domicile connu.

Les délais assignés au débiteur sont prolongés de dix jours (cf. art. 33 al. 2 LP).

Pully, le 19 mai 2015.

OFFICE DES POURSUITES DU DISTRICT DE LA VAUX - ORON

☎ 021 557 83 16

2133637

Commandement de payer n° 7442877 du 23 avril 2015

Domicile connu, y, act. PARTI SANS

DOMICILE CONNU.

Créancier: Etat de Vaud, 1014 Lausanne, adm cant VD12.

Représentant(e): OFFICE D'IMPOT DES DISTRICTS DE LA RIVIERA-PAYS-D'ENHAUT ET LA VAUX-ORON, Rue du Simplon 22, Case postale 1032, 1800 Vevey 1.

Créances:

Frs. 1'206.40 avec un intérêt de 3,00% dès le 22 avril 2012;

Frs. 1'412.60 avec un intérêt de 3,00% dès le 23 février 2013;

Frs. 628.15 avec un intérêt de 3,00% dès le 23 janvier 2013;

Frs. 150.00 avec un intérêt de 3,00% dès le 14 février 2014;

Frs. 355.80 avec un intérêt de 3,00% dès le 2 avril 2014;

Frs. 12.40;

Frs. 5.80;

Frais supplémentaires: Frais du présent commandement de payer; en sus: Coûts de publication.

Cause de l'obligation:

1) Validation du séquestre no 7424248 du 07.04.2015. Impôt sur le revenu et la fortune ICC 2005. 2) Impôt sur le revenu et la fortune ICC 2006. 3) Impôt sur le revenu et la fortune ICC 2007. 4) Impôt sur le revenu et la fortune ICC 2008. 5) Impôt sur le revenu et la fortune ICC 2009-2010-2011-2012. 6) Intérêts compensatoires ICC 2005-2006-2007-2008-2009-2010-2011-2012. 7) Emoluments de justice Fr. 990.00, frais du procès-verbal de séquestre no 7424248 Fr. 491.60.

La cause de l'obligation détaillée est disponible au bureau de l'office.

NOTIFICATION:

Le présent commandement de payer no 7442877, en validation du séquestre no 7424248 est notifié ce 19 mai 2015 au débiteur par la présente publication, dès l'instant où ce dernier est parti sans domicile connu.

Les délais assignés au débiteur sont prolongés de dix jours (cf. art. 33 al. 2 LP).

Pully, le 19 mai 2015.

Office des poursuites du district de Lavaux - Oron

2133809

Ordonnances et procès-verbaux de séquestre LP 275-276

Le débiteur doit s'abstenir, sous menace de peine pénale (art. 169 CP), de disposer des biens saisis sans la permission du préposé (art. 275 et 96 LP). Celui dont les droits sont touchés par un séquestre peut former opposition auprès du juge du séquestre dans les 10 jours dès celui où il en a eu connaissance (art. 278 LP).

Ordonnances et procès-verbaux de séquestre LP 275-276 n° 7435060 du 16 avril 2015

Débiteur/Débitrice: B 'D', Rue 5, Arbois (FR).

Créancier: POLE DE RECOUVREMENT SPECIAL DU JURA, Centre des Finances Publiques, Turgot 2, 39033 Lons Le Saunier Cedex 9.

Représentant(e): agent d'affaires breveté, 1401 Yverdon-les-Bains.

Créances:

Frs. 644.80 avec un intérêt de 5,00% dès le 9 avril 2015;

Frs. 64.50 avec un intérêt de 5,00% dès le 9 avril 2015;

Frs. 6'281.60 avec un intérêt de 5,00% dès le 9 avril 2015;

Frs. 628.15 avec un intérêt de 5,00% dès le 9 avril 2015;

Frais supplémentaires: Emolument de justice Fr. 180.00

Frais d'établissement du procès-verbal Fr. 141.85; en sus: Coûts de publication.

Cause de la créance:

1) Impôt sur le revenu 2010, euro 620.00 au taux de Fr. 1.04.

2) Majoration légale de 10%, euro 62.00 au taux de Fr. 1.04.

3) Impôt sur le revenu 2012, euro 6'040.00 au taux de Fr. 1.04.

4) Majoration légale de 10%, euro 604.00 au taux de Fr. 1.04.

Cas de séquestre:

Art. 271 al. 1 ch. 4 LP

Objets à séquestrer:

Salaire et toutes créances dues par l'employeur du poursuivi à savoir la société, 1023 Crissier

Procès-verbal de séquestre:

Justice de paix du district de l'Ouest lausannois

Procès-verbal de séquestre:

Séquestre imposée sur: une somme de Fr. 3'078.35 déduite sur le salaire du débiteur du mois de mars 2015 résultant de son activité auprès de 1023 Crissier

L'ordonnance de séquestre et son procès-verbal sont notifiés ce jour au débiteur par la présente insertion. Les délais assignés au débiteur par les présents actes sont prolongés de 10 jours (art. 33 al. 2 LP)

Renens VD, le 19 mai 2015.

OFFICE DES POURSUITES DE L'OUEST LAUSANNOIS

2132429

Ordonnances et procès-verbaux de séquestre LP 275-276 n° 7424052 du 7 avril 2015

Débiteur/Débitrice:

act. PARTI SANS

DOMICILE CONNU.

Créancier: Confédération Suisse, 3003 Bern.

Représentant(e): OFFICE D'IMPOT DES DISTRICTS DE LA RIVIERA-PAYS-D'ENHAUT ET LA VAUX-ORON, Rue du Simplon 22, 1800 Vevey 1.

Créances:

Frs. 2'619.00 avec un intérêt de 3,00% dès le 2 avril 2014;

Frs. 12.40;

Frs. 5.80;

Frais supplémentaires: Emoluments de justice Fr. 150.00, Frais du présent procès-verbal de séquestre Fr. 353.80; en sus: Coûts de publication.

Cause de la créance:

1) Impôt fédéral direct 2011 (Confédération Suisse) selon décision de taxation du 20.02.2014 et décompte final complémentaire du 20.02.2014; sommation adressée le 21.04.2014, fr. 1'206.40. Impôt fédéral direct 2012 (Confédération Suisse) selon décision de taxation du 20.02.2014 et décompte final complémentaire du 20.02.2014; sommation adressée le 21.04.2014, fr. 1'412.60. 2) Intérêts moratoires sur acomptes IFD 2011. 3) Intérêts moratoires sur acomptes IFD 2012.

Cas de séquestre:

Art. 271 al. 1 ch. 6 LP

"Connaître l'actualité de ma branche"

> Pierre, 49 ans, éditeur

L'ADRESSE DE CEUX QUI VIVENT LA PRESSE

www.pressesuisse.ch

NOTIFICATION

Le présent commandement de payer susmentionné est notifié au débiteur le 13 novembre 2009 par la présente insertion, la notification postale ayant échoué. Les délais assignés au poursuivi par ces actes sont prolongés de 10 jours, conformément à l'art. 33 al. 2 LP.

Office des poursuites de l'arrondissement du Jura-Nord vaudois:

Yverdon-les-Bains, le 13 novembre 2009.

OFFICE DES POURSUITES DU DISTRICT DU JURA-NORD VAUDOIS

196-238578

Commandement de payer N° 5 135 458

Pour la poursuite ordinaire par voie de saisie ou de faillite et celle concernant les paiements réalisables selon l'art. 277h CO.

Débiteur: W T chez 5.
Pontarlier

Créancier: CENTRE DES FINANCES PUBLIQUES SIP-Recouvrement.
Capucins 4, F-25304 Lier Cedex/France.

Mandataire: agent d'affaires breveté.
1400 Yverdon.

Requiert paiement de: 47'057.70 taux 5% dès le 8 juin 2009, Fr. 480.00.
Fr. 129.85.

Frais de ce commandement de payer: Fr. 100.- et frais d'encaissement de Fr. 241.30.

Titre et date de la créance, cause de l'obligation: validation du séquestre N° 5 102 511. Montant dû selon lettre-décompte du 8 juin 2009 du mandataire Christophe Savoy et selon bordereau du 20 mai 2009 de Euros 30'450.00. Emolument de justice. Frais d'établissement du procès-verbal de séquestre N° 5 102 511 du 17 août 2009.

Le débiteur est sommé de payer au créancier les sommes ci-dessus ainsi que les frais de poursuite.

Si le débiteur entend contester tout ou partie de la dette ou le droit du créancier d'exercer des poursuites, il doit former opposition, c'est-à-dire en faire, verbalement ou par écrit, la déclaration immédiate à celui qui lui remet le commandement de payer ou à l'office soussigné dans les dix jours à compter de la notification du commandement de payer. Le débiteur poursuivi qui ne conteste qu'une partie de la dette doit indiquer exactement le montant contesté, faute de quoi la dette entière est réputée contestée.

Si le débiteur poursuivi en raison d'une créance demeurée totalement ou partiellement impayée dans une procédure de faillite ou soumise en vertu de l'art. 267 LP aux mêmes restrictions qu'une créance pour laquelle un acte de défaut de biens a été délivré entend contester le droit de faire valoir la dite créance par la voie d'une poursuite parce qu'il ne serait pas revenu à meilleure fortune, il doit le mentionner expressément dans son opposition, sauf à être déchu du droit de faire valoir ce moyen.

Si le débiteur et son conjoint vivent sous le régime de la communauté de biens (art. 221 ss CC), l'office des poursuites doit être avisé, afin qu'il puisse également notifier au conjoint le commandement de payer et les autres actes de poursuite. Le conjoint peut aussi former opposition. Si le débiteur ou son conjoint entend, non pas contester l'existence de la dette ou son montant, mais simplement faire valoir que les biens propres du débiteur ou sa part aux biens communs répondent de la dette à l'exclusion des biens communs, l'opposition doit être motivée dans ce sens, faute de quoi l'existence et le montant de la dette sont également réputés contestés.

Si l'épouse poursuivie est soumise au régime de l'union des biens ou de la communauté des biens selon le Code civil dans sa teneur de 1907 (cf. art. 9e et 10/10a Titre final CC), un commandement de payer n'est notifié à son mari que si le créancier en fait la demande. Dans ce cas, le mari peut aussi former opposition. Si la débitrice ou son mari entend, non pas contester l'existence de la dette ou son montant, mais simplement faire valoir que les biens réservés de la femme répondent seuls de la dette, l'opposition doit être motivée dans ce sens, faute de quoi l'existence et le montant de la dette sont également réputés contestés.

Si le débiteur n'obtempère pas à la présente sommation de payer, le créancier pourra requérir la continuation de la poursuite.

Office des poursuites du Jura-Nord vaudois: I

Yverdon-les-Bains, le 24 août 2009.

NOTIFICATION

Le présent commandement de payer susmentionné est notifié au débiteur le 13 novembre 2009 par la présente insertion, la notification postale ayant échoué. Les délais assignés au poursuivi par ces actes sont prolongés de 10 jours, conformément à l'art. 33 al. 2 LP.

Office des poursuites de l'arrondissement du Jura-Nord vaudois:

Yverdon-les-Bains, le 13 novembre 2009.

OFFICE DES POURSUITES DU DISTRICT DU JURA-NORD VAUDOIS

196-238577

Ordonnance de séquestre

Débiteur:
Brasil.

Créancière: CONFEDERAZIONE SVIZZERA, rep. par Divisione delle Contribuzioni, Ufficio esazione e condoni, 6500 Bellinzona.

Créances:

- 1) Fr. 634.95
- 2) Fr. 789.40 plus intérêt à 4% du 5 septembre 2009
- 3) Fr. 73.65
- 4) Fr. 2357.55 plus intérêt à 4% du 5 septembre 2009
- 5) Fr. 91.70
- 6) Fr. 660.-

Titre et date de la créance, cause de l'obligation:

- 1) Impôt fédéral direct 2005 (acte de défaut de biens, N° 731 477 du 21 novembre 2007)
- 2) Impôt fédéral direct 2006
- 3) Intérêts calculés jusqu'au 4 septembre 2009
- 4) Impôt fédéral direct 2007
- 5) Intérêts calculés jusqu'au 4 septembre 2009
- 6) Emolument de séquestre

Cas de séquestre: art. 271 al. 1^{er} ch. 4 LP.

Objets à séquestrer: créance de Fr. 1093.- détenue par l'avenue Saré 1555, Airo 207. Séquestre effectué par le fonctionnaire soussigné le 11 septembre 2009.

Le créancier répond, en vertu de l'art. 273 al. 1 LP, de tout dommage causé par ce séquestre s'il venait à être établi en justice qu'il n'y avait pas de cas de séquestre en l'espèce ou que la créance n'était pas valable.

Le créancier est dispensé de fournir des sûretés.

Autorité de séquestre: juge de paix du district de Lavaux-Oron

Cully, le 11 septembre 2009.

Procès-verbal de séquestre N° 5 153 775

En exécution de l'ordonnance qui précède, le fonctionnaire soussigné a frappé de séquestre les biens ci-après:

Séquestre d'une créance de Fr. 1093.- détenue par l'avenue Saré 1555, Airo 207. Séquestre effectué par le fonctionnaire soussigné le 11 septembre 2009.

Estimation: Fr. 1333.30.

Créance litigieuse:

La créance litigieuse est de Fr. 1093.- et elle constitue la totalité de la créance séquestrée.

NOTIFICATION

La notification des actes de poursuites à la débitrice se fera ultérieurement par voie édictale.

Pully, le 23 septembre 2009.

Office des poursuites de Lavaux: S. Jamois, déposée

Commandement de payer N° 5 170 604

En validation du séquestre N° 5 153 775

Débiteur:

Créancière: CONFEDERAZIONE SVIZZERA, rep. par Divisione delle Contribuzioni, Ufficio esazione e condoni, 6500 Bellinzona.

Requiert paiement de:

- 1) Fr. 634.95
- 2) Fr. 789.40 plus intérêt à 4% du 5 septembre 2009
- 3) Fr. 73.65
- 4) Fr. 2357.55 plus intérêt à 4% du 5 septembre 2009
- 5) Fr. 91.70
- 6) Fr. 660.-
- 7) Fr. 117.-;

ainsi que les frais du présent commandement de payer par Fr. 70.- plus emolument de Fr. 24.- et les frais de la présente publication.

Titre et date de la créance, cause de l'obligation:

- 1) Impôt fédéral direct 2005 (acte de défaut de biens, N° 731 477 du 21 novembre 2007)
- 2) Impôt fédéral direct 2006
- 3) Intérêts calculés jusqu'au 4 septembre 2009

SwissAccounting, Talacker 34, CH-8001 Zürich

Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
3003 Bern
Mailadresse:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zürich, 27. Januar 2026

Stellungnahme zum Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 22. Oktober 2025 zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens. Gerne nehmen wir die Möglichkeit zur Stellungnahme unter Einhaltung der Frist bis am 6. Februar 2026 wahr.

SwissAccounting vertritt als grösster Schweizer Verband für Accounting fast 10 000 Mitglieder aus der gesamten Schweiz. SwissAccounting ist in der Berufsbildung gemäss Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 13. Dezember 2002 die für das Finanz- und Rechnungswesen sowie Rechnungslegung und Controlling zuständige Organisation der Arbeitswelt. Der Verband besteht seit 1936 und ist unter anderem Mitträger der Prüfungen der beiden eidgenössisch anerkannten höheren Berufsbildungsabschlüsse in seinem Fachbereich. Expertinnen/Experten in Rechnungslegung und Controlling sowie Inhaberinnen/Inhaber des Fachausweises im Finanz- und Rechnungswesen sind heute in der schweizerischen Wirtschaft die anerkannten, hochqualifizierten Fachleute.

1. Grundsätzliche Bemerkung

SwissAccounting anerkennt die Notwendigkeit, internationale Mindeststandards im Bereich der Steuertransparenz zeit- und inhaltsgleich umzusetzen. Dies ist zentral für die internationale Glaubwürdigkeit der Schweiz, für die Rechtssicherheit der betroffenen Akteure sowie für die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanz- und Wirtschaftsstandorts.

2. Automatischer Informationsaustausch über Finanzkonten

Die Übernahme der revidierten OECD-Vorgaben in das bilaterale Abkommen mit der EU wird grundsätzlich begrüsst. Insbesondere ist positiv hervorzuheben, dass:

- Auslegungsfragen geklärt und bestehende Regelungen präzisiert werden;
- neue Entwicklungen, insbesondere im Bereich digitaler Finanzinstrumente und E-Geld-Produkte, berücksichtigt werden;
- Doppelmeldungen im Zusammenspiel mit dem neuen Melderahmen für Kryptowerte möglichst vermieden werden.

Die Übernahme der neuen Ausnahmeregelungen, namentlich für bestimmte E-Geld- und Kapitaleinzahlungskonten sowie für qualifizierte gemeinnützige Rechtsträger mit Sitz in der Schweiz, erscheint sachgerecht. Sie trägt dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit Rechnung und verhindert unnötige administrative Belastungen bei geringem Missbrauchsrisiko.

3. Amtshilfe bei der Beitreibung von Mehrwertsteuerforderungen

Die neu vorgesehenen Bestimmungen zur Amtshilfe bei der Beitreibung von Mehrwertsteuerforderungen stellen einen substanziellen Erweiterungsschritt des bisherigen Abkommens dar. Wir nehmen zur Kenntnis, dass diese Regelungen auf ausdrückliches Verlangen der EU in die Verhandlungen eingebracht wurden und in engem Zusammenhang mit dem Weiterbestand von Artikel 9 des Abkommens (Quellensteuerbefreiung für Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen) stehen.

Positiv zu würdigen ist, dass:

- der Anwendungsbereich der Beitreibungsamtshilfe auf die Mehrwertsteuer beschränkt bleibt;
- Schwellenwerte und Kostenregelungen vorgesehen sind, um die Anzahl der Fälle und den administrativen Aufwand zu begrenzen;
- keine vorläufige Anwendung dieser Bestimmungen vorgesehen ist, sodass eine sorgfältige nationale Umsetzung möglich bleibt.

Gleichzeitig erachten wir es als wichtig, dass die praktische Anwendung dieser Amtshilfe eng begleitet und nach Inkrafttreten kritisch evaluiert wird, insbesondere im Hinblick auf Verhältnismässigkeit, Verwaltungsaufwand und Rechtsschutz der betroffenen Personen.

4. Datenschutz

Die Aktualisierung der Datenschutzbestimmungen im Abkommen ist angesichts der Weiterentwicklung des schweizerischen und europäischen Datenschutzrechts sachlich geboten. Die explizite Bezugnahme auf das revidierte Datenschutzgesetz der Schweiz sowie auf die Datenschutz-Grundverordnung der EU schafft Transparenz und Rechtssicherheit. Wir begrüssen, dass das bestehende angemessene Datenschutzniveau der Schweiz ausdrücklich bestätigt wird.

5. Fazit

Zusammenfassend unterstützen wir die Zielsetzung des Änderungsprotokolls, die internationale Steuertransparenz sicherzustellen und gleichzeitig den bilateralen Rahmen mit der EU zu stabilisieren. Die Vorlage stellt insgesamt einen tragfähigen Kompromiss zwischen internationalen Verpflichtungen, wirtschaftlichen Interessen und staatlicher Souveränität dar.

Wir regen an, die Auswirkungen der neuen Regelungen – insbesondere im Bereich der Beitreibungsamtshilfe – nach einer angemessenen Anwendungsphase systematisch zu überprüfen und dem Parlament darüber Bericht zu erstatten.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen für weitere Diskussionen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SwissAccounting



Prof. em. Dr. Dieter Pfaff
Präsident SwissAccounting
emeritierter Professor für Accounting
der Universität Zürich



Susanne Grau
Vizepräsidentin SwissAccounting
lic. iur. UZH / dipl. Expertin in
Rechnungslegung und Controlling

Département fédéral des finances
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Par courriel :
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Paudex, le 6 février 2026

Consultation relative au protocole d'amendement à l'accord EAR CH-UE (2025/39)

Madame la Conseillère fédérale,
Mesdames, Messieurs,

Nous nous référons à la procédure de consultation relative au protocole d'amendement à l'accord EAR CH-UE. Nous vous remercions de cette consultation portant sur un dossier important pour la place financière suisse et saisissons cette occasion pour vous faire part ci-après de notre position et de nos préoccupations.

1. Position de l'Association vaudoise des banques :

- L'Association vaudoise des banques (ci-après : « AVB ») rejette, en l'état, le protocole de modification du 20 octobre 2025.
- L'AVB pourrait soutenir les adaptations de l'accord EAR CH-Union européenne au seul alignement sur la norme OCDE révisée, mais s'oppose aux adaptations portant sur l'assistance au recouvrement de créances fiscales dans le domaine de la taxe sur la valeur ajoutée (TVA). Par ailleurs, l'AVB reconnaît l'importance du maintien de l'art. 9 de l'accord modifié (exonération de l'impôt à la source) pour l'économie suisse orientée vers l'international.
- L'AVB s'oppose en conséquence clairement au lien – sans unité de matière aucune – établi par l'Union européenne entre l'assistance au recouvrement et l'exonération de l'impôt à la source. Le Conseil fédéral est invité à s'opposer à ce couplage et, le cas échéant, à examiner d'autres options stratégiques. Il serait par exemple envisageable d'étendre l'exonération de l'impôt à la source par le biais de conventions bilatérales de double imposition avec les États membres concernés de l'Union européenne.
- L'introduction de l'assistance au recouvrement constituerait un revirement complet de la politique fiscale suisse, dans la mesure où l'assistance au recouvrement n'est pas considérée comme une norme internationale entre États. Elle entraînerait dès lors une insécurité juridique indésirable et conséquente. Pour le secteur bancaire, les banques établies en Suisse devraient mettre en œuvre le recouvrement de telles créances à leurs propres frais, sans qu'elles puissent toutefois s'opposer efficacement à pareille

mesure pour leurs clients, et sans que les clients concernés puissent s'y opposer eux-mêmes de manière efficace.

- Une extension ultérieure de l'assistance au recouvrement à l'ensemble des impôts et créances fiscales des États membres de l'Union européenne ne peut être exclue au vu des déclarations explicites du Conseil de l'Union européenne. Ce constat est de nature à aggraver encore la problématique.
- Force est de constater que la Suisse n'est aujourd'hui soumise à aucune pression l'obligeant à adapter l'accord EAR CH-Union européenne. La mise en œuvre de l'échange automatique de renseignements (EAR) avec les États membres de l'Union européenne peut également être réalisée par la voie bilatérale, conformément à la pratique suivie avec tous les autres États partenaires hors Union européenne.

2. Développement détaillé

a) *Revirement complet de la politique fiscale*

Depuis des décennies, la politique fiscale suisse est clairement définie et repose sur une réserve à l'égard de l'assistance au recouvrement en matière fiscale avec l'étranger. Les demandes étrangères visant à introduire une telle assistance ont été systématiquement rejetées, à deux exceptions près:

- une assistance au recouvrement – *de facto* très limitée – pour les créances résultant d'infractions en matière de TVA dans le cadre de l'accord antifraude avec l'Union européenne ;
- une assistance au recouvrement limitée à l'impôt sur le revenu des travailleurs frontaliers dans l'accord conclu avec l'Autriche.

La Suisse fournit aujourd'hui déjà aux autorités fiscales étrangères des informations en matière fiscale à la demande ou, de manière automatique, des informations relatives aux comptes financiers. Sur la base de ces informations, un État membre de l'Union européenne est tout à fait en mesure de taxer et de recouvrer les impôts sur son propre territoire. Le recouvrement de créances fiscales étrangères par les autorités suisses n'a jamais fait et ne doit à notre avis pas faire partie de la politique fiscale suisse.

b) *L'assistance au recouvrement n'est pas une norme internationale*

Le Modèle de convention fiscale de l'OCDE relatif aux conventions de double imposition contient certes une disposition sur l'assistance mutuelle au recouvrement, mais celle-ci ne constitue pas une norme internationale. Le rapport explicatif des documents de consultation indique à ce sujet que l'assistance administrative en matière de recouvrement de créances fiscales ne fait pas partie d'une norme minimale internationale et que l'art. 27 du Modèle de convention de l'OCDE (assistance au recouvrement) est expressément qualifié de disposition facultative. Sur le plan international, il n'existe donc aucune raison d'appliquer l'assistance au recouvrement.

c) *Extension prévisible de l'assistance au recouvrement à l'ensemble des impôts et créances fiscales*

Dans le protocole de modification proposé, l'assistance au recouvrement est limitée aux créances de TVA émanant des États membres de l'Union européenne. Toutefois, les déclarations suivantes montrent clairement que l'Union européenne vise, à terme, une extension de cette mesure à l'ensemble des impôts et créances fiscales des États membres de l'Union européenne:

- **Décision du Conseil de l'Union européenne du 14 novembre 2025**, selon laquelle l'Union européenne attend de la Suisse qu'elle prenne, de bonne foi, toutes les mesures nécessaires afin de garantir que cet accord soit étendu à l'assistance au recouvrement d'autres créances fiscales. Si cet objectif n'est pas atteint dans les quatre ans suivant le 1^{er} janvier qui suit la signature de ce protocole de modification, l'Union européenne examinera l'équilibre global de cet accord.
- **Communiqué de presse du Conseil européen du 20 novembre 2025**, par lequel l'Union européenne annonce à nouveau vouloir approfondir encore la coopération en matière fiscale avec la Suisse.

Ces éléments montrent clairement que la Suisse doit s'attendre à ce que l'Union européenne tente à l'avenir, de supprimer l'art. 9 de l'accord EAR CH-Union européenne afin de contraindre la Suisse à accepter une extension de l'assistance au recouvrement.

d) Importation d'insécurité juridique et d'arbitraire en provenance des États membres de l'Union européenne

Le fait que la Suisse s'engage à fournir une assistance au recouvrement pour des créances de TVA, et *a fortiori* étende à terme celle-ci à l'ensemble des impôts et créances fiscales émanant de tous les États membres de l'Union européenne, entraînerait une insécurité juridique importante. Les banques établies en Suisse devraient mettre en œuvre le recouvrement de telles créances à leurs propres frais, sans disposer de moyens efficaces pour s'opposer contre pareille mesure pour leurs clients, pas plus que les clients concernés ne pourraient manifester leur opposition eux-mêmes de manière efficace.

e) Absence de clarification des volumes

Les explications figurant dans le rapport explicatif montrent que les volumes potentiels n'ont, à ce stade, que très partiellement été analysés. Dans ce contexte, il convient de relever que le projet prévoit déjà un échange ouvert de vues sur une éventuelle extension du champ d'application de l'assistance au recouvrement à d'autres types d'impôts, dans un délai de quatre ans à compter de la signature du protocole de modification.

f) Risque d'une charge administrative élevée pour les autorités et les entreprises

La charge supplémentaire pour les autorités fédérales et cantonales concernées, ainsi que pour les entreprises privées concernées, dont les banques, n'est pas quantifiée. Les dispositions relatives à la prise en charge des coûts ne prévoient aucune indemnisation pour les entreprises participant à la procédure de recouvrement. Nous relevons cependant qu'une extension de cette mesure à l'ensemble des impôts et créances fiscales, ne manquera pas de créer une charge administrative considérable pour les entreprises concernées, qui dépendra de volumes qui n'ont, pour l'heure, pas encore été précisés.

g) L'accord EAR CH-UE n'est pas indispensable

Du point de vue de la branche, il n'existe aucun impératif de prolonger l'accord précité si l'EAR peut être mis en œuvre via un accord bilatéral. Tous les États membres de l'Union européenne devraient en principe manifester leur intérêt pour une telle proposition formulée par la Suisse, dans la mesure où notre pays a suivi cette voie bilatérale avec tous les autres États partenaires EAR hors de l'Union européenne.

Le seul avantage de la réglementation soumise à consultation réside dans le fait que la nouvelle assistance au recouvrement de créances de TVA, contrairement à l'accord de lutte contre la fraude (BBA), s'appliquerait également en dehors du cadre pénal. Nous pensons cependant qu'il est fort probable la Suisse recevrait plus de demandes de poursuite de l'étranger qu'elle n'en adresse elle-même, une asymétrie déjà observée dans le recouvrement au titre du BBA et l'échange de renseignements sur demande. Dès lors, nous peinons à trouver dans cette réglementation un avantage tangible pour notre pays.

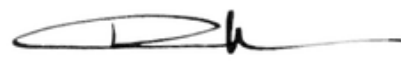
h) Absence de pression temporelle pour l'acceptation de l'assistance au recouvrement

Selon le calendrier prévu, les dispositions du protocole de modification relatives aux règles EAR révisées doivent être appliquées à titre provisoire dès le 1^{er} janvier 2026 pour permettre un premier échange de renseignements en 2027. Toutefois la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national (CER-N) a examiné, le 3 novembre 2025, le message du Conseil fédéral relatif à l'*Introduction de l'échange automatique de renseignements sur les crypto-actifs avec les États partenaires pertinents concernés à partir de 2026* ([25.052](#)) et a reporté d'un an son introduction. Cet élément doit à notre avis également être pris en considération dans l'appréciation du calendrier.

En vous remerciant de l'attention portée à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de notre considération distinguée.

ASSOCIATION VAUDOISE DES BANQUES


Anthony Cohen Dumani
Président


Daniel Hammer
Secrétaire général